

freie rundschau

ZEITSCHRIFT FÜR AKTIVE FREIHEITSPOLITIK

AUS DEM INHALT DIESER AUSGABE

Sigmund Wolk:

Kosmonauten und Politik

Joseph Novak:

Homo Sowjeticus

Wladimir Shukowsky:

Kein Platz für politische Streber

Buchbesprechungen

Inhaltsverzeichnis

	ORGANISATION STATT REFORMEN	1
IM BRENNPUNKT		
Sigmund Wolk:	KOSMONAUTEN UND POLITIK	3
SOWJETUNION		
Josef Baritz:	MIT FEUER UND SCHWERT	7
R. Donzew:	DIE SOWJETISCHE AUSSENPOLITIK	14
Roman Gappo:	DAS STEUERSYSTEM DER UdSSR	19
Alexander Kashin:	ANALYSE DER SOWJETPRESSE (II)	22
Joseph Novak:	HOMO SOWJETICUS	27
SOWJETZONE		
* * * :	DAS OSTDEUTSCHE ARBEITSGESETZBUCH	31
JUGEND		
Wladimir Shukowsky:	ISOLIERTE HUNDERTPROZENTIGE	35
DISKUSSION		
Stefan C. Stolte:	ZWEIERLEI POLEMIK	40
FERNOST		
Wallace Andrews:	ROTCHINA - SCHLECHTER HANDELS- PARTNER	44
BÜCHER		
B. S. Telpuchowski:	„Die sowjetische Geschichte des Grossen Vaterländischen Krieges 1941-1945“	46
C. Brinton:	„Die Revolution und ihre Gesetze“	46
W. Conze:	„Der 17. Juni“	47
G. Landauer:	„Die Französische Revolution in Briefen“	47
Ch. W. Hostler:	„Türken und Sowjets“	48
N. Luciano:	„Early to Rise“	48

Die „freie rundschau - Zeitschrift für aktive Freiheitspolitik“ erscheint zweimonatlich. Sie wird herausgegeben vom Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR (ZOPE) e. V., München, im Verlag des ZOPE, München. Redaktionskollegium: Gregorij Danilow (für den Inhalt verantwortlich), Igor Kronsas, Josef Baritz, alle München. Anschrift der Redaktion und des Verlages: München 19, Renatastrasse 77, Tel. 69025. Hergestellt im Hausdruck des ZOPE, München. Zu beziehen durch alle Buch- und Zeitschriftenhandlungen oder direkt beim Verlag. Einzelpreis DM 1.-, Jahresbezugspreis DM 4.80, im Inland einschliesslich Porto. Abbestellungen nur jeweils bis 4 Wochen vor Jahresende. Bankkonto Nr. 525775 bei der Bayerischen Vereinsbank München, Zweigstelle Rotkreuzplatz, Postscheckkonto München 112816, „Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR“. Erfüllungsort und Gerichtsstand sind München. Signierte Beiträge vertreten nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion. Nachdruck von Wort und Bild werden nach Möglichkeit gerne gestattet, jedoch ist vorherige Anfrage bei der Redaktion unbedingt erforderlich.

Organisation statt Reformen

Vierzehn Monate nach dem denkwürdigen Januar-Plenum des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion musste Nikita Chruschtschow Anfang März 1962 der Partei-Elite erneut – wenn auch diesmal nicht so heftige – Vorhaltungen wegen des Zurückbleibens der sowjetischen Landwirtschaft machen. In einer mehrstündigen Rede suchte er nach den „Schuldigen“ an dem permanenten Kränkeln der Kolchoswirtschaft. Mit irgendeiner besonderen Vorliebe für Agrarfragen oder einer Chruschtschow von der westlichen Presse mitunter zugeschriebenen „Kenner-schaft“ der Landwirtschaft hat das nicht das mindeste zu tun. Gerade seine grosse März-Rede hat ziemlich eindeutig bewiesen, dass es mit diesen seinen vielgerühmten landwirtschaftlichen Kenntnissen gar nicht weit her ist.

Der Grund für die wiederholte Behandlung von Agrarproblemen liegt in der seit über dreissig Jahren dauernden Agrarkrise, einer Krise, die alle Pläne der Sowjetführung – sei es auf dem Gebiet der Aussenpolitik, sei es beim „Aufbau des Kommunismus“ – immer wieder in Frage gestellt oder gar zunichte gemacht hat. Mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse oder Terror, das ist die Alternative, vor die sich die sowjetischen Führer immer wieder gestellt sehen, sobald sie die Produktion steigern und die Bevölkerung unter Kontrolle bekommen wollen. Ein hungriger Magen ist keine Antriebskraft für die Erweiterung der Produktion, und jeder Hungernde sieht zuerst, wie er sich und seiner Familie die Ernährung sichern kann. Er verlegt sich auf Diebstahl des „gesellschaftlichen Eigentums“, sorgt für ein Stückchen Gartenland für die Kuh oder die Ziege im Stall, flieht aus den entlegenen Industriezentren in die besser versorgten Städte und bringt so die

Planung restlos durcheinander. Stalin griff in dieser Lage zum Terror, Chruschtschow – der sich inzwischen beeilt hat, laut und deutlich zu erklären, Stalin habe von der Landwirtschaft nichts verstanden – muss in Ermangelung des von ihm selbst zerstörten Terrorapparates und angesichts der veränderten Situation, die den offenen physischen Terror als Mittel der Herrschaft weitgehend verbietet, um ein Mehr an Brot, Fleisch und Gemüse kämpfen.

Dabei ist er in eine schwierige Lage geraten, aus der es nur einen erfolgversprechenden Ausweg gibt, der für Chruschtschow jedoch versperrt bleiben muss: die Auflösung der Kolchosen und der allmähliche Ausbau einer Farmwirtschaft. Das, was Gomulka nach dem polnischen Oktober vermochte, ist für Chruschtschow ein Tabu. Aber auch den Weg der Reformen, die, wenn schon nicht zur Privatwirtschaft, so doch zu einer Verselbständigung der Kolchosen und Staatsgüter und zu einer Steigerung ihrer Produktion auf dem Wege einer raschen Verbesserung des Konsumwarenangebotes führen würden, ist für ihn kaum gangbar. Dieser Eindruck entstand jedenfalls durch die Berichte über die letzte Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU.

Wie bedrohlich die Situation geworden ist, zeigt die Tatsache, dass Chruschtschow nicht mehr mit Teilangaben und Prozentzahlen, sondern – zum erstenmal seit September 1953 – mit absoluten Zahlen für alle Gebiete der Sowjetunion und für alle Bereiche der Landwirtschaft argumentieren muss. Wenn er hierbei auch eine „erhebliche Steigerung“ der landwirtschaftlichen Produktion seit 1953, diesem neuen Jahr Null der Sowjetführung, nachweisen zu können glaubt (wer

garantiert freilich dafür, dass diese Zahlen echt sind), so kann er doch nicht leugnen, dass die mangelnde Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht durch „Schwierigkeiten“ auf dem Gebiet des Einzelhandels und der Verteilung, sondern einfach durch die ungenügenden Erträge der Landwirtschaft bedingt ist.

Schuld an diesem Zustand soll nun, neben den immer und ewig genannten „Mängeln in der Organisation“ – die auf langjährigen Gräsern beruhende Fruchtfolge sein. Der verstorbene Akademiker Wiljams wird als „nicht immer korrekter“ Urheber dieses Systems spaltenlang gerügt. Er habe dem in landwirtschaftlichen Fragen inkompetenten Stalin die Gräserfruchtfolge aufgeschwatzt und die Ausbildung von Hunderttausenden Agronomen beeinflusst. Nun muss Chruschtschow zwar in einem Nebensatz zugeben, dass die Einführung der langjährigen Gräser an Stelle der grosse Erträge bringenden Futterkulturen (Mais, grüner Mais, Rüben, Futterbohnen usw.) eine Notlösung war: Natur- und künstlicher Dünger standen nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung, die Mechanisierung war noch gering, der wenig gedüngte Boden musste sich erholen; die Einschaltung der Gräser in die Fruchtfolge erschien in der Mitte der 30-er Jahre also tatsächlich als der einzige Ausweg. Aber das will Chruschtschow nicht wahr haben, obwohl die Düngerreserven sich in der Zwischenzeit nur unwesentlich vergrössert haben. Der Bau neuer chemischer Fabriken ist kaum über das Stadium des Planens hinaus gediehen, so dass weiterhin unklar bleibt, wann die Landwirtschaft ausreichend mit Dünger versorgt sein wird.

Dafür wird die Bestellung gewaltiger Flächen, die bis jetzt mit Gräsern bebaut waren, mit Mais, Zuckerrüben und Futterbohnen ohne besondere Rücksicht auf die Lage der Böden und die klimatischen Verhältnisse befohlen. Damit kann zwar günstigstenfalls eine Zunahme der Produktion in den nächsten zwei Jahren erzielt werden, der Rückschlag wird dann aber um so stärker sein. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit und nichts spricht dafür, dass Chruschtschow ihn gewinnen kann, wenn er sich nicht zu gewaltigen Kapitalverschiebungen zu Gunsten der Landwirtschaft entschliessen sollte.

Wie schon vor einem Jahr hat Chruschtschow auch diesmal wieder regelrechte Milchmäd-

chenrechnungen aufgestellt, wenn er den Funktionären etwa vorrechnete, wie sie durch Bestellung der bisherigen Grasböden die Futterlücke schliessen und dadurch die Fleisch- und Milchversorgung sichern könnten. Von den Ergebnissen, die seine Berechnungen vom Januar 1961 gezeitigt haben, sprach er vorzichtshalber nicht – denn trotz aller Rechenkünste ist die Landwirtschaft weit hinter dem gesteckten Ziel zurückgeblieben.

Als Dogmatiker, der keine Ursachen der Vorgänge sieht oder sehen darf, glaubt Chruschtschow, alles Übel durch eine Änderung der Organisation kurieren zu können. Dabei fiel ihm – nach 45 Jahren des Regimes! – auf, dass die Verwaltung der Landwirtschaft sich in ihrer Struktur durch nichts von der unter Zar Nikolaus II. unterscheide! Dass er das erst jetzt bemerkte, ist einfach zu erklären. Sobald Chruschtschow selbst die Maschinen-Traktoren-Stationen abschaffte, die die eigentlichen Verwaltungsorgane des Staates auf dem Lande waren, verwandelte sich das Landwirtschaftsministerium in eine staatliche Administration, die sich so wenig von der des letzten Zaren unterschied wie von irgendeiner beliebigen Verwaltung in einem nichtkommunistischen Land.

Nun müssen neue Verwaltungskörperschaften an die Stelle der MTS treten – ein Gegenstück zu den Volkswirtschaftsräten, nur eben für die Fragen der Landwirtschaft. Dass dabei ein Widerspruch zu den Satzungen der Kolchosen besteht, kümmert den Sowjetführer wenig: Wenn man sich auf verschiedenen Gebieten obnehin schon in das Leben der Kolchosen einmischt – so argumentiert er –, warum dann nicht auch auf der Ebene der Produktion? Ja, warum eigentlich nicht? Logischer wäre freilich gewesen, die Kolchosen in Staatsgüter zu verwandeln, da der Unterschied zwischen beiden nun ganz fadenscheinig geworden ist.

Die schwierige Lage der Sowjetführung wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, dass Chruschtschow mit der gebeiligten Tradition gebrochen und die unmittelbare Führung der neuen Körperschaften in die Hand der Parteisekretäre der Unionsrepubliken und Gebiete gelegt hat. Damit hat sich die Partei selbst in die Schusslinie gebracht. Die Kritiker Chruschtschows scheinen wirklich recht zu haben, wenn sie sagen, dass er den Ast absäge, auf dem er sitzt.

Kosmonauten und Politik

VON SIGMUND WOLK

Man schrieb den 9. August 1961, und es war ein herrlicher Sommertag. Und zwar in Moskau. Es waren einige hundert Personen, die sich am Abend jenes Tages im Grossen Kremlpalast eingefunden hatten, um an dem feierlichen Empfang zu Ehren des sowjetischen Kosmonauten Titow teilzunehmen. Der damals 25jährige Major der sowjetischen Luftwaffe hatte, sowjetischen Angaben zufolge, kurz zuvor, am 6. und 7. August, an Bord des Raumschiffes *Wostok II* den Erdball siebenmal umkreist. Dieses Ereignis musste natürlich entsprechend gewürdigt werden – nicht nur durch die Abhaltung einer Massenkundgebung am Roten Platz, was zur Mittagszeit bereits geschehen war, sondern auch im Kreml, mit Champagner. Dieser Ansicht war jedenfalls der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Chruschtschow.

Der Empfang war im Gange und das nominelle sowjetische Staatsoberhaupt Breschnew gerade im Begriff, des Kosmonauten Brust mit der Medaille *Goldener Stern* zu schmücken, die in der UdSSR jeder erhält, dem für irgendeine „heroische“ Tat oder besondere Leistung der Titel eines „Helden der Sowjetunion“ verliehen wurde – als sich Chruschtschow das Wort erbat und zu reden begann.

Er wollte den „Helden für seine Heldentat“ preisen, und er tat es auch. Dabei aber schien Chruschtschow peinlichst bemüht, die Anwesenden und – da die Sowjetpresse am folgenden Tag über seine Rede natürlich berichten würde – auch alle Sowjetmenschen vor dem möglichen „Irrtum“ zu bewahren, das Verdienst des also Geehrten dem „Helden“ allein zuzuschreiben. O nein – wisst ihr denn etwa nicht, dass alles, was in der Sowjetunion unternommen und (selten genug) von Erfolg gekrönt wird, vor allem das Verdienst der Partei und deren Führer ist, die jede Aufgabe mit staatsmännischem Geschick und unfehlbarer Weisheit lösen? Das etwa war der eigentliche Tenor seiner Rede.

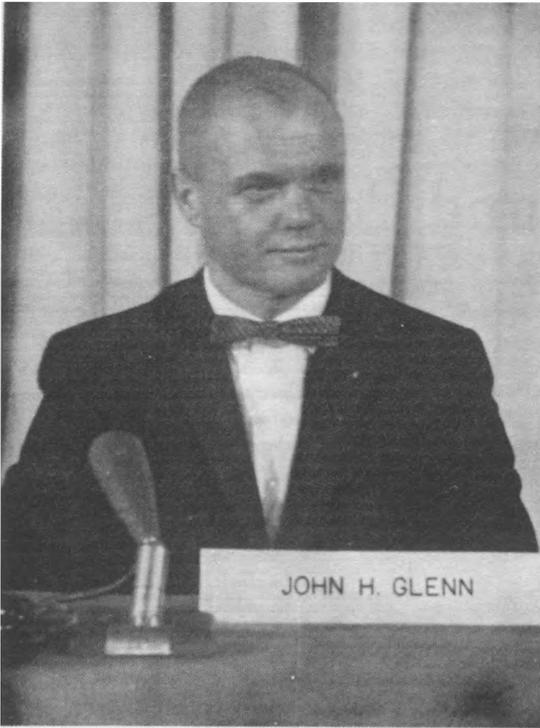
Dann, als Chruschtschow seine Belehrung angebracht hatte und er hoffen durfte, alle, die es anging, durch seine mahnenden und zugleich indirekt warnenden Worte vor einem etwaigen Abweichen von der in der Sowjetunion einzig zugelassenen Formel „Alles danken wir der Partei“ bewahrt zu haben, kam er nach einigen weiteren Gedankensprüngen schliesslich auf die Amerikaner zu sprechen. Es wäre ja auch keine echte Chruschtschow-Rede gewesen, sondern nur ein oratorisches Fragment, hätte er im Laufe seiner Rede versäumt, ein paar unschöne Worte über die Amerikaner oder wenigstens über Bundeskanzler Adenauer zu sagen.

Da man sich im Kremlpalast zu dem Zweck eingefunden hatte, um einen jener Männer zu feiern, die ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten oder bereit sind, es in nächster Zeit zu tun, um die Weltraumforschung und -erschliessung durch den Menschen voranzutreiben, fand Chruschtschow es wahrscheinlich für zweckmässiger, ausnahmsweise nicht das Pentagon oder den Regierungschef der Bundesrepublik direkt anzugreifen, sondern statt dessen einige eigene Gedanken über die amerikanischen Kosmonauten zum besten zu geben.

So sagte er – unter Anspielung auf die damals bereits erfolgten zwei Raumflüge amerikanischer Kosmonauten, den Shephards vom 5. Mai und den Grissons vom 21. Juli 1961, bei denen es sich allerdings tatsächlich nur um verhältnismässig kleine Flüge gehandelt hatte: etwa 190 Kilometer hoch und etwa 480 Kilometer weit – mit deutlich erkennbarem Spott:

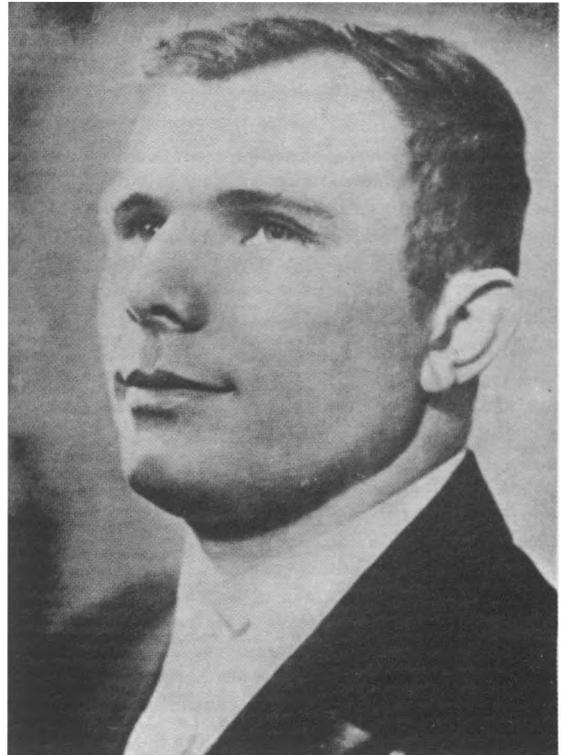
„Die amerikanischen Piloten hüpfen nur in den Kosmos und landen im Ozean.“ (*Prawda*, 10.8.1961)

Mit den „Piloten“ meinte er zweifellos Kosmonauten. Offensichtlich gefiel Chruschtschow sein eigener Witz am besten. Ohne die geringste Angst vor dem Vorwurf, er wiederhole sich, trug er kaum einen Monat später seine von erstaunlicher Tiefe und Verstandesschärfe getragenen Gedanken über die amerikanischen Kosmonauten nochmals



Es bedarf schon eines gerüttelten Masses politischer Ahnungslosigkeit, um nicht zu sagen schuldhafter Borniertheit, will man das Wort von der „Überlegenheit der Sowjets“ für bare Münze nehmen statt als das, was es ist: Ausdruck eines pathologischen Minderwertigkeitskomplexes, wie er so oft Handlungen und Unterlassungen der bolschewistischen Leader bestimmt. Von Chruschtschows hemdsärmeligen Fliegeleien in Paris und New York bis zu dem sowjetischen Propaganda-Unisono von der baldigen Ein- und Überholung der USA, dieses ebenso gehassten wie bewunderten Vorbilds, zeigt sich dem aufmerksamen Beobachter eine ganze Kette von Kompensationshandlungen, die hinter kindisch-anmassendem Auftrumpfen nur die eigene Unsicherheit verbergen möchten. Welch ein windiger Triumph, dieser Vorsprung um Nasenlänge bei der „Eroberung des Alls“ – und um wievieles zu hoch der Preis, den die um ein menschenwürdiges Dasein

betrogene Bevölkerung für ihn bezahlen muss! Gewiss, der Lebensstandard ist an sich noch kein politisches Argument; aber gerade einem Mann wie Chruschtschow, der so gerne – freilich auf seine Weise – Statistiken benützt, möchte man doch die Frage vorlegen, welche Volkswirtschaft die leistungsfähigere ist: die der UdSSR, die mit Mühe und unter Konzentration aller ihrer Kräfte auf das Rüstungs- und Raketenprogramm ihre Weltraumerfolge erzielen konnte, während sie ihrer Bevölkerung Lebensbedingungen zumutet, wie sie schon Karl Marx zu seiner Zeit für änderungsbedürftig erklärt hat; oder die der USA, die ihre Bevölkerung mit allen lebenswichtigen und sehr vielen Luxusgütern reichlich versorgt, den Entwicklungsländern wesentlich höhere Unterstützungsleistungen zur Verfügung stellt als die SU (freilich mit geringerem Propagandaaufwand) und die doch auch ein Weltraumprogramm zu verwirklichen vermochte, um nichts weniger erfolgreich als das sowjetische.



JURIJ GAGARIN

vor. Er tat das, als er am 5. September 1961 in Moskau durch Sulzberger von den *New York Times* interviewt wurde. Und er tat das nicht nur als jener Chruschtschow, den alle so gut – manche sogar viel zu gut – kennen, nämlich als der sowjetische Regierungs- und Parteichef, als der weltbekannte rote Propagandist und so fort; er zeigte sich dem Publizisten aus Amerika gegenüber vielmehr als ein Chruschtschow, der weniger bekannt ist, nämlich als Chruschtschow der „Wissenschaftler“. Es gelang ihm dabei, den schlagenden Nachweis dafür zu liefern, dass er, Chruschtschow, auch auf dem Gebiet der Wissenschaften manches zu sagen habe, was als höchst erstaunliche Novität bezeichnet werden darf.

Diese seine „Gedanken“ über die amerikanischen Kosmonauten tat Chruschtschow seinem Gesprächspartner im Rahmen einer Art „wissenschaftlichen Vortrags“ über die Lehre Darwins von der Entwicklung des Lebens auf der Erde kund, wobei sich für Chruschtschow – kaum für Darwin, lebte er noch – eine Übereinstimmung ergab zwischen der Lehre Darwins und – dem Unterschied der sowjetischen und der amerikanischen Erfolge bei der Erforschung des Weltraums. Als er im Laufe des Interviews einen Vergleich versuchte, sagte er:

„Sie erinnern sich wohl der Theorie Darwins von der Entstehung der Arten – der Entwicklung von den Kriechtieren zu den springenden und von diesen zu den fliegenden Lebewesen. Sie befinden sich noch im Stadium der Springenden, wir aber haben bereits gelernt zu fliegen und wieder zu landen!“ (*Prawda*, 10. 9. 1961)

Es erübrigt sich wohl zu sagen, dass diese Bemerkung Chruschtschows über die amerikanischen Kosmonauten, die ja bloss „springen“ könnten, von der gesamten Sowjetpropaganda sofort übernommen und zur Verstärkung ihrer anti-amerikanischen Propagandamunition verwendet wurde.

Und der Weltraumheld Titow? Ihm blieb es vorbehalten, die amerikanischen Kosmonauten auf dem XXII. Parteikongress der KPdSU im Oktober 1961 heftig anzugreifen und ihnen dabei unter anderem vorzuwerfen, sie seien im Grunde genommen nichts anderes als „kapitalistische Ausbeuter in spe“. Er hielt seine Rede vor dem Parteikongress, dem er als Delegierter der Parteiorganisation des Moskauer Gebiets angehörte, am 26. Oktober 1961 und sagte, als er auf die amerikanischen Kosmonauten zu sprechen kam, wörtlich folgendes:

„Es ist bekannt, dass die Amerikaner nach Jurij Gagarins Flug um die Erde zwei sogenannte Sprünge in den Kosmos unternommen haben, um so vor der Weltöffentlichkeit die Tatsache ihres Nachhinkens in der Entwicklung der Kosmonautik

zu vertuschen. Wir erfuhren die Namen dieser amerikanischen Kosmonauten und auch einiges über sie selber. Welches sind die Ideale dieser Männer, was führt sie in die Kabine des Raumschiffes? Die amerikanische Presse berichtete über sie wie über Menschen, deren Handlungen von einem Ziel beherrscht sind: Geld und Business. Sie wollen das Honorar eines Kosmonauten einstecken, ein Haus kaufen, einen Laden, ein eigenes Geschäft gründen, möchten vermögende bourgeoise Ausbeuter werden – das ist das Ideal der amerikanischen Kosmonauten, das sie auf den Startplatz der Raumschiffe brachte.“ (*Prawda*, 28. 10. 1961)

Titow erzählte dann, man habe ihn auf einer Pressekonferenz gefragt, was für Ratschläge er den amerikanischen Kosmonauten geben würde. Seine Antwort:

„Was soll man da schon raten? Hier gibt es einfach nichts zu raten, weil wir ganz unterschiedliche Flüge unternehmen: Wir fliegen in der Kreisbahn um die Erde, sie aber hüpfen in die Höhe und bewegen sich in ballistischen Kurven.“ (Ebenda)

Einen Ratschlag allerdings erteilte Titow den amerikanischen Kosmonauten dann doch:

„...wenn sie zu erdumkreisenden Flügen durchstossen wollen, sollen sie eine verlässliche Startbasis bauen, sie sollen den Sozialismus bauen.“ (Ebenda)

Mit dieser Wendung zitierte Titow indirekt Chruschtschow. Dieser hatte am 9. August 1961 anlässlich der zu Ehren Titows am Roten Platz abgehaltenen grossen Kundgebung aufgerufen:

„...Sozialismus – das ist die verlässliche Startbasis, von der aus die Sowjetunion ihre Raumschiffe starten liess.“ (*Prawda*, 10. 8. 1961)

Dass jetzt der amerikanische Kosmonaut John Glenn – kein Sowjetbürger also – am 20. Februar an Bord seines Raumschiffes Friendship 7 unseren Planeten dreimal umflogen hat, ist freilich nicht leicht auf einen gemeinsamen Nenner mit dem zu bringen, was der sowjetische Partei- und Regierungschef anlässlich der Heldentaten Titows und auch Gagarins seinerzeit verkündet hatte. Das beweist freilich nur, dass die Amerikaner – in ihrem für den kosmischen Ruhm der UdSSR wie auch für die Einsichtigkeit der Verkündigungen Chruschtschows schädlichen Bestreben, noch grössere Erfolge auf dem Gebiet der Weltraumforschung als bisher zu erzielen – die von Chruschtschow dafür festgelegten „Voraussetzungen“ politischer und historischer Natur einfach missachten. Es ist von den Amerikanern natürlich nicht schön, so zu handeln, denn dadurch wird schliesslich nur allzu augenfällig demonstriert, wie lächerlich die Behauptung ist, nur ein Staat wie die

Sowjetunion sei zu bedeutenden Erfolgen bei der Erforschung des Weltraums befähigt, während Staaten von anderer politischer Struktur hiervon ausgeschlossen seien.

Übrigens hatten die Delegierten des XXII. Parteikongresses in Moskau Titow Beifall für seine Rede gespendet und damit dargetan, dass sie seine Meinung teilten, den Vereinigten Staaten würden echte Raumflüge nur dann gelingen, wenn sie ein sozialistischer Staat würden. Ob sie auch heute noch derselben Meinung sind, wie auf dem Parteikongress, ist natürlich eine andere Frage!

Übrigens, Titow. Was er da auf dem Parteikongress über die amerikanischen Kosmonauten alles zusammengeredet hatte, wäre kaum besonderer Beachtung wert, spiegelten diese seine Worte wirklich seine eigene – oder nur seine eigene – Meinung wider. Aber es ist kaum anzunehmen, dass dem in der Tat so war. Denn aus welchen Gründen hätte er sich schon auf eine solche Art und Weise über seine amerikanischen Kollegen auslassen müssen? Aus eigenem Antrieb, aus sich allein dürfte er kaum daraufgekommen sein. So liegt die Vermutung nahe und erscheint berechtigt, dass Titow zu seinen Angriffen gegen die amerikanischen Kosmonauten wohl von irgendeinem Dritten „angeregt“, wenn nicht sogar mit einem entsprechenden regelrechten Auftrag „betraut“ worden ist. Von jemandem, der sicher in den höheren Parteirängen der KPdSU zu suchen wäre. Und nur deswegen ist das von Titow auf dem Parteitag Gesagte einiger Beachtung wert, ja, *sollte* es sogar beachtet werden, denn es lässt klar genug die zur Zeit des Parteikongresses – und sicherlich auch heute noch – bestehenden Grundzüge der kommunistischen Propaganda in bezug auf nicht-sowjetische, das heisst also amerikanische Kosmonauten erkennen. Sie scheinen darin zu bestehen, die amerikanischen Kosmonauten möglichst schwarz zu malen, sie in ungünstigem Licht darzustellen und hervorzuheben, dass zwischen ihnen, den „schlechten“, und den sowjetischen positiven „Weltraumhelden“ überhaupt keine Vergleiche gezogen werden könnten.

Dass auch heute die Ziele der Sowjetpropaganda in diesem Zusammenhang sich kaum gewandelt haben gegenüber der Zeit vor Glenns Raumflug, lässt sich zum Beispiel aus dem nachstehenden Schlusssatz eines Artikels ersehen, der bereits nach Glenns Raumflug in der sowjetischen Presse erschienen ist:

„Das Symbol des (amerikanischen) Kosmonauten sind – Furcht und Geld. Es würde sich empfehlen, in den USA hiervon denjenigen zu sprechen, die eingewilligt haben, sich dem Beruf des kosmonautischen Piloten zu widmen.“ (*Krassnaja Swesda*, 3. 3. 1962)

Das ist doch derselbe Ton, in dem auch schon früher über die amerikanischen Kosmonauten gesprochen und geschrieben wurde. Nun weiss wohl ein jeder, dass nach dem Raumflug Glenns der amerikanische Präsident ein Schreiben von Chruschtschow erhielt, in dem der letztere dem Präsidenten, Glenn und dem „ganzen amerikanischen Volk“ zu dem Erfolg gratulierte und sogar einige Andeutungen machte, dass es gut und nützlich wäre, wenn die UdSSR und die USA auf dem Gebiet der Weltraumforschung zusammenarbeiten würden. Als der amerikanische Präsident, als erster, Anfang 1961 für dasselbe Ziel eingetreten war, wollte Chruschtschow damals von einer Zusammenarbeit nichts wissen.

Auch die sowjetischen Kosmonauten Gagarin und Titow schickten kurz gefasste telegraphische Gratulationen direkt an Glenn. Darüber wundert sich vielleicht mancher, dass man zuerst – und nicht nur einmal – jemanden verspottet und verhöhnt und schlechtmacht und ihm dann, als sei nichts gewesen, voller Freude Glück wünscht. Nun, der kommunistischen Logik widerspricht das keineswegs – es ist alles so, wie es nach der angewandten kommunistischen Dialektik eben sein soll.

Die Sowjetunion behauptet jetzt ihren „guten Willen“ zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Weltraumforschung. Dafür, dass dieser Wille wirklich ehrlich ist, spricht das, worüber hier berichtet wurde, gewiss nicht. Noch auf dem Parteikongress war zu hören, dass der, der nur „springe“, nicht zu erwarten habe, dass die Sowjetunion ihm zum „Fliegen“ verhelfen werde. Das heisst also: Wenn du etwas noch nicht weisst, wirst du von mir darüber nichts erfahren, und wenn du etwas noch nicht kannst, werde ich nichts dazu tun, um es dir beizubringen. So etwas ist natürlich kein besonders vielversprechendes Motto für eine Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den anderen Ländern auf dem Gebiet der Weltraumforschung. Die nächsten Monate werden zeigen, wieviel die jetzige sowjetische – sei es wirkliche oder bloss angebliche – Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Weltraumforschung wert ist.

Mit Feuer und Schwert

Chruschtschows Militärprogramm

VON JOSEF BARITZ

Auf dem XXII. Parteikongress der KPdSU manifestierte sich der politisch-militärische Druck, den die Sowjetunion zur Zeit auf die Freie Welt ausübt, besonders stark. Die jetzige Etappe dieses politisch-militärischen Druckes begann mit der propagandistischen Auswertung der Weltraumflüge Gagarins und Titows. Diese Flüge sollten, wie vom Kreml ausdrücklich hervorgehoben wurde, den hohen Stand der sowjetischen Kriegsindustrie demonstrieren.

Anlässlich der Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche veröffentlichte die Sowjetregierung am 31. August 1961 eine „Bekanntmachung“, in der gesagt wird, dass die Sowjetunion Pläne für die Serienproduktion von Atombomben in der Stärke von 20, 30, 50 und 100 Megatonnen ausgearbeitet hätte und dass die mächtigen Raketen, mit denen Gagarin und Titow in den Weltraum geschossen worden waren, ebenso Atombomben befördern und an jedem beliebigen Punkt der Erde zur Explosion bringen könnten.

Bei einem Empfang, den Chruschtschow im Juli 1961 für Absolventen der Kriegsakademien gab, erklärte er – laut *Prawda* vom 9. Juli 1960 –, dass die im Januar 1960 verkündete Herabsetzung des Mannschaftsbestandes der Streitkräfte ausser Kraft getreten sei. Gleichzeitig gab er bekannt, dass der Militäretat für 1961 um 3 Milliarden und 144 Millionen Rubel auf 12,4 Milliarden erhöht worden sei, also um 34%. Für 1962 ist der Etat für rein militärische Ausgaben bereits auf 13,4 Milliarden Rubel angewachsen (*Prawda*, 9. Dezember 1961).

Im August 1961 wurde im Kreml beschlossen, die Entlassung von Soldaten, Matrosen und Unteroffizieren, deren aktive Dienstzeit abgelaufen war, aufzuschieben (*Prawda*, 30. August 1961). Da die Einberufung neuer Jahrgänge im normalen Umfang durchgeführt wurde, bedeutete diese Massnahme, dass der Mannschaftsbestand der Sowjetstreitkräfte im Herbst 1961 um etwa eine Million Mann vermehrt wurde. Laut *Prawda* vom 8. August 1961

berichtete Chruschtschow ferner, dass die Divisionen der Sowjetarmee nunmehr auf volle Mannschaftsstärke gebracht worden und dass die Truppen an der Westgrenze der Sowjetunion verstärkt worden seien. Gleichzeitig erschienen in der Sowjetpresse Berichte über Versammlungen der Belegschaften von Rüstungsbetrieben, auf denen die Arbeiter darum „gebeten“ hätten, ihre Arbeitszeit von sieben auf acht Stunden täglich hinaufzusetzen.

In der *Iswestija* vom 22. Juli 1961 erschien ein Artikel, der schwere Angriffe gegen die Vereinigten Staaten enthielt und in dem berichtet wurde, dass „auch die Sowjetunion atomare Unterseeboote besitzt, die mit den stärksten Raketen verschiedener Typen ausgerüstet sind. Diese U-Boote sind nicht etwa langsamer, sondern schneller als die amerikanischen, ihre Anzahl ist nicht kleiner, sondern grösser; das heisst also, dass die Sowjetunion eine ausreichende Anzahl solcher U-Boote besitzt.“ Auch die *Komsomolskaja Prawda* brachte am 8. Oktober 1961 eine Reportage von einer Base für Atom-U-Boote, die anscheinend irgendwo in den nördlichen Gewässern der Sowjetunion liegt.

Ende August 1961 erfolgte die Erklärung der Sowjetregierung über die Wiederaufnahme von Kernwaffenversuchen. Im Oktober 1961 wurden auch mehrstufige Trägerraketen eines neuen Typs erprobt. TASS berichtete, dass diese neuen sehr starken Trägerraketen über 12 000 Kilometer weit bis tief in den Stillen Ozean geflogen und unmittelbar neben dem vorausberechneten Zielpunkt eingeschlagen seien.

Am 3. September 1961 beschrieb ein gewisser Wladimir Orlow in der *Prawda* die Laboratorien des Atomenergie-Instituts bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und berichtete, dass es in Kürze möglich sein werde, die Atomreaktion unter Kontrolle zu bringen und wirtschaftlich zu verwerten.

In den letzten Monaten vor dem Parteikongress der KPdSU hat Chruschtschow wiederholt allen

NATO-Ländern in ihrer Gesamtheit und beinahe jedem einzelnen von ihnen gedroht, sie im Kriegsfall zu vernichten.

Das war in grossen Zügen die Ouvertüre des psychologischen Angriffs, den die Sowjets vor ihrem Parteikongress auf den demokratischen Teil der Welt eröffnet hatten.

Auf dem Kongress selbst erreichte die Betonung der militärischen Macht und das öffentliche Bekenntnis zur aggressiven Politik des Kreml ein bisher nie dagewesenes Ausmass.

Schon beim Rechenschaftsbericht Chruschtschows fiel es auf, dass er im Gegensatz zu früheren Parteikongressen im Abschnitt „Einsatz für die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Landes“ ein ungewöhnliches Gewicht auf die Entwicklung der Kriegsindustrie, auf die Produktion der verschiedensten Waffen und auf die Verbesserung der dazugehörigen Produktionstechnik legte. Er hob ganz besonders hervor – und in der Sowjetpresse wurde dieser Teil des Berichts Chruschtschows fett gedruckt –, dass „die Umstellung der Bewaffnung der Sowjetarmee auf Kernwaffen und Raketen voll und ganz abgeschlossen“ sei.

Chruschtschow berichtete ferner, dass die Sowjetunion bereits jetzt über eine Flotte von atomaren Unterseebooten verfüge, die mit selbstgesteuerten ballistischen Raketen ausgerüstet seien, die es ermöglichten, feindliche Schiffe auf eine Entfernung von vielen hundert Kilometern zu versenken. Im Zusammenhang hiermit erwähnte er, dass gerade feindliche Flugzeugträger eine gute Zielscheibe für die sowjetischen mit Raketen geschützten ausgerüsteten Unterseeboote abgeben würden. Im Januar 1960 hatte Chruschtschow erklärt, dass Flugzeuge nicht mehr modern wären und dass sie nun durch Raketen ersetzt würden. Im Gegensatz zu dieser Erklärung sagte er nun auf dem XXII. Parteikongress:

„Wir rüsten unsere Streitkräfte mit Raketen und atomaren U-Booten aus, aber wir vernachlässigen deswegen die Luftwaffe in keiner Weise, wir fahren fort, sie weiterzuentwickeln und zu vervollkommen.“

Trotz aller gegenteiligen Behauptungen Chruschtschows und anderer Sowjetführer, dass die Luftwaffe durch Raketen ersetzt werde, ist die Weiterentwicklung der Flugzeugkonstruktion in der Sowjetunion natürlich die ganze Zeit über intensiv und ohne jede Unterbrechung vorangetrieben worden. Chruschtschow hielt es jetzt aus aussenpolitischen Gründen für so wichtig, diese Tatsache ausdrücklich zu betonen, dass er es in Kauf nahm, seine eigenen erst kürzlich gemachten gegenteiligen Behauptungen damit zu desavouieren. Dasselbe gilt natürlich auch für

die Marschälle, die sich in ihren Äusserungen seinerzeit Chruschtschow angeschlossen hatten.

Seinem Bericht über das Rüstungsprogramm der UdSSR setzte Chruschtschow die Krone auf, als er bekanntgab, dass Versuche mit neuen und stärkeren Kernwaffen beginnen würden. Er sprach über die neue Fünfzig-Megatonnen-Wasserstoffbombe und vergass dabei auch nicht, die Hundert-Megatonnen-Bombe zu erwähnen. Es passt durchaus in den Rahmen seiner Terrorpolitik, dass er erklärte, er werde „vorläufig“ davon absehen, die Hundert-Megatonnen-Bombe zur Explosion zu bringen, durch den Versuch mit einer Fünfzig-Megatonnen-Bombe würden jedoch zugleich auch die Möglichkeiten erprobt werden, eine doppelt so starke Bombe zu zünden.

Man darf diese Versuche mit überstarken Bomben, die in der Atmosphäre zur Explosion gebracht werden, nicht ausschliesslich als ein Mittel der psychologischen Propaganda betrachten. Sie haben auch noch einen anderen Zweck: einen militärischen. Man will durch diese Versuche tatsächlich auch die Kernwaffen weiterentwickeln und vervollkommen.

Amerikanische Gelehrte haben bereits 1958 durch Experimente (Projekt „Argus“) festgestellt, dass in höheren Regionen der Atmosphäre über bestimmten strategischen Punkten zur Explosion gebrachte Atombomben dreierlei militärischen Zwecken dienen können: Durch die bei der Explosion von Atombomben in grosser Höhe freiwerdenden Neutronen wird erstens das Magnetfeld der Erde auf eine gewisse Zeit „verstopft“ und dadurch die Radio- und Radar-Wellen in dem betreffenden strategischen Gebiet stark gestört. Zweitens wird durch die Explosion für eine gewisse Zeitdauer eine radioaktive Barriere geschaffen, die für Astronauten tödlich wäre, wenn sie bei ihrem Flug um die Erde auf diese Barriere stiessen. Im Kriegsfall könnte man daher durch solche Explosionen verhindern, dass feindliche Weltraumfahrer ihre Aufklärungsflüge fortsetzen oder andere militärische Aufgaben durchführen. Schliesslich können drittens die bei Atomexplosionen in grosser Höhe freiwerdenden Neutronen und Elektronen die Atomspengladungen feindlicher interkontinentaler Raketen in dem betreffenden Raum für eine gewisse Zeit neutralisieren, das heisst unschädlich machen. Das ist natürlich der wichtigste Effekt derartiger in grosser Höhe zur Explosion gebrachter Atombomben.

Die Führer im Kreml befinden sich ständig auf der Suche nach immer neuen Arten von Waffen, nach immer neuen Mitteln zur Verteidigung. Die über fünfzig in der Sowjetunion durchgeführten Experimente mit Atombomben von Megatonnen-

stärke, einschliesslich der Superbombe von mehr als 50 Megatonnen, tragen mit zu der geplanten Vergrösserung der militärischen Stärke und Schlagkraft des Landes bei. Chruschtschow prahlte auf dem Parteikongress mit diesen Experimenten und erklärte, dass die Sowjetunion die westlichen Länder in der Entwicklung von neuen Waffen überholt und dadurch ihre internationale Vormachtstellung erhalten habe. In seinem Bericht vor dem Parteikongress wiederholte Chruschtschow mehrere Male, dass das Kriegspotential des Sowjetblocks bereits grösser sei als das des Westens.

Um den Eindruck dieser Mitteilung noch zu verstärken, hielt der sowjetische Verteidigungsminister R. Malinowskij ebenfalls eine längere Rede vor dem Parteikongress. Dabei drohte er dem Westen mit Krieg, unterstrich immer wieder die Schlagkraft der sowjetischen Streitkräfte und berichtete ausführlich über die Modernisierung und den jetzigen Stand jeder einzelnen Waffengattung. Besonders hob er dabei die mit Raketen ausgerüsteten Truppen hervor und sagte wörtlich:

„Ich kann Ihnen berichten, dass die Raketenproduktion in den letzten Jahren derartig angestiegen ist, dass wir nicht nur über genügend Raketen verschiedenster Typen verfügen, sondern sogar einen grossen Vorrat davon anlegen konnten. Unsere mit Raketen ausgerüsteten Truppenteile sind nun voll und ganz einsatzbereit und haben

eine sehr hohe Schlagkraft; sie sind in ständiger Alarmbereitschaft und imstande, jeden ihnen erteilten Befehl sofort auszuführen. Ich kann hinzufügen, dass die 1961 durchgeführten kriegsmässigen Übungen mit Raketen sehr zufriedenstellend verlaufen sind. Neunzig Prozent aller Probeschüsse mit Mittelstreckenraketen erhielten die Note „vorzüglich“ und „gut“. Die Leistungen der interkontinentalen Raketen wurden sogar ausschliesslich mit „vorzüglich“ und „gut“ beurteilt... Unsere Rakentruppen sind gegenwärtig in 1800 ausgezeichnete Einheiten aufgeteilt. Jede von ihnen ist befähigt, wahre Meisterleistungen zu vollbringen und jeden beliebigen Punkt der Erde zu treffen, ohne auch nur ein einziges Mal das Ziel zu verfehlen.“

Über die Landstreitkräfte äusserte sich der sowjetische Verteidigungsminister wie folgt:

„Unsere Landstreitkräfte befinden sich in permanenter Gefechtsbereitschaft, besonders in den Grenzgebieten der Sowjetunion. Eine besondere Schlagkraft erhalten unsere Landstreitkräfte jetzt durch ihre Raketenabteilungen und durch die taktisch-operativen Einheiten, die mit nuklearen und anderen Raketen ausgerüstet sind. Diese Raketen haben eine Reichweite von einigen hundert bis zu vielen hundert Kilometern. Schiessübungen mit scharfen Raketruppen haben den hohen Kampfwert bestätigt.“

DIE EISERNE LOGIK DER KOMMUNISTISCHEN MILITÄRS

Den Ausführungen Marschall Malinowskij vor dem Parteikongress ist zu entnehmen, dass die Rakentruppen reorganisiert worden sind. Es wurde ein spezieller strategischer Führungsstab für die Rakentruppen geschaffen. Diese neuartige Truppe verfügt sowohl über Langstrecken- wie auch über interkontinentale Raketen. Zweitens wurden Raketeinheiten für taktische und operative Aufgaben aufgestellt und diese in die Landstreitkräfte in ähnlicher Weise eingliedert, wie das mit Artillerieeinheiten bisher schon der Fall war.

Ganz besonders hob Marschall Malinowskij in seiner Rede auch die Vorbereitungen für Fallschirmoperationen hervor. Die Transportabteilung der Luftwaffe sei imstande, 100 000 Fallschirmjäger mit dem dazugehörigen Material an Kraftwagen, Geschützen, Raketen, Munition und allem Zubehör gleichzeitig abzusetzen. Malinowskij fügte noch hinzu, dass im Kriegsfall auch die Zivilluftfahrt der Luftwaffen-Transportabteilung unterstellt werden würde.

Ferner teilte er mit, dass 1961 sämtliche Verbände und Einheiten aller Waffengattungen einer

genauen Kontrolle und Inspektion unterzogen wurden, um den tatsächlichen Stand ihrer Gefechtsbereitschaft und Einsatzfähigkeit festzustellen. Bemerkenswert an Malinowskij's Bericht war auch die Feststellung, dass das Problem der Abwehr feindlicher Raketen und ihrer Zerstörung in der Luft gelöst sei, wodurch sich die Möglichkeiten wesentlich erhöht hätten, die Sowjetunion gegen feindliche Luftangriffe (das heisst feindliche Raketen) zu verteidigen.

Der Sowjetmarschall vergass auch nicht daran zu erinnern, dass die Streitkräfte der Sowjetunion von einer hohen Kampfmoral beseelt seien. Als Beweis für diese Behauptung verwies er auf die Tatsache, dass 82 % der Mannschaften Kommunisten oder Jungkommunisten und 90 % aller Offiziere, Generäle und Admiräle Mitglieder der Partei sind. Zudem wären beinahe alle Offiziere vom Regimentskommandeur aufwärts Kriegsteilnehmer des Zweiten Weltkrieges und verfügten daher über Kampferfahrung.

Auffällig ist es auch, dass die Zahl der militärischen Führer und ihr Einfluss im Zentralkomitee der Partei und unter den Kandidaten des ZK

erheblich zugenommen hat. Waren 1956 während des XX. Parteikongresses der KPdSU unter den 255 Mitgliedern und Kandidaten des ZK nur 21, das heisst 8,2% Angehörige der Streitkräfte, so gibt es jetzt unter 330 Mitgliedern und Kandidaten des ZK 31 Militärs, das sind 9,4%. Zudem hat sich das Verhältnis zwischen Mitgliedern und Kandidaten zugunsten der ersteren verschoben. 1956 überwogen noch die Kandidaten (12 von 21), während es jetzt mehr reguläre Mitglieder gibt (16 von 31). Die neu ins ZK gewählten Militärs sind zum grössten Teil Kommandeure der Luftwaffe, der Marine und der Raketentruppen.

Interessant ist es auch festzustellen, dass zwischen dem Versuch der Sowjetregierung, die Berlin-Frage auf ultimativem Wege zu lösen, und den von ihr durchgeführten Experimenten mit neuartigen Kernwaffen ein enger Zusammenhang besteht. Dies wird unter anderem durch Chruschtschows Antwort auf einen Brief des ghanesischen Präsidenten Kwame Nkrumah bewiesen. Nkrumah hatte in seinem Schreiben an Chruschtschow seiner Besorgnis über die neuen sowjetischen Kernwaffenversuche und die geplante Explosion einer Fünfzig-Megatonnen-Bombe Ausdruck verliehen. Chruschtschow rechtfertigte in seinem Antwortschreiben diese Versuche damit, dass die Westmächte sich weigerten, seine Vorschläge zur Lösung der Berlin-Frage anzunehmen. Er zeigt sich empört darüber, dass die Westmächte nicht gewillt sind, West-Berlin in den Bereich der sowjetischen Einflusssphäre geraten zu lassen. Wie kann man denn – so argumentiert er etwa – von Versuchen zur Vervollkommnung der Kernwaffen Abstand nehmen, wenn die NATO-Länder seinen Vorschlag, einen deutschen Friedensvertrag abzuschliessen, ablehnen und noch dazu ihre Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, sich jeder Beeinträchtigung ihrer Rechte in West-Berlin zu widersetzen?

Der *Prawda* vom 27. Oktober 1961 zufolge schrieb Chruschtschow damals dem beunruhigten Präsidenten von Ghana wörtlich: „Die im Besitz der Sowjetregierung befindlichen Kernwaffen sind eine drohende Warnung für alle, die es wagen, Drohungen auszustossen, wenn ein Friedensvertrag mit Deutschland vorgeschlagen wird.“

Einer TASS-Meldung vom 6. November 1961 ist zu entnehmen, dass Chruschtschow in seiner Rede auf dem XXII. Parteikongress ähnliche Argumente anführte. Marschall Malinowskij begründete in seiner vor dem Parteikongress gehaltenen Rede die Ansprüche des Kreml auf Berlin mit folgender Frage: „Wo liegt Amerika, und wo liegt Berlin? Was kann denn Amerika für Interessen in Berlin haben?“

„Wir billigen die Vorschläge unserer Partei und unserer Regierung über den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland aus ganzem Herzen und sind bereit, jeden den Streitkräften erteilten Auftrag zu erfüllen.“

Das ist fürwahr ein gutes Beispiel für die „eiserne“ Logik eines kommunistischen Militärs – er stellt den Anschlag auf die Freiheit Berlins als einen Akt der Humanität und als Friedensliebe dar, ist aber bereit, für die Durchführung dieses Anschlages alle ihm zur Verfügung stehenden militärischen Machtmittel einzusetzen.

Sehr bezeichnend ist es auch, dass der Aussenminister der UdSSR, A. Gromyko, in seiner Rede vor dem Parteikongress den westlichen Staatsmännern empfahl, Marschall Malinowskij's Worte zu beherzigen und aus ihnen die Schlussfolgerung zu ziehen, dass es nutzlos und gefährlich sei, mit der Sowjetunion zu streiten und dass es keinen anderen Ausweg für sie gäbe, als sich mit der Sowjetregierung über alle von ihr angeschnittenen Fragen zu „einigen“.

Auf die Peitsche folgt dann das Zuckerbrot. Die Drohungen der Kreml-Gewaltigen sind begleitet von dem Versuch, die Bewohner der NATO-Länder davon zu überzeugen, dass es unvernünftig wäre, der Sowjetunion militärischen Widerstand entgegenzusetzen. So sagte Chruschtschow am 7. 8. 1961:

„Jedes beliebige Land, das als Sprungbrett für einen Überfall auf das sozialistische Lager benutzt werden sollte, wird die ganze Wucht unseres vernichtenden Gegenschlages zu spüren bekommen. Der Krieg wird auch in die Heimat des amerikanischen Volkes eindringen, das seit hundert Jahren, seit dem Bürgerkrieg der Nordstaaten gegen den Süden, keinen Krieg im eigenen Lande mehr kannte. Wir wollen niemandem drohen, wir wollen nur diejenigen Leute zur Vernunft bringen, von denen die Politik der NATO-Länder abhängt... Wir sind davon überzeugt, dass es keinen Krieg geben würde, wenn die Entscheidung über diese Frage im Westen in den Händen von vernünftig denkenden Leuten läge, denn diese würden den Ausbruch eines Krieges nicht zu lassen.“ (*Prawda*, 8. August 1961)

Vier Tage darauf wandte er sich mit folgendem Aufruf an die Völker der NATO-Länder:

„Es lohnt sich nicht, wegen West-Berlin mit seinen nur 2,2 Millionen Einwohnern gegen die Sowjetunion Krieg zu führen und dadurch Hunderte von Millionen von Menschen der Vernichtung preiszugeben.“ (*Prawda*, 12. August 1961)

Während eines Gesprächs, das Chruschtschow Anfang September mit dem bekannten amerikanischen Journalisten S. Sulzberger geführt hatte,

äusserte er dieselben Gedanken, wenn auch mit anderen Worten. Er meinte, dass die sowjetischen Superbomben von über 100 Megatonnen den Westen zwingen müssten, darüber nachzudenken, ob es wohl lohnt, gegen die UdSSR Krieg zu führen. Dann behauptete Chruschtschow voller Selbstbewusstsein: „Ich bin fest davon überzeugt, dass im Falle eines Krieges wegen Berlin, wenn die Karten offen auf den Tisch gelegt werden müssen,

England, Frankreich und Italien nicht mit den Vereinigten Staaten gehen würden, weil sie sonst die völlige Zerstörung ihrer Länder befürchten müssten.“ (*Prawda*, 10. September 1961)

In diesem Fall machte Chruschtschow also den Versuch, das gegenseitige Vertrauen zwischen den westlichen Regierungen zu untergraben und ihre gemeinsame Front gegen die Aggression des Kreml zu zerstören.

ABLENKUNGSVERSUCHE DER EXPORTEURE DER REVOLUTION

Die wütenden Angriffe auf die Bundesrepublik und die bei jeder Gelegenheit vorgebrachten verschiedenartigsten Insinuationen sollen ebenfalls die Einheit des Westens zerstören und dazu beitragen, die Berlin-Frage im sowjetischen Sinn zu lösen. Aus demselben Grunde bezeichnen die Sowjetführer die Politik der Bundesrepublik als imperialistisch und faschistisch; aus demselben Grunde versuchen sie die Bundesrepublik auf jede Weise zu diskreditieren, indem sie behaupten, dass die westdeutschen Generäle und Diplomaten Militaristen und Nazis seien, die nur nach Revanche lechzten.

Auch die Note, durch die Finnland am 30. Oktober 1961 aufgefordert wurde, mit der Sowjetregierung über gemeinsame Verteidigungsmassnahmen zu verhandeln, weil sich die Sowjetunion angeblich in steigendem Masse durch die Bundesrepublik bedroht fühle, diene demselben Zweck, und mit ebendiesem Ziel verhandelte die Sowjetregierung mit dem norwegischen Aussenminister in Moskau und sandte eine spezielle Note an Dänemark, in der sie damit drohte, entsprechende Massnahmen zur Sicherung der Sowjetunion in Nordeuropa zu treffen. Diesmal diene die zwischen Dänemark und der Bundesrepublik getroffene Vereinbarung über eine gemeinsame Führung der in der Ostsee stationierten Streitkräfte, die diese Länder im Rahmen des NATO-Verteidigungspaktes getroffen hatten, der Sowjetunion zum Vorwand, um sich angeblich bedroht zu fühlen. Wie absurd so eine Behauptung ist, geht schon aus dem Kräfteverhältnis in der Ostsee eindeutig hervor: Die NATO verfügt in diesem Raum über 260 Marineeinheiten und Hilfsschiffe, einschliesslich 6 Unterseeboote und über 40 Lehr- und Reserveschiffe. Der Sowjetblock dahingegen besitzt 970 Marineeinheiten und Hilfsschiffe, einschliesslich 120 U-Boote und 150 Lehr- und Reserveschiffe!

Während der Verhandlungen zwischen Kekkonen und Chruschtschow erklärte sich letzterer schliesslich bereit, die Besprechungen über gemeinsame Verteidigungsmassnahmen „vorläufig“ zu vertagen. Das heisst also, dass Chruschtschow nach

wie vor die Absicht hat, diese Besprechungen wieder aufzunehmen, sobald er es aus taktischen Gründen zur Lösung des Berlin-Problems für angebracht hält.

Es hat den Anschein, als wäre Chruschtschow dauernd auf der Suche nach immer neuen in der Sowjetunion gemachten militärisch-technischen Erfindungen, um dann darüber zu berichten und dadurch immer wieder aufs neue zu versuchen, einen Druck auf den Westen auszuüben und dessen Einheit und Widerstandswillen zu brechen.

Chruschtschow hat seine Kampagne um West-Berlin Ende 1958 begonnen, also zu einem Zeitpunkt, zu dem die Sowjetunion eine Serie von Kernwaffenexperimenten beendet, die Versuche mit interkontinentalen Raketen abgeschlossen und die ersten künstlichen Erdsatelliten in den Weltraum geschossen hatte. Im Januar 1959 teilte er dann auf dem XXI. Parteikongress mit, dass die Serienproduktion von interkontinentalen ballistischen Raketen begonnen hätte. Mit dieser Mitteilung wollte Chruschtschow die Stimmung im Westen in seinem Sinne beeinflussen und hoffte, dass die Bedrohung durch sowjetische Raketen die Vereinigten Staaten veranlassen würde, in der Berlin-Frage nachzugeben. Diese Hoffnungen und Wünsche gingen allerdings nicht in Erfüllung und Chruschtschow sah sich gezwungen, den von ihm entfachten Berlin-Konflikt vorläufig auf Eis zu legen.

Erst im Jahre 1961 blies er das Feuer mit neuen Kräften wieder mächtig an. Als Begleitmusik demonstrierte er seine ganze militärische Stärke: die Raumfahrten von Gagarin und Titow, Explosionen von Kernwaffen von bisher nie dagewesener Stärke, Versuche mit neuen Trägerraketen, Prahlerei mit dem Besitz einer atomaren U-Boot-Flotte, die Mitteilungen über die Erfindung und erfolgreiche Erprobung von Raketenabwehrwaffen, über die Heraufsetzung des Mannschaftsbestandes der Streitkräfte, über die Erhöhung des Militär-etats usw.

Im Dezember 1961 sagte Chruschtschow auf dem 5. internationalen Gewerkschaftskongress in

Moskau: „Unsere Fünfzig- und Hundert-Megatonnen-Bomben hängen über dem Westen wie ein Damokles-schwert.“

Chruschtschow hält es einfach für „unmoralisch“, irgendeine Gelegenheit ungenutzt vorübergehen zu lassen, bei der er das ihm zur Verfügung stehende militärische Potential zur Erreichung seiner politischen Ziele in die Waagschale werfen kann. Er rechnet damit, dass alle vor dieser Macht zittern und sich ihr beugen würden. Siebenundachtzig Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen sowie unzählige Organisationen und bekannte Persönlichkeiten haben an Chruschtschow eine Eingabe gemacht und ihn gebeten, von der Explosion der Fünfzig-Megatonnen-Bombe Abstand zu nehmen. Es ist jedoch müssig, an eines kommunistischen Diktators Verantwortungsgefühl gegenüber der gesamten Menschheit und an sein Humanitätsgefühl zu appellieren. Chruschtschow hat sich über die Eingaben nur mokiert. Er hält seine Beschlüsse für richtig und für moralisch gerechtfertigt, er fühlt sich in keiner Weise verpflichtet, auf irgendjemand oder irgendetwas Rücksicht zu nehmen.

Nachdem sie eine Versuchsserie von Kernwaffenexplosionen abgeschlossen hatte, verkündete die Sowjetregierung am 31. März 1958 feierlich, dass sie von sich aus einen Versuchsstop für Atom- und Wasserstoffbomben angeordnet hätte. Das hinderte sie jedoch in keiner Weise daran, sofort nach dieser feierlichen Erklärung mit der Vorbereitung für die Erprobung neuer und ungleich stärkerer Kernwaffen fortzufahren – die „Erfolge“ dieser Vorbereitungen sind ja inzwischen auf der ganzen Welt registriert worden! Gleichzeitig mit diesen Vorbereitungen zog die Sowjetregierung die in Genf geführten Verhandlungen über ein Verbot von Kernwaffenversuchen in die Länge. Als ihre Vorbereitungen für neue Kernwaffenversuche abgeschlossen waren, wies die Sowjetregierung ihren Vertreter in Genf an, die Verhandlungen über diese Fragen mit der Begründung abzubrechen, dass die Westmächte es ablehnten, auf die Vorschläge des Kreml einzugehen. Gleichzeitig machte sie die Wiederaufnahme von Kernwaffenversuchen bekannt. Dies Verhalten der Sowjetregierung kann nur als eine zynische Erpressung und ein doppeltes Spiel im Kalten Krieg gegen die Freie Welt bezeichnet werden.

Die Berlin-Frage ist in den Berechnungen des Kremls anscheinend zum Prüfstein dafür geworden, wie gross die Standhaftigkeit und Entschlossenheit der Westmächte ist, um die Rechte der demokratischen Welt und die Freiheit zu verteidigen. Chruschtschow hat die feste Absicht, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln diese Standhaftigkeit zu brechen und damit das internationale

Ansehen der Westmächte herabzusetzen und die nichtkommunistische Welt zu demoralisieren. Sollte ihm dies gelingen, so würde er – nach Berlin – noch unverschämtere und herausforderndere Ansprüche in Europa und anderen Teilen der Welt erheben.

Das neue auf dem XXII. Parteitag der KPdSU angenommene Parteiprogramm sieht die Ausdehnung der kommunistischen Diktatur auf freie Länder entweder durch friedliche oder durch kriegerische Massnahmen vor, je nachdem welche Methode den tatsächlichen Verhältnissen der betreffenden Länder mehr entspricht. Diese Taktik ist im Parteiprogramm der KPdSU folgendermassen festgelegt:

„Der Erfolg der Arbeiterklasse in ihrem Kampf für den Sieg der Revolution wird davon abhängen, inwieweit sie und ihre Partei sich alle Formen des Kampfes – die friedlichen und unfriedlichen, die parlamentarischen und unparlamentarischen – zu eigen machen, inwieweit sie in der Lage sind, schnellstens und völlig unerwartet von einer Form des Kampfes zu einer anderen überzugehen... Die Verschiedenheit der historischen Entwicklung und die unterschiedlichen nationalen Eigenarten bedingen einen entsprechend differenzierten Revolutionsprozess, dessen Formen und Tempo sie beeinflussen und von denen es weitgehend abhängt, wann und wie das Proletariat zur Macht kommt... Ein Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann sich jedoch unter keinen Umständen anders als nur durch eine *Revolution* vollziehen.“ (*Prawda*, 2. November 1961)

In seinem Bericht vor dem Parteitag erklärte Chruschtschow, dass die sowjetische Aussenpolitik eine friedliche Koexistenz und einen wirtschaftlichen Wettbewerb mit den kapitalistischen Staaten anstrebe; gleichzeitig sagte er jedoch, dass die Welt zur Zeit in einer Epoche der Revolution lebe, in einer Epoche der Auflösung und Zerstörung des Kapitalismus. Dabei hätte die Sowjetunion allen denen, die gegen die Demokratie kämpften, in jeder Weise ihre volle Unterstützung zuteil werden lassen und würde das auch in Zukunft tun. Die revolutionären Kräfte in jedem beliebigen nichtkommunistischen Lande könnten nach Chruschtschows Worten stets auf die volle moralische und materielle Unterstützung von seiten des Sowjetblocks rechnen.

Chruschtschow versucht seine militante Politik in der sattsam bekannten sowjetischen Manier zu rechtfertigen, indem er schreit: „Haltet den Dieb!“ Er beschuldigt den Westen, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und folgert daraus, dass auch er – Chruschtschow – deshalb das Recht hätte, dasselbe zu tun und sich in die inneren Angelegenheiten dieser Länder

einzumischen, um der „Konterrevolution“ entgegenzutreten. Wörtlich sagte er:

„Auf allen Gassen behaupten die Imperialisten, dass die Kommunisten die Revolution exportierten. Solche Verleumdungen haben die Herren Kapitalisten dringend nötig, um ihre Absichten, die Konterrevolution zu exportieren, wenigstens notdürftig zu kaschieren... Die Kommunisten haben

nicht die Absicht, die Revolution zu exportieren, sie sind sogar dagegen – und das weiss der Westen ganz genau! Wir gestehen aber niemandem das Recht zu, die Konterrevolution zu exportieren und sich die Funktionen eines internationalen Polizisten anzumassen. Auch darüber muss sich der Westen voll und ganz im klaren sein.“ (*Prawda*, 18. Oktober 1961)

FRIEDLICHE KOEXISTENZ – WIE SIE SIE VERSTEHEN

Als Beispiel führte Chruschtschow Kuba an. Er bezeichnete dieses Land als einen „ewigen Leuchtturm“, der nicht nur allen Ländern Lateinamerikas, sondern auch den asiatischen und afrikanischen Staaten den Weg in die Zukunft weise. Er versprach, die revolutionäre Entwicklung in Kuba in jeder Weise zu fördern.

„Die Welt lebt in einer Epoche stürmischer nationaler Befreiungsrevolutionen“ – heisst es im Programm der KPdSU. Damit könnte man sich durchaus einverstanden erklären, wenn dieser natürliche historische Entwicklungsprozess gesetzmässig und folgerichtig abliefe, ohne durch fremde Elemente und Tendenzen aus seiner ursprünglichen Richtung in andere Bahnen gedrängt zu werden. Dies aber ist gerade das im Programm der KPdSU festgelegte Ziel: diese fremdartigen zersetzenden Bazillen sollen absichtlich in diesen historischen Entwicklungsprozess hineingetragen werden. Das KPdSU-Programm behauptet, dass eine nationale Befreiungsrevolution nicht etwa mit der Erreichung der politischen Unabhängigkeit beendet sei, sondern folgerichtig nur durch die kommunistische Partei zum Abschluss gebracht werden könne, weil nur diese imstande sei, ein Land zum Sozialismus zu führen. Das Programm der KPdSU gibt offen zu, dass die kommunistischen Parteien aller Länder aktiv für dieses Endziel jeder nationalen Befreiungsrevolution kämpften, das heisst für die Einführung des sozialistischen Systems, wobei die Sowjetunion auf jede Weise behilflich sein wolle.

Das in der Sowjetpresse am 30. September 1961 veröffentlichte Memorandum der Sowjetregierung, in dem die Freiheit für alle Kolonialländer gefordert wird, entspricht voll und ganz dem Parteiprogramm des Kremls. Dieses Memorandum ist ein besonders charakteristisches kommunistisches Dokument. Es verlangt nicht mehr und nicht weniger, als dass alle „Kolonialländer“ sofort (das heisst im Laufe des Jahres 1962) selbständig werden. Dazu gehört auch der Abzug aller ausländischen Truppen, der Abbau der ganzen ausländischen Verwaltung, die Abberufung aller ausländischen

Beamten usw. Die Sowjetregierung nennt 88 solcher Länder mit insgesamt 71 Millionen Einwohnern.

Es ist ganz klar, was der Kreml mit diesem Memorandum erreichen will. Die Erfüllung der darin aufgestellten Forderungen würde nämlich den Sowjets die beste Gelegenheit geben, in diesen unterentwickelten Ländern, deren Bewohner ohne genügende wirtschaftliche, kulturelle oder politische Vorbereitung nun plötzlich auf eigenen Füßen stünden, Unruhen anzuzetteln und in deren Gefolge dann dort kommunistische Regime zu etablieren. Dies würde dem Kreml um so leichter fallen, als diese Völker noch kein ausgeprägtes Unterscheidungsvermögen für die verschiedenen politischen Systeme besitzen, weil es ihnen auf jedem Gebiet an entsprechend geschulten und qualifizierten Leuten fehlt und weil sie sich noch gar keine richtige Vorstellung davon machen können, was der Kommunismus tatsächlich bedeutet.

Das Zentralkomitee der KPdSU besitzt eine spezielle internationale Abteilung, deren Aufgabe es ist, die kommunistische Bewegung in den Ländern der Freien Welt zu leiten. Der Leiter dieser Abteilung, B. Ponomarew, wurde übrigens während des XXII. Parteitagess für seine Tätigkeit belohnt und zum Sekretär des ZK der KPdSU ernannt. Für die kommunistische Wühlarbeit im Ausland werden in der Sowjetunion bekanntlich spezielle Kader ausgebildet und in ideologischer und militärischer Hinsicht geschult. Ausserdem werden Waffen und anderes Material ins Ausland geliefert. Studenten aus den verschiedensten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas erhalten in Moskau eine entsprechende politische Ausbildung. Über 1000 Afrikaner aus Ghana, Guinea, Kenia, dem Kongo, Angola und Nigeria werden zur Zeit in der Sowjetunion militärisch ausgebildet... Propaganda und Waffen sind die Werkzeuge der kommunistischen Diktatur.

Andererseits ist es die Absicht der Kremlgewaltigen, die westliche Welt zu spalten und zu schwächen, gegenseitiges Misstrauen zu säen – Misstrauen der Bevölkerung westlicher Länder gegen ihre Regierungen, Misstrauen der Bevölker-

rung und Regierungsvertreter der NATO-Länder gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, Misstrauen von England und Frankreich gegen die Bundesrepublik usw. Diese Absicht des Kreml war deutlich aus den Reden abzuleiten, die Chruschtschow, Kuusinen, Suslow, Gromyko und andere auf dem XXII. Parteitag hielten. Diese Funktionäre appellierten an die „vernünftig denkenden Menschen in Westeuropa“ und forderten sie auf, die nationalen Interessen ihrer Länder gegen die „verräterische Politik“ ihrer eigenen Regierungen zu verteidigen.

Gleichzeitig versucht der Kreml noch eine weitere Sprengladung unter das Gefüge der westlichen Welt zu schieben. In seinem Bericht vor dem Parteitag bestand Chruschtschow auf Verhandlungen über die Einführung von atomfreien und völlig demilitarisierten Zonen in Europa und im Fernen Osten sowie auf Rückführung aller Truppen in ihre Ursprungsländer. Damit wiederholte er seine altbekannten Vorschläge, die deutlich darauf abzielen, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten aus Europa und dem Fernen Osten zu verdrängen, den Westen militärisch zu schwächen und dadurch das Vertrauen der Bevölkerung nichtkommunistischer Länder in die Sicherheit ihrer eigenen Lage zu erschüttern und ihnen das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber dem kommunistischen Angreifer zu geben. Unter solchen Umständen wäre es für die Kommunisten gar nicht schwer, eine „Revolution“ zu organisieren.

So sieht die Taktik der „friedlichen Koexistenz“ in Wirklichkeit aus, was in der Freien Welt nicht überall und nicht immer richtig verstanden wird. Die Sowjetführer jonglieren immer wieder mit denselben Begriffen und reden unaufhörlich von dem Prinzip der friedlichen Koexistenz – allerdings immer nur über eine Seite dieses Prinzips – und versuchen damit bei leichtgläubigen Menschen den Eindruck zu erwecken, als wären sie eifrigst damit beschäftigt, die internationalen Spannungen

zu lösen und für den Frieden zu arbeiten. In dem auf dem XXII. Parteitag angenommenen Programm der KPdSU steht jedoch deutlich zu lesen: Niemand darf es wagen, die Kommunisten anzugreifen (daher auch das Prinzip der „friedlichen Koexistenz“). Den Kommunisten hingegen steht es völlig frei, für die Weltrevolution zu kämpfen und alle Mittel – einschliesslich militärischer – für die Machtergreifung in anderen Ländern einzusetzen! So betrachtet erscheint Chruschtschows Aussenpolitik als eine Politik der friedlichen Koexistenz vom Standpunkt der Macht.

Im Programm der KPdSU findet sich noch ein interessanter und sehr wesentlicher Passus. Es heisst dort nämlich unter anderem, die vorgesehenen innerpolitischen Massnahmen in der Sowjetunion würden durchgeführt werden, falls die internationale Lage dem nicht entgegenstehe. Unwillkürlich taucht die Frage auf, wer denn daran schuld sei, dass die internationale Lage so gespannt ist. Die Sowjetführer haben sich mit dieser Bemerkung in ihrem Programm deutlich nur ein vorsorgliches Alibi geschaffen, um erstens die bestehende internationale Spannung zu verschärfen und die Kriegspsychose zu verstärken, um sich die Welt so gefügig zu machen, und zweitens um dadurch die zu erwartende Nichterfüllung ihrer Versprechungen auf innerpolitischem Gebiet zu bemängeln.

Es wird für den Westen nicht leicht sein, dem Kommunismus entgegenzuwirken, und er wird dabei hart auf die Probe gestellt werden. Aber solange die Sowjetführer keinen grossen Krieg wollen, kann der Westen durch eine harte und entschlossene Verteidigung den Interessen der Freien Welt nicht schaden, sondern nur ihnen dienen. Sollten sich die Sowjets aber – was aus einer Vielzahl von Gründen jedoch kaum wahrscheinlich ist – für den grossen Krieg entscheiden, so würden auch die grössten Zugeständnisse des Westens an diesem Entschluss nichts ändern können.

R. DONZEW

Die sowjetische Aussenpolitik

Die Regierungen sehr vieler Staaten ziehen es heute vor, in ihrer Aussenpolitik einen neutralen Kurs zu steuern und ihre Länder keinem der beiden grossen militärischen Bündnissysteme anzuschliessen – weder dem sowjetischen noch dem amerikanischen. Aus einer ganzen Reihe von Gründen könnte eine Neutralitätspolitik auch für Deutschland sehr verlockend erscheinen. Ganz

abgesehen von den Vorteilen, die eine neutrale Position einem Lande bietet – vorausgesetzt, dass es sich den Luxus der Neutralität leisten kann –, ist es durchaus zu verstehen, wenn manche Deutsche es für äusserst wünschenswert halten, dass Deutschland neutralisiert wird.

Es ist verständlich, dass ein Land, das in weniger als fünfzig Jahren zwei Weltkriege mitge-

macht hat, sich nach einem dauerhaften Frieden sehnt und dass ein grosser Teil seiner Bevölkerung allen aussenpolitischen Kombinationen, die Deutschland in einen neuen Weltkrieg verwickeln könnten, ablehnend gegenübersteht. Es kommt noch hinzu, dass Deutschland in zwei Teile gespalten ist und dass bei der heutigen politischen Lage nicht die geringste Chance für eine baldige Durchführung von *allgemeinen* freien Wahlen besteht. Die Sowjetregierung würde dies nie zulassen, da das Ulbricht-Regime durch freie Wahlen unweigerlich gestürzt werden müsste und ein Anschluss der sogenannten DDR an die Bundesrepublik mit allen hieraus resultierenden Folgen auf internationalem Gebiet unvermeidlich wäre.

Den Neutralisten in Deutschland erscheint der umgekehrte Weg viel gangbarer und erstrebenswerter. Ihrer Meinung nach würde der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und eine streng neutrale Politik die Gefahr, dass Deutschland in einen dritten Weltkrieg verwickelt werden könnte, beseitigen und die Aussichten auf eine Wiedervereinigung des gewaltsam gespaltenen Landes wesentlich verbessern. Sie sind der Ansicht, dass die Sowjetregierung nur deshalb gegen eine Wiedervereinigung ist, weil die Bundesrepublik der NATO angehört, dass von dieser Seite aber kein Widerstand mehr zu erwarten wäre, wenn die Bundesrepublik aus der NATO ausschiede.

Gegen diesen Gedankengang wäre nicht das geringste einzuwenden, wenn es sich bei der Sowjetregierung um eine normale Regierung wie etwa die Amerikas, Englands, der Bundesrepublik oder des früheren Russland handeln würde, mit anderen Worten, wenn die Sowjetregierung eben nicht die Sowjetregierung wäre.

Immer wieder macht man die traurige Erfahrung, dass in den Reden westlicher Politiker und auch in Artikeln der Weltpresse kein Unterschied zwischen der Sowjetunion und Russland gemacht wird. Das geht sogar so weit, dass der „sowjetische Imperialismus“ mit dem „zaristischen Imperialismus“ nicht nur verglichen, sondern ihm sogar gleichgesetzt wird. Dieser Umstand deutet darauf hin, dass der Westen wenig über die Sowjetmachthaber und deren wahre Absichten weiss und erklärt einige der Schlappen, die die westliche Diplomatie erlitten hat.

Es ist natürlich sehr schwer, mit einer Regierung Verträge abzuschliessen, in nachbarlichen Beziehungen mit ihr zu leben oder Kriege gegen sie zu führen, wenn man sich über ihre tatsächlichen Absichten nur vage Vorstellungen machen kann, die noch dazu oft auf falschen Informationen beruhen.

Alle Landesregierungen – sofern sie dieser

Bezeichnung würdig sind – sind in erster Linie auf den Vorteil ihres Landes bedacht. Es ist und war das Bestreben einer Regierung, die Grenzen des von ihr vertretenen Landes zu erweitern, zum mindesten jedoch, die bestehenden Grenzen zu erhalten. Diese Binsenwahrheit muss erwähnt werden, weil hier über die Sowjetregierung gesprochen werden soll, für die sie lange nicht immer zutrifft.

Diese Regierung unterwirft sich immer und in allem der Parteiführung. Die Regierungsmitglieder werden von der Parteiführung ernannt und abgesetzt, ihre Tätigkeit wird von der Parteiführung kontrolliert. Das ist der Grund, weshalb die eigentliche Macht in der UdSSR nicht in den Händen der Regierung, sondern bei der Parteileitung liegt.

Die Führung der Partei hat nie ein Geheimnis daraus gemacht und in vielen offiziellen Erklärungen von Lenin bis Chruschtschow verkündet, dass ihre Innenpolitik den Aufbau des Kommunismus anstrebe, während der Sieg des Weltkommunismus die Hauptaufgabe ihrer Aussenpolitik sei. Um den Sowjetstaat kümmert sich die Parteiführung nur deshalb, weil er die Basis für den Weltkommunismus bildet. Der Staat an sich interessiert den Kommunismus in keiner Weise; er macht sogar – wenn auch nur vage – Versprechungen, ihn in Zukunft abzuschaffen. Die aussergewöhnliche Machtkonzentration, die man in den kommunistisch regierten Ländern beobachten kann, ist im Grunde genommen keine Konzentration der Machtbefugnisse der Regierung des betreffenden Landes, sondern seiner *Parteiführung*.

Zwei Auswirkungen dieser Tatsache sind bisher von der westlichen Politik nicht genügend beachtet worden:

Fallen in der Sowjetunion Staats- und Parteiinteressen zusammen, so ist das ein Glück für den Staat.

Stehen jedoch die Interessen des Staates nicht in Einklang mit den Parteiinteressen, so werden jene rücksichtslos denen der Partei geopfert.

Im ersten Fall unterscheidet sich die Handlungsweise der KPdSU nur wenig von der Regierungstätigkeit nichtkommunistischer Länder und es erübrigt sich daher, hier ausführlicher auf sie einzugehen. Die folgenden Beispiele zeigen jedoch, dass im zweiten Fall selbst wesentliche Staatsinteressen geopfert werden, wenn dies für die Ziele der KP nützlich ist.

Hätte Russland 1918 den Krieg an der Seite Frankreichs, Englands und Amerikas fortgesetzt, so hätte es ihn trotz aller Niederlagen und Rückzüge am Ende doch noch gewonnen. Aber damals war Lenin bereits an der Macht und er beilte sich im Januar 1918, den Frieden von Brest-

Litowsk mit Deutschland abzuschliessen, durch den Russland grosse Gebietsteile, die ihm schon lange gehörten, verlor. Eine Weiterführung des Krieges hätte nämlich zu einer Gefahr für das kommunistische Regime in Russland werden können, die Interessen der Partei waren für Lenin wichtiger als die Interessen Russlands. Er hat dies übrigens auch gar nicht verheimlicht. In dieser Beziehung unterscheidet sich Lenins „russischer“ Patriotismus überhaupt nicht vom „deutschen“ Patriotismus des Herrn Ulbricht. Ulbricht ist nicht nur damit einverstanden, einige Gebietsteile im Osten Deutschlands abzutreten, sondern er begrüsst es sogar. Die Triebfeder für diese Einstellung ist sein Wunsch, das kommunistische Regime in der sogenannten DDR zu erhalten und die guten Beziehungen zu den kommunistischen Parteien der übrigen Ostblockländer nicht zu trüben. Es ist genau dieselbe kommunistische Einstellung, die Lenin 1918 hatte: Die Partei geht vor, ihr Interesse wird wahrgenommen, auch wenn es zum Schaden des Landes ist.

Stalin kam nur deshalb nicht in die Verlegenheit grosse Gebietsteile abzutreten, weil es ihm vorbehalten war, fremde Gebiete zu besetzen, anstatt eigene abzugeben. Trotzdem hat er ein kleines Gebiet von Weissrussland in der Nähe von Brest an Polen abgetreten, nur um das Prestige der KPP in den Augen der polnischen Bevölkerung zu heben. Im übrigen wurde Polen bekanntlich für das im Osten an die Sowjetunion verlorene Gebiet an seiner Westgrenze entschädigt.

Auch aus verschiedenen anderen Massnahmen geht deutlich hervor, dass die Interessen des Weltkommunismus für Stalin stets wichtiger waren, als die Bedürfnisse des eigenen Volkes. Im Jahre 1933 nahm die durch die Zwangskollektivierung hervorgerufene Hungersnot in der Sowjetunion solche Ausmasse an, dass allein in der Ukraine nach ungefähren Schätzungen fast sechs Millionen Menschen verhungerten. Dies hinderte Stalin jedoch keineswegs daran, die Komintern und ausländische kommunistische Parteien auch weiterhin in bisheriger Höhe finanziell zu unterstützen. Darüber hinaus warf die Parteileitung in den kollektivierten Dörfern requisierte landwirtschaftliche Erzeugnisse zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt, während die Bevölkerung in der Sowjetunion hungerte. Einige unserer Leser werden sich vielleicht noch daran erinnern, dass im Jahre 1933, als der Hunger in der Sowjetunion die furchtbarsten Ausmasse angenommen hatte, in Berlin sehr billiges Geflügel aus der Sowjetunion angeboten wurde und dass die billigen Preise für Exportweizen aus der Sowjetunion die Landwirtschaftskrise in Amerika, Kanada und Argentinien sehr verschärften.

Ogleich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion Hunger und Not herrschten und 1946 eine katastrophale Missernte zu verzeichnen war, verschenkte Stalin demonstrativ ganze Schiffs-ladungen Weizen an die kommunistischen Parteien in Frankreich und Indien.

Chruschtschow und Mikojan haben den zur UdSSR gehörigen Hafen Port Arthur und die ostchinesische Eisenbahn unentgeltlich an China übergeben, um die freundschaftlichen Beziehungen zu der chinesischen KP zu vertiefen.

Im Jahre 1960 erklärte Chruschtschow, dass er einen Angriff der Amerikaner auf Kuba mit einem Atomkrieg beantworten würde. Bismarck hat einmal gesagt, dass die Knochen eines einzigen pommer-schen Grenadiers mehr wert waren als die afrikanischen Kolonien. Auf Kuba bezogen, könnte man heute mit derselben Berechtigung sagen, dass das Leben jedes einzigen russischen Soldaten mehr wert ist als die Erhaltung der Macht des Herrn Castro auf Kuba. Chruschtschow aber will dafür den atomaren Selbstmord der ganzen Welt riskieren. Als *Regierungschef* seines Landes würde er solche Absichten gar nicht in Erwägung ziehen; als Erstem Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU ist es für ihn jedoch von allergrösster Wichtigkeit, dass dieser marxistische Vorposten auf der westlichen Halbkugel erhalten bleibt.

DIE UdSSR, EIN STAAT SUI GENERIS

Es lässt sich natürlich darüber streiten, ob Chruschtschow wegen Kuba einen Atomkrieg gegen die Vereinigten Staaten von Amerika begonnen hätte, oder ob diese Drohung nur einer seiner gewöhnlichen Bluffs war. Aus diesem Grunde wollen wir auf eine andere, allgemein bekannte Tatsache verweisen. Die kommunistische Parteiführung verschwendet alljährlich enorme Summen, um den kommunistischen Einfluss auf die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu stärken. Sie tut es, obgleich viele Bedürfnisse der Bevölkerung in der Sowjetunion selber unbefriedigt blieben. Dort herrscht grosse Wohnungsnot, die Kanalisation in den Städten ist nicht ausreichend, viele Strassen sind ungepflastert, das Netz der Verkehrswege lange nicht dicht genug, es gibt zuwenig Konsumgüter für die Bevölkerung usw.

Natürlich geben auch andere Regierungen Geld im Ausland aus, um ihr Prestige zu erhöhen, oder um dieses oder jenes politische Ziel zu erreichen. Auch diese Gelder stammen ursprünglich von der Bevölkerung der betreffenden Länder, und auch in diesen Ländern sind nicht alle Bedürfnisse der Einwohner befriedigt. Die Diskrepanz zwischen den von einer Regierung im Ausland ausgegebenen Summen und der Notlage der Bevölkerung des

betreffenden Landes ist aber nirgends so krass wie in der UdSSR. Man kann beim besten Willen nicht sagen, die Sowjetunion tue hier dasselbe wie andere Länder.

So ist es auch völlig sinnlos, den zaristisch-russischen „Imperialismus“ mit dem sowjetischen zu vergleichen. Der zaristisch-russische Imperialismus hatte sich bestimmte, begrenzte Ziele gesetzt. Das Äusserste, was sich die letzte Zarenregierung erträumte, war die Beherrschung des Bosphorus und der Dardanellen sowie die Gründung slawischer Staaten in Mittel- und Südost-Europa, die unter russischem Einfluss stehen sollten. Dahingegen hat sich der kommunistische Imperialismus zum Ziel gesetzt, die ganze Welt in eine Föderation kommunistischer Staaten zu verwandeln, deren Führung die KPdSU übernehmen würde. Der Anspruch auf diese führende Rolle wird ihr allerdings in letzter Zeit von einigen anderen kommunistischen Ländern bestritten, was die KPdSU jedoch nicht vermocht hat, auf die Führung des Weltkommunismus zu verzichten.

Der kommunistische Imperialismus unterscheidet sich auch noch in anderer Hinsicht vom „normalen“ Imperialismus. So hätte die sowjetische Parteiführung eigentlich Polen, Ungarn, Bulgarien, die

dass Ulbricht sein Regime aus eigener Kraft aufrechterhalten kann, hätte er alle Sowjettruppen schon längst aus der sogenannten DDR abgezogen. Vor einem theoretisch möglichen Angriff aus dem Westen könnte dieses Land viel wirksamer durch sowjetische Langstreckenraketen geschützt werden als durch dort stationierte Truppen. Ausserdem ist die DDR Mitglied des Warschauer Pakts. Aber Chruschtschow weiss genau, dass die Anwesenheit sowjetischer Truppen für die Erhaltung des kommunistischen Regimes in der DDR unbedingt erforderlich ist.

Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass die Sowjetunion ganz anders geartet ist, als andere Staaten. Die einzige Aufgabe des Sowjetstaates besteht darin, dem Weltkommunismus als Werkzeug für die Erreichung seiner Ziele zu dienen. Aus verständlichen Gründen ist die Parteiführung daran interessiert, den in ihren Händen befindlichen Staat so mächtig wie möglich zu machen. Je stärker und moderner seine Armee bewaffnet ist, desto besser wird er die ihm zugedachte Mission erfüllen können.

Wenn es darum geht, die Beziehungen der Sowjetunion zu nichtkommunistischen Staaten zu erörtern, sollte diese spezifische Eigenart der kommunisti-

**DIE NEUE
OFFENSIVE**

„Melde gehorsamst;
Siebenundzwanzigste
Fernwaffen - Geheimab-
teilung vollzählig im
Einsatz gegen den
faschistischen Westen!“



Tschechoslowakei und die sogenannte DDR gar nicht zu annektieren brauchen, hätte sie genau gewusst, dass ein kommunistisches Regime und eine sozialistische Staatsordnung in diesen Ländern ohnehin gewährleistet seien. Denn nur darum geht es ihr. Wenn Chruschtschow überzeugt wäre,

schen Machthaber stets im Auge behalten werden.

Würde man die Sowjetunion – zum mindesten in aussenpolitischer Hinsicht – als normalen Staat ansehen, so wäre folgende Überlegung nicht von der Hand zu weisen.

Ein neutrales und demilitarisiertes Deutschland wäre für die Sowjetunion als Staat viel vorteilhafter, als es der jetzige Zustand ist, bei dem Pankow Moskaus Bundesgenosse, Bonn dahingegen mitsamt dem sehr grossen Industripotential der Bundesrepublik, mit Washington verbündet ist. Es würde den Staatsinteressen der Sowjetunion durchaus entsprechen, wenn Ulbrichts Regime für ein neutrales und demilitarisiertes Deutschland geopfert würde. Dies wäre, wie gesagt, im Interesse des Sowjetstaates. Für die kommunistische Parteiführung sieht die Sache allerdings anders aus. Sie kann es sich schon deswegen nicht leisten, das Regime von Ulbricht in der sogenannten DDR fallen zu lassen, weil dies ein Fanal für den Ausbruch antikommunistischer Aufstände in ganz Osteuropa, möglicherweise sogar in der Sowjetunion wäre. Aber auch ohne eine derartige Kettenreaktion würde das Fallenlassen des kommunistischen Regimes in der sogenannten DDR einen Rückschlag für den Weltkommunismus bedeuten.

LENINS EINSCHÄTZUNG DES WESTENS

Eine Wiedervereinigung Deutschlands mit Zustimmung der sowjetischen Parteiführung wäre nur möglich, wenn Deutschland erst neutral und dann kommunistisch würde.

Es ist bekannt, was für eine enorme Bedeutung Lenin Deutschland zuschrieb. Er hat es oft ausgesprochen und geschrieben, dass ohne den Sieg einer sozialistischen Revolution in Deutschland eine sozialistische Weltrevolution unmöglich sei. Im Einklang mit Lenins Vermächtnis führt die Parteileitung eine Politik auf lange Sicht und setzt alles daran, um die Bundesrepublik zu veranlassen, aus der NATO auszutreten und ihre Neutralität zu erklären. Die Erreichung dieses Zieles wäre ein grosser Erfolg für die Führung der KPdSU, besonders weil der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO keineswegs den tatsächlichen Austritt der sogenannten DDR aus dem Warschauer Block nach sich ziehen würde. Zudem würde die Neutralisierung der Bundesrepublik möglicherweise zum Zerfall der NATO führen und die Bildung von Volksfrontregierungen in Frankreich und Italien zur Folge haben. In diesen beiden Ländern stimmen heute schon 20 bis 25 % der Wähler für die Kommunisten. Im Zuge dieser Entwicklung wäre es durchaus denkbar, dass Bundesrepublik und 'DDR' eine Föderation bildeten, womit wiederum einem Umsturz nach Prager Muster Tür und Tor geöffnet wäre. In Prag gelang es 1948 einer wohlorganisierten und disziplinierten kommunistischen Minderheit, die Macht an sich zu reißen, weil die Mehrheit desorganisiert

und durch innerfraktionelle Streitigkeiten geschwächt war.

Es ist eine betrübliche Tatsache, dass – so wie die Dinge heute liegen – eine Neutralisierung der Bundesrepublik und ihr Zusammenschluss mit der sogenannten DDR über kurz oder lang ganz Deutschland in eine „Volksdemokratie“ verwandeln würde. Alle beruhigenden Garantien der Kommunisten hätten natürlich gar keinen Wert, weil internationale Verträge für sie immer nur so lange Gültigkeit haben, wie es ihnen in den Kram passt und weil ihre Aussenpolitik immer und überall nur darauf gerichtet ist, die Grenzen ihres Machtbereiches zu erweitern. Der Sowjetstaat hat kein Bedürfnis, Westeuropa zu annektieren, aber die Führung der KPdSU ist bestrebt, Westeuropa den Kommunismus aufzunötigen.

Zwar hat nach Stalins Tod ein starker und tiefgehender Gärungsprozess in der KPdSU eingesetzt, der auch heute noch anhält; die kommunistische Ideologie ist erschüttert und es besteht Veranlassung zu hoffen, dass in der Sowjetunion Kräfte ans Ruder kommen werden, deren Blick nicht durch den Mythos vom Weltkommunismus getrübt ist. Aber noch ist es leider nicht so weit und daher wäre unter den heutigen Umständen jedes neue Rapallo nur Wasser auf die Mühlen des Kommunismus.

Im Dezember des vorigen Jahres hat die Sowjetregierung einen neuen Versuch unternommen, die Bundesrepublik von der NATO zu trennen. Am 8. Januar wurde der Text der betreffenden Sowjetnote veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass die Sowjetregierung der Bundesregierung vorschlägt, in unmittelbare Verhandlungen mit ihr einzutreten und die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu erweitern.

In diesem Zusammenhang ist eine Aufzeichnung Lenins interessant, die in Nr. 65 der in New York erscheinenden russischen Zeitschrift *Novyj Mir* veröffentlicht wurde. Diese Aufzeichnung kam auf folgende abenteuerliche Art in den Westen: Der bekannte russische Maler Anenkow kannte Lenin persönlich und hat ihn auch porträtiert. Anenkow lebt und arbeitet jetzt in Paris. Nach Lenins Tod war ihm angeboten worden, das Lenin-Archiv durchzusehen und sich mit den darin aufbewahrten Schriftstücken vertraut zu machen, um Bücher, die über Lenin herausgegeben werden sollten, zu illustrieren. Unter den vielen handschriftlichen Dokumenten fand Anenkow folgende Aufzeichnung, von der er eine Abschrift anfertigte:

„Ich muss feststellen, dass die sogenannten kulturellen Schichten in Westeuropa und Amerika nicht imstande sind, die jetzige Lage richtig zu beurteilen und sich ein klares Bild über das tat-

sächliche Kräfteverhältnis zu machen. Zu dieser Feststellung bin ich durch persönliche Beobachtungen während meiner Emigration gekommen. Man muss diese Kreise wie Taubstumme behandeln und die eigenen Aktionen dementsprechend durchführen.

Die Revolution verläuft nie in einer geraden Linie... Sie besteht aus einer Kette von Aufständen und Rückzügen, von Angriffen und Ruheperioden, die dazu dienen, die revolutionären Kräfte erstarben zu lassen und sie auf den Endsieg vorzubereiten*)... Da die sozialistische Weltrevolution nur langsam Fortschritte macht, müssen wir besondere Massnahmen ergreifen, um unseren Sieg über die kapitalistischen Länder zu beschleunigen.

a) Um die „Taubstummen“ zu beruhigen, müssen wir offiziell erklären (nur fiktiv natürlich), dass unsere Regierung und deren Institutionen (der Rat der Volkskommissare und andere) etwas völlig anderes seien als die Partei, das Politbüro und ganz besonders die Komintern. Wir müssen verkünden, dass dies drei völlig unabhängige politische Organisationen seien, deren Anwesenheit auf dem Territorium der UdSSR geduldet würde. Die Taubstummen werden es glauben.

b) Wir müssen unseren Wunsch zum Ausdruck bringen, unverzüglich diplomatische Beziehungen mit den kapitalistischen Ländern aufzunehmen und erklären, dass wir uns in keiner Weise in deren innere Angelegenheiten einmischen werden. Die Taubstummen werden auch das glauben. Sie werden sogar begeistert sein und uns Tür und Tor

weit öffnen. Durch diese werden dann die Kominternvertreter und Parteikundschafter, als Diplomaten, Kultur- und Handelsattachés getarnt, eiligst in diese Länder eingeschleust werden...

Die Kapitalisten der ganzen Welt und ihre Regierungen werden vor den obenerwähnten Tatsachen die Augen verschliessen, weil die Gier nach dem sowjetischen Markt sie verblendet. Auf diese Weise werden sich die Taubstummen in taubstumme Blinde verwandeln. Sie werden uns Kredite einräumen, mit deren Hilfe wir die kommunistische Partei ihrer Länder unterstützen können. Sie werden die uns fehlenden Rohstoffe und Fertigfabrikate liefern, ihre Techniker zu uns schicken und dadurch unsere Kriegsindustrie wiederaufbauen, die wir für unsere kommenden siegreichen Kriege gegen unsere Lieferanten dringend benötigen.

Mit anderen Worten, sie werden sich mühen und plagen, um ihren eigenen Selbstmord vorzubereiten."

Diese Ausführungen Lenins geben eine erschöpfende Erklärung für den Abschluss des Rapallo-Vertrages und für viele andere diplomatische Schritte der UdSSR in den Jahren seither und bis heute. Es liegt an uns, an den Menschen des freien Westens, uns nicht wie Blinde, Stumme und Taube zu gebärden und die Gefahr zu erkennen, solange es noch Zeit ist.

*) Diese Stelle aus Lenins Aufzeichnung ist sowohl von Stalin als auch von Chruschtschow öfters zitiert und kommentiert worden.

ROMAN GAPPO

Das Steuersystem der UdSSR

Das Gesellschaft gleich Staat sei, stimmt höchstens theoretisch. Jeder Staat beinhaltet die Begriffe Territorium, Bevölkerung und Regierung; diese drei Elemente sind jeder Staatsform eigen, nicht nur der sozialistischen. Sobald es jedoch um die Wirtschaft, um die Ersparnisse, das Verdienst, die Preise und die Steuern geht, hört die Ähnlichkeit auf...

Sowjetische Volkswirtschaftler haben recht, wenn sie behaupten, dass die Steuern, die von staatlichen Unternehmen erhoben werden, keine

Steuern im üblichen Sinne des Wortes seien. Der Staat belangt schliesslich nicht sich selbst, und er wird sich auch nicht zwingen, an sich selbst Steuern zu entrichten. In der UdSSR wäre es demnach so, dass die Steuern für den Staat vom Staat durch den Staat erhoben werden. Indessen braucht der Staat seine eigenen Unternehmen auch gar nicht mit Abgaben oder Steuern zu belegen; er kann über den Ertrag seiner Unternehmen ja in beliebiger Form und nach jeder ihm passenden Methode frei verfügen.

So gesehen, ist die Umsatzsteuer, die von den staatlichen Betrieben erhoben wird, nur eine Formsache, genauer ausgedrückt eine Methode, die Direktoren, Verwalter und Bevollmächtigten zu zwingen, bei ihrer Arbeit den staatlichen Wirtschafts- und Finanzplan strengstens einzuhalten. Diese Massnahme veranlasst das Unternehmen, den Finanzplan so zu erfüllen, dass ein bestimmter, vom „obersten Chef“ festgesetzter Abzug vom Ertrag zu einer genau vorgeschriebenen Zeit in Form einer Steuer entrichtet werden kann. Es ist nur natürlich, dass der Direktor oder der Bevollmächtigte daher alles tun wird, um die staatlichen Arbeiter und Angestellten zur Erfüllung oder sogar zur Überfüllung des Industriefinanzierungsplanes oder Werksauftrages zu bewegen.

Die effektive (nicht formelle) Umsatzsteuer wird in der UdSSR von allen Unternehmen erhoben, die auf gesellschaftlicher Basis stehen. Alle Gesellschafts-, Kollektiv- und Genossenschaftsbetriebe, welche die Güter serienweise für den Massenverkauf herstellen und absetzen (nicht nur Fertigwaren, sondern auch Halbfabrikate), müssen die Steuer vom vollen Verkaufsaufschlag entrichten. Es muss bemerkt werden, dass die Waren oder Halbfabrikate, die nicht direkt in den Massenverkauf gelangen, sondern zur weiteren Verarbeitung oder laut Vertrag an einen anderen Betrieb zu liefern sind, in bedeutend geringerem Umfang besteuert werden. Hierbei wird nur ein Teil des Aufschlags auf den Selbstkostenpreis (in der UdSSR 3 bis 6%) berechnet. Unmittelbar in den Massenverkauf gelangende Waren jedoch werden vom vollen Warenpreis besteuert. Ein solcher Aufschlag übersteigt den Selbstkostenpreis häufig um das Mehrfache. Wenn zum Beispiel ein Fischereikollektiv seine Fische selbst auf den Markt bringt, so setzt es den Aufschlag selbst fest und entrichtet auch selbst die volle Umsatzsteuer. Gibt er dagegen laut Vertrag die Fische an die Fischereihauptverwaltung weiter, so zahlen beide Parteien je einen Teil der Steuern. Gibt aber wiederum die Fischereihauptverwaltung die Fische an das Hauptkonservenkombinat weiter, so zahlt das Konservenkombinat die gesamten Steuern, wenn es die Konserven selbst auf den Markt bringt.

Von der Produktion der obersten Kategorie („Klasse A“) – zum Beispiel vom Lokomotivbau – wird eine Steuer (3 bis 6%) vom Aufschlag auf den Selbstkostenpreis erhoben. Der Staat kann jedoch auch – sofern es seine wirtschaftlichen Interessen und Ziele verlangen – bestimmte Betriebe und Unternehmen überhaupt nicht besteuern, zum Beispiel dann, wenn die Lokomotiven an die staatseigene Eisenbahn übergeben werden oder wenn irgendwelche Apparaturen für einen staat-

lichen Betrieb bestimmt sind, etwa ein Krankenhaus- oder Universitätslabor. Solche „gezielten“ oder „sozialen“ Steuervergünstigungen gibt es in jedem Staat. Die indische Regierung ist nicht verpflichtet, von den neu entstehenden metallverarbeitenden Industrieanlagen Steuern zu erheben, solange sie sich nicht als stabile Ertragsquellen erwiesen haben.

In der UdSSR zahlen alle Betriebe der Schlüsselindustrien keine Steuern, sogar sehr alte und „stabile“ Betriebe, die jedoch auch nicht aus ihrem chronischen Defizit herauskommen. Sie bekommen im Gegenteil laufend Dotierungen, Kredite und andere Zuwendungen. Alle diese Unternehmen sind staatlich. Der Staat wünscht nicht, sie durch auch nur formelle Besteuerung zu verärgern, denn die Arbeiter und die sogenannte technische Intelligenz dieser Betriebe weigern sich anzuerkennen, dass sie für den „eigenen sozialistischen Staat“ arbeiten und ziehen es vor, für sich selbst, das heisst für ihr Gehalt zu arbeiten.

Eine auffällige Besonderheit der Umsatzsteuererhebung in den staatlichen Betrieben der UdSSR liegt darin, dass die für die Union wichtigen Betriebe einem zentralisierten Besteuerungssystem unterliegen, während die anderen Unternehmen die Steuern in dezentralisierter Form zu entrichten haben. Die ersteren Unternehmen zahlen die Steuern nicht selbst. Die Hauptverwaltungen oder höchsten zentralen Leitungen dieser Betriebe bescheinigen ihnen, dass für dieses oder jenes Unternehmen die Steuer zentral von ihnen aus entrichtet werde.

Die Frage, ob diese Hauptverwaltungen und Leitungen staatlicher Truste wirklich irgendeine Steuer an die staatlichen Zentralkassen abführen, in welcher Höhe und wann sie die Zahlungen vornehmen bleibt selbst für die regionalen Finanzinspektionen unklar. Zur Kenntnis der regionalen Finanzverwaltungen gelangt nur das, was die Kollektiv- und genossenschaftlichen Betriebe angeht, die verpflichtet sind, ihre Steuern selbständig und ortsgelunden an die Staatsbank oder staatlichen Sparkassen dezentralisiert zu entrichten.

Die erwähnten Unternehmen der Schlüsselindustrie dürfen, obwohl sie sogar formell von der Umsatzsteuer befreit sind, neben ihrer eigentlichen Produktion auch Güter für den Massengebrauch herstellen. So kommt es vor, dass ein Maschinenbauwerk ausser Maschinen auch Kochtöpfe, Schaufeln oder ähnliche Verbrauchsgüter herstellt. Ob für solche Nebenprodukte beziehungsweise deren Vertrieb diese Unternehmen Steuern zahlen oder nicht, ist ebenfalls nicht immer klar zu erkennen, da sie ja erstens generell von Steuerleistungen

befreit sind und zweitens immer geltend machen können, dass ihre Steuern von der zuständigen Hauptverwaltung zentralisiert entrichtet würden.

Sowjetische Volkswirtschaftler und auch die Regierung machen nicht die geringste Anstrengung zu verheimlichen, dass die Erträge aus staatlichen Werken und Unternehmen für den Bedarf der Schwerindustrie verwendet werden; sie sind sogar im Gegenteil geradezu stolz darauf. Herstellung und Qualität der für den Massengebrauch bestimmten Artikel spielen bekanntlich eine untergeordnete Rolle. Die Hauptsache ist dabei, dass über die Hersteller der Gebrauchsgüter möglichst viel Geld zur Finanzierung der Schwerindustrie hereinkommt.

Es stimmt allerdings nicht, dass in der UdSSR Konsumgüter mehrfach besteuert oder dass bei jeder Handelsstufe bis herunter zum Verbraucher ein Aufschlag gemacht würde. Der Preisaufschlag erfolgt nur einmal, beim Übergang der Ware vom Hersteller in den Vertrieb oder in das Vertriebsnetz, mit Ausnahme der erwähnten Sonderregelung bei Lieferung an einen anderen Betrieb. Diese einmalige Besteuerung der Waren erfolgt natürlich nicht aus irgendwelchen humanen Gründen, sondern wegen der vollständigen vertikalen Zentralisierung der Verwaltung aller Wirtschaftszweige. Eine solche Zentralisierung macht es der Hauptverwaltung, dem zentralen oder höchsten Verwaltungsorgan eines jeden Wirtschaftszweiges möglich, die Planung und Kalkulation nur einmal und auf längere Sicht durchzuführen und wenigstens ungefähr alle möglichen steuerlichen Aufwendungen zu berücksichtigen, die bei der Güterbewegung vom Hersteller zum Verbraucher entstehen können.

Auf diese Weise wird auch die Summe der Steuern vorausberechnet. Es ist für den Staat einfacher, die Steuern gleich bei der Hauptverwaltung anzufordern, selbst wenn der Vertrieb noch gar nicht begonnen hat. Ausserdem ist dieses Verfahren auch ein Mittel, um die Betriebe zur Erfüllung der eingeplanten Budgetverpflichtungen gegenüber dem Staat anzutreiben. Die Warenpreise werden ohnedies lange vorher vom Staat festgelegt. Auch bekommt jeder Betrieb Steuertabellen und detaillierte Anweisungen, längst bevor er mit der Produktion irgendeiner Ware begonnen hat – also lange bevor er selbst irgendwelchen Gewinn aufweisen kann.

Die Hauptquelle der Staatseinkünfte bilden Zölle und Zollaufgaben. Der gesamte Aussenhandel der UdSSR liegt in den Händen des Staates. Es gibt Schutz-, Beschränkungs-, Finanz- und Ermunterungszölle. Zollaufgaben und -einnahmen bilden eine indirekte Methode zur Schaffung eines gewaltigen Preisaufschlages, also im Endeffekt eine Besteuerung des Verbrauchers. Wenn man zum

Beispiel die reale Kaufkraft des Rubels mit der Währung des Staates vergleicht, bei dem die UdSSR etwa Massengebrauchsgüter einkauft, kann man leicht ausrechnen, wie hohe Zuschläge der Staat in Form von Schutz- oder Beschränkungszöllen kassiert.

Die Steuern, die von der Bevölkerung erhoben werden, zerfallen formell in staatliche und lokale Steuern, das heisst in solche, die an zentrale Staatskassen entrichtet werden, und solche, die in örtliche Kassen der staatlichen Verwaltungsorgane fliessen.

Der Art der Besteuerung, der Steuerrechnung und der Eintreibung nach unterscheidet das sowjetische Steuerrecht Personen- und Realsteuern. Die Personensteuer ist dadurch charakterisiert, dass die Höhe der Besteuerung, die Art der Errechnung und der Eintreibung von der persönlichen Situation und dem Familienstand des Steuerzahlers abhängt, von seiner Erwerbsfähigkeit und der Zahl der von ihm abhängigen Familienmitglieder. Bei der Erhebung der Realsteuer spielen alle diese soeben bezeichneten Umstände keine Rolle; hier ist die Hauptsache der reale Wert des besteuerten Betriebes, das heisst seine Ertragsfähigkeit.

Wenn wir hier von Steuern sprechen, so müssen wir dabei notwendig im Auge behalten, dass die Lohnsteuer nur eine der vielen Formen der Einkommensteuer darstellt und diese wiederum nur eine der vielen von der Bevölkerung erhobenen Steuern ist.

Steuern werden jedoch nicht nur von natürlichen, sondern auch von juristischen Personen erhoben: von Zusammenschlüssen genossenschaftlicher Art, etwa der Kunstmalergenossenschaft, dem Schauspielerkollektiv, der Anwaltskammer, ferner von allen Personengruppen, die ein Einkommen in Form eines Arbeitsentgeltes oder eines Unternehmerertrages haben (zum Beispiel eines Friseurladens). Umsatzsteuer wird von solchen genossenschaftlichen oder persönlichen Unternehmen nicht erhoben, soweit sie keine Serien- oder Massenartikel produzieren und vertreiben, also keine industriell gefertigten Fabrikate oder Halbfabrikate verarbeiten. Fassen wir das bisher Gesagte ergänzend zusammen, so ergibt sich folgender Katalog von Steuern, die von der Bevölkerung der UdSSR erhoben werden:

Einkommensteuern. Hierzu rechnen die Lohnsteuer (Lohn- oder Einkommensteuer von ledigen, alleinstehenden Personen und Personen mit kleiner Familie), die Einkommensteuer (erhoben vom Einkommen privater Genossenschaften, Gesellschaften und Kollektive) und die Sozialversicherung. *Landwirtschaftliche Steuer.* Diese Steuer wird nicht nur von den Kollektivwirtschaften, sondern auch von einzelnen Kolchos- und Einzelbauern

Analyse der Sowjetpresse (II)

Es ist schon oft festgestellt worden, dass Chruschtschow das System Stalins keineswegs liberalisieren, sondern lediglich modernisieren möchte. Der technische und politische Wettbewerb mit dem Westen kann nur dann durchgestanden, geschweige gewonnen werden, wenn es dem sowjetischen Diktator gelingt, seine Diktatur einigermaßen aufzulockern. Auf welche Schwierigkeiten er dabei jedoch stösst, lässt sich einigermaßen erraten, wenn man regelmässig die sowjetische Presse verfolgt, die in überaus aufschlussreicher Weise in die Kampagne gegen Bürokratismus, Verschwendung „sozialistischen Eigentums“, betrügerische Erfolgsberichte und so weiter eingeschaltet wurde. Der grösste Feind aller Reformbemühungen scheint der Bürokratismus zu sein, der zweifellos mit dem Wesen des Systems selbst eng verschmolzen ist und im besten Falle etwas gemildert, keinesfalls aber abgeschafft werden kann. Die Zeitung *Komsomolskaja Prawda* beschäftigte sich in ihrer Ausgabe vom 28. Dezember 1961 ausführlich mit dieser Frage und brachte einige Beispiele, die die Situation schlagartig beleuchten.

Zwei junge Menschen wollten sich verehelichen, so beginnt der Korrespondent der Zeitung seinen Bericht. Ein verständlicher Wunsch. Leider konnten sie jedoch ihr Vorhaben nicht verwirklichen. Warum? Aus einem ganz einfachen Grunde. Das Standesamt verfügte zu dieser Zeit nicht über die erforderlichen Formulare, die ausgefüllt werden müssen.

„Die jungen Menschen waren hartnäckig“, fährt der Journalist in seinem Bericht fort. „In ihrer Naivität glaubten sie, dass man einen Antrag auch mit der Hand schreiben könne. So würde er sogar zärtlicher, unmittelbarer wirken. Sie dachten, dass ein handgeschriebenes Papier seinen Zweck genauso gut zu erfüllen vermöchte wie ein Druckformular.“

Die Standesbeamten aber waren anderer Ansicht. Sie bestanden darauf, dass die Menschen kein Recht auf Geburt, Ehe und Tod hätten, wenn es an Formularen fehle. So musste das junge Paar samt Zeugen und Hochzeitsgästen wieder nach Hause fahren und die Hochzeit bis zu dem Tage verschieben, an dem die staatlichen Druckereien ihre anderen wichtigen Aufgaben erfüllt haben und

sowie von allen Personen und Unternehmen erhoben, die einen Ertrag aus landwirtschaftlicher Tätigkeit erzielen, auch in den Städten, sogar Erlöse aus dem Verkauf von Blumen aus dem eigenen Vorgarten. In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass die Einkommensteuer, die sonst hauptsächlich von der Stadtbevölkerung entrichtet wird, auch von Kolchosbauern, Landeschullehrern und anderen ländlichen Einwohnern erhoben wird, sofern sie ein Einkommen aus nicht landwirtschaftlicher Tätigkeit beziehen.

Viehhaltungssteuer für Städter, die sich mit Viehzucht befassen,

Steuer für nicht genossenschaftlich organisierte Heimarbeiter. Sie wird erhoben von Handwerkern, Schauspielern, Ärzten, Privatlehrern, Sporttrainern, Masseuren, Rechtsanwälten, Kunstmalern und ähnlichen Berufsgruppen.

Steuern für private Kollektive und Genossenschaften, die sich aus Personen des vorstehenden Abschnitts zusammensetzen, sowie Glaser-, Böttcher- und ähnliche Genossenschaften, sofern sie keine Serienprodukte herstellen und ihre Waren im Ein-

zelhandel vertreiben.

Gebüdesteuer. Ihr unterliegen private Hausbesitzer, Bauunternehmer, Eigentümer von Sommerhäusern usw.

Grundsteuer. Sie wird erhoben bei Grundstücknutzung durch Einzelpersonen oder private Kollektive.

Staatliche Gebühren, wie sie Amtsstellen und Behörden wie Gerichte, Notariate, Standesbeamte usw. einheben.

Einmalige Forstnutzungsumlagen, die erhoben werden für nicht industrielles Fällen von Holz, Reisigsammeln für private Heizzwecke u. ä.

Umlagen für private Transportunternehmen, einschliesslich der Besitzer von Handkarren, die sich mit der Beförderung von Stückgut, Möbeln und ähnlichen Dingen im Auftrag von Privatpersonen oder Genossenschaften beschäftigen.

Einmalige Abgaben, die von Bürgern zu leisten sind, die etwas auf Trödelmärkten verkaufen. Die gleiche Abgabe wird im ähnlichen Fall von Kolchosen und Kolchosbauern erhoben.

Schätzwertsteuer von ins Leihhaus oder zum Kom-

sich wieder mit so nebensächlichen Formularen wie Eheanträgen würden beschäftigen können.

Indes ist das noch ein relativ harmloser Fall, der sich unter Umständen auch einmal in einem westlichen Land hätte ereignen können. Viel schlimmer erging es, nach der Meldung desselben Korrespondenten, einem jungen Menschen namens E. A. Kuropiatnik. Kuropiatnik, der in einer Fabrik in der Stadt Nikolaewsk beschäftigt ist, wurde von seinen Vorgesetzten in dienstlichen Obliegenheiten nach Moskau geschickt. Dort hatte er das Unglück, an einer Grippe zu erkranken und ärztliche Hilfe zu benötigen. In völliger Verkenning der Situation meldete er sich also in einer Moskauer Poliklinik, musste sich aber dort sagen lassen, dass man laut Instruktion Ortsfremde nicht behandeln könne.

„Und wie macht man das, wenn man trotzdem krank ist?“ fragte er.

„Gehen Sie zu der Chefärztin... Sie wird Ihren Fall entscheiden.“

Die Chefärztin verschwendete mehrere Stunden, so heisst es in dem Bericht weiter, um dem hartnäckigen Patienten die Unmöglichkeit seiner Bitte zu erklären. „In dieser Zeit“, schreibt unser Journalist, „hätte sie mindestens fünf Kranke behandeln können. Sie glaubte aber, dass Aufklärung für sie eine viel wichtigere Aufgabe darstelle als die Behandlung von Patienten.“

Ungeachtet dieses Misserfolges setzte Kuropiatnik seine Versuche fort, ärztliche Hilfe zu erlan-

gen. Er wurde aber von allen Krankenhäusern Moskaus abgewiesen, denn überall galten dieselben Anweisungen des Volksgesundheitsministeriums, und diese lauteten unmissverständlich: ein Moskauer Arzt darf nur Moskau behandeln. Was mit Ortsfremden zu geschehen hat, darüber gaben sie keine Auskunft.

Es blieb dem Kranken nichts anderes übrig, als sich schliesslich bei eben diesem Ministerium zu melden. Auch dann dauerte es noch einige Tage, am Ende bekam er jedoch ein Papierchen, das ihn als Ausnahmefall deklarierte und den Ärzten gestattete, ihn zu behandeln. „Das Papier hat seine Wunderwirkung nicht verfehlt“, schreibt der Korrespondent weiter. „Der Patient wurde in derselben Poliklinik Nr. 66 untersucht. Man bat ihn, seinen Mund aufzutun und „A“ zu sagen. Sodann verschrieb man ihm ein Rezept und empfahl ihm, sich ruhig zu verhalten und möglichst die Strasse zu meiden.“

Der dritte Fall, der von der *Komsomolskaja Prawda* angeführt wird, ist von besonderem Interesse. Nicht erst Chruschtschow, sondern vor ihm auch schon Stalin hatten alles darangesetzt, möglichst viele Spezialisten aus den Grosstädten abzuziehen und in der Provinz zu beschäftigen – zum Leidwesen der meisten von ihnen. Indes gibt es anscheinend auch einige Spezialisten, die diesem Ruf gerne gefolgt wären, hätte ihnen nicht die allmächtige sowjetische Bürokratie dabei Schwierigkeiten bereitet und sie zuletzt zur Kapitulation gezwungen.

missionsverkauf gegebenen Gegenständen.

Selbstbesteuerung für örtliche kommunale und gemeinnützige Zwecke.

Kulturelle Abgaben zum Ankauf zusätzlichen Heizmaterials für Schulen, Ankauf von Bildern, Kleiderhängern u. ä., zur Beheizung von Klubräumen, zur Anschaffung von Klubrequisiten, Musikinstrumenten u. ä.

Strassensteuer zum Ausbau von Strassen und Bürgersteigen.

Vergnügungssteuer, zu entrichten von staatlichen und genossenschaftlichen schauspielerischen Unternehmen, von Theatern, Lichtspielhäusern, Zirkusunternehmen, Konzertveranstaltern, Schwimm- und Strandbädern, Parks usw.

Einmalige Abgaben bei Benutzung von Fluss- und Meersand, Kies, Lehm und ähnlichen Materialien sowohl für individuelle wie für genossenschaftliche bauliche Vorhaben.

Hunde-, Katzen- und Geflügelsteuer, sofern die Tiere zu Privatzwecken gehalten werden.

Strafen und Verwarnungsgebühren, die bei Über-

tretung von Strassenverkehrsregeln und Ruhestörung erhoben werden, sofern es sich dabei nicht um strafrechtliche Tatbestände handelt.

In dieser Aufstellung sind keineswegs alle Steuern und Umlagen enthalten, die von dem Sowjetbürger erhoben werden. Als wichtige Quellen der staatlichen Einkünfte kommen noch viele Gebühren und Abgaben hinzu. Da wären zum Beispiel noch die Patentgebühr, die Besteuerung der Prämien für Leistungen oder Erfindungen, die Umlagen beim Verkauf staatlichen Eigentums, die Jagd- und Fischereiabgaben, Führerscheingebühren und anderes mehr zu erwähnen. Auch die Erträge von Staatsbanken und Kreditanstalten müssen in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden.

Diese kurze und unvollständige Darstellung des reichlich komplizierten Steuerwesens der Sowjetunion lässt die von der Regierung der UdSSR so akzentuiert angekündigte „Abschaffung der Steuern“ in einem anderen Licht erscheinen, als der naive Zeitgenosse zunächst vielleicht angenommen hätte.

Fedor Wysotsky hatte an der Moskauer Veterinärakademie studiert; er war aber ein unruhiger Geist und wollte die Groszstadt verlassen, um sich in der Provinz durch berufsnahe Tätigkeit praktische Kenntnisse anzueignen. Der Fall lag klar und es war zu erwarten, dass die Behörden dem Antragsteller bei der Verwirklichung seiner Pläne nur behilflich sein würden. Diese Annahme erwies sich aber als falsch. Es gibt nämlich in der Sowjetunion ein Gesetz, demzufolge eine Veränderung des Wohnsitzes nicht ohne weiteres möglich ist. Dieses Gesetz war erlassen worden, um den Spezialisten das eigenmächtige Wegziehen aus der Provinz zu erschweren. Doch Gesetz ist Gesetz, und die lokalen Behörden der Kleinstadt, in die Wysotsky gerne ziehen wollte, verweigerten ihm die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung. Nicht einmal die Intervention der Kolchosen der Umgebung, die ohne Tierarzt auskommen mussten, konnte hieran irgendetwas ändern. —

„In der Milizstation erschien ein Student“, so beginnt ein Leserbrief des Studenten E. Topol, der in einer anderen Ausgabe derselben Zeitung — am 27. Dezember 1961 — veröffentlicht wurde. „Mit erschrockenen Augen blickte er um sich und gestand alles. Er erzählte, er hätte eine Bank ausgeraubt, eine Aktentasche mit wichtigen Papieren gestohlen und sein Radio in dem Studentenheim nach 21,30 eingestellt.“

Freilich hat dieser Student nie eine Bank geraubt und auch alles andere war Erfindung. Sein Leserbrief aber war doch von einer wahren Begebenheit veranlasst worden. An dem Tage, an dem er zu einem Moskauer Institut zugelassen worden war, so berichtet er weiter, hatten ihm seine Eltern ein Gratulationstelegramm und eine Postanweisung über 10 Rubel geschickt. Er ging mit seiner Anweisung zur Post und musste erfahren ... aber überlassen wir lieber dem Autor selber das Wort:

„Das Geld können Sie nicht bekommen.“

„Wieso das?“

„Ihr Studentenausweis reicht zur Legitimation nicht aus!“

„Was benötige ich denn dazu?“

„Einen Pass“.

„Das kann ich mir aber nicht vorstellen. Warum geben Sie mir das Geld nicht? Mein Pass liegt bei der Polizei, wo ich mich anmelden musste.“

„Das geht uns nichts an.“

Der Student verlangt ein Klagebuch. Den beigegeführten Anweisungen des Postdirektors kann er entnehmen, dass bei Postanweisungen, die auf weniger als 30 Rubel lauten, ein Personalausweis genügt, um das Geld abzuheben:

„Woher soll ich wissen, dass Sie nicht die Studentenkarten voneinander stehlen? Und abgesehen davon steht hier nicht geschrieben, dass der Studentenausweis als Legitimation genügt!“

„Was bescheinigt er dann?“

Hier endet das Gespräch jedoch, denn die anderen Postkunden werden ungeduldig und bitten den Studenten, den Platz freizumachen. So wurde er also, schreibt der Autor weiter, zum ersten Mal in seinem Leben des Diebstahls verdächtigt. Im Studentenheim selbst sehe es jedoch kaum besser aus. Wie sich herausstellte, durften die Studenten Besuch nur an Sonnabenden und Sonntagen empfangen. Dabei musste sich jeder Besucher legitimieren, und auch hier wieder galt der Studentenausweis nicht als Personalpapier.

„Nun, entschuldigen Sie schon“, fährt E. Topol fort, „aber gesetzt den Fall, ich habe am Sonnabend eine Verabredung? Die meisten Verabredungen werden für Sonnabend getroffen. Und am Sonntag verspüre ich schon gar keine Lust, im Heim zu sitzen — an Sonntagen gehe ich normalerweise auf Wanderungen. Meine Freunde jedoch wollen mich an Wochentagen besuchen, damit wir zusammen die Aufgaben aus anorganischer Chemie lösen oder über neue Gedichte streiten können.“

Der Autor dieses Berichtes betont, dass sein Heim keineswegs eine Ausnahme darstelle; im Gegenteil — in anderen Heimen Moskaus sehen die Dinge noch bedeutend schlimmer aus. Vor allem aber möchte er wissen, wozu sein Studentenausweis eigentlich gut ist, wenn er ihn nicht legitimiert und überhaupt nirgendwo zu gebrauchen ist. —

Der Bürokratismus stört die kommunistische Führung weniger deshalb, weil er dem einfachen Mann das Leben sauer macht, sondern weil er jeder privaten Initiative Tür und Tor öffnet und einen Zustand herbeiführt, der Partei und Regierung nicht gestattet, sich ein klares Bild über die Lage im Lande zu verschaffen. Ein Bericht in der *Komsomolskaja Prawda* vom 11. Januar 1962 veranschaulicht das deutlich.

Im Zuge der Kampagne gegen das sogenannte Rowdytum hat die Partei verschiedene Massnahmen ergriffen. So werden Schuldige zum Beispiel zu einigen Tagen oder Wochen Zuchthausstrafe verurteilt. Damit der Staat aber für Unterkunft und Unterhalt nicht aufzukommen braucht, muss der Bestrafte tagsüber arbeiten, und zwar in irgendeiner Fabrik, die Mangel an Arbeitskräften hat. Das Innenministerium und das Finanzministerium haben in diesem Zusammenhang verfügt, dass die betreffende Fabrik für diese Arbeitsleistung 12 alte Rubel täglich zu bezahlen hat. Nun ist es aber so, dass es sich bei diesen Ver-

urteilten oft um Elemente handelt, die längst gelernt haben, wie man im kommunistischen System Lücken findet und bei allem scheinbaren Eifer nur ein Minimum an produktiver Arbeit leistet. Daher haben die meisten Fabriken wenig Lust, solche Rowdies einzustellen. So verfielen die für die Unterbringung dieser „Asozialen“ verantwortlichen Behörden auf den Ausweg, ihre Schützlinge solchen Fabriken zu verschreiben, die zwar deren Arbeit nicht benötigen, dafür aber über die nötigen Mittel verfügen. Das Ergebnis ist, dass die Häftlinge den ganzen Tag über unkontrolliert bleiben, sich von ihrem Arbeitsplatz entfernen, ihre Familien oder ihre Freunde besuchen und überhaupt ein Leben führen, das die schwer arbeitenden Bürger der Sowjetunion vor Neid erblassen liesse.

Diese Lage der Dinge ermöglichte es einigen Wächtern „mit Privatinitiative“, sich eine neue Einkommensquelle zu verschaffen. So führt der Berichterstatter der *Komsomolskaja Prawda* einen Fall an, der sich in Rostow am Don ereignete. Man hatte dort einen Nachwächter der Fabrik „Roter Don“ mit der Überwachung der eingesperrten Rowdies beauftragt. Der Wächter nützte die willkommene Gelegenheit, sich zusätzlich ein paar Rubel zu verdienen. In der Früh erlaubte er einigen seiner Schützlinge, nach Hause zu gehen; abends mussten sie sich bei ihm wieder melden und wurden dann mit den übrigen ins Zuchthaus zurückgeführt. Die Kosten eines solchen „Urlaubs“ betragen einen Rubel pro Tag und Person. Der Autor des erwähnten Artikels führt beredete Klage nicht nur darüber, dass die Rowdies auf diese Weise ein herrliches Leben zu führen imstande seien, sondern auch und vor allem über die Tatsache, dass dem Staat auf diesem Wege ein beträchtlicher finanzieller Schaden zugefügt wird.

Weniger mit Bürokratismus oder gar Diebstahl an der Partei hat ein anderer Bericht zu tun, der ebenfalls in der *Komsomolskaja Prawda* (4. Januar 1962) zu lesen war. Es ging hier um das viel grundsätzlichere Problem der Heuchelei, die das ganze sowjetische Leben kennzeichnet, gleichzeitig aber darum, dass die Spitzen der Partei anscheinend jeden Kontakt mit den mittleren Parteikadern verloren haben. G. Jakowlew berichtet in dem erwähnten Artikel über die Erfahrungen, die er bei verschiedenen kommunistischen Zusammenkünften, Konferenzen usw. hatte sammeln können. Ein typischer Fall zum Beispiel hatte sich erst kürzlich in der Nähe der Stadt Donez ereignet, wo die Parteisekretäre des Distrikts ihre Jahresversammlung durchführten. Am Abend des ersten Tages schon war der Politarbeiter einer Möbelfabrik, Jan Pfeffer, so betrunken, dass man ihn nur mit Gewalt ins Bett bekommen konnte. „Es war eine

traurige Szene“, schreibt der Journalist. „Tagsüber redeten die Kommunisten von der Notwendigkeit, die Jugend kommunistisch zu erziehen und diskutierten sie über das Thema „Wie soll die kommunistische Gesellschaft aussehen“. Abends aber versammelte sich alles an der Theke.“

Nach Jakowlew entschuldigten sich die betreffenden Kommunisten, als man ihnen ihr Benehmen vorwarf, damit, dass man das Vorkommnis eigentlich gar nicht als ein Saufgelage bezeichnen könne: „Es gab ja schliesslich keine Raufereien.“

Der allgemeine Trend, bei allen passenden offiziellen Anlässen eine „fortschrittliche“ Gesinnung zur Schau zu tragen, ansonsten aber die Partei links liegen zu lassen und sie dauernd zu beschwindeln, hat auch die Armee erfasst.

„Aus einer fernen Gamison, nicht weit von unserer Südgrenze erhielten wir einen Brief“, beginnt ein Artikel in der Armeezeitung *Krasnaja Swesda* vom 4. Januar 1962. „Er enthielt die alarmierende Nachricht, dass der sozialistische Wettbewerb in der Kompanie des Kommunisten Hauptmann I. Tokranow nur formal durchgeführt werde, ja, dass dabei sogar Betrügereien vorkämen, indem die Leistungen in der Ausbildung zu hoch bewertet würden, desgleichen diejenigen der sogenannten Ranglisten-Sportler. Es stellte sich heraus, dass die in dem Brief mitgeteilten Tatsachen zuträfen. Das konnten weder der Kompaniechef, Hauptmann I. Tokranow, noch der Sekretär der Parteiorganisation, Oberstleutnant E. Mrychin, in Abrede stellen.“

Die Zeitung kommt dann auf die Gründe dieses Vorkommnisses zu sprechen, und es unterliegt keinem Zweifel, dass diese Gründe bei den meisten ähnlichen Fällen von „Betrug“ massgebend sind, ob sie sich in der Armee, in der Partei oder sonstwo ereignen. Der Verfasser, Oberstleutnant Naumtschik, schreibt hierzu:

„Der Kompanie war etwas Wichtiges auferlegt worden: sie sollte zu den „Ausgezeichneten“ ('Otlitschniki') gehören. Auch andere grosse Verpflichtungen hat man übernommen...“

Jedem, der über die sowjetische Wirklichkeit und über die Art, solche Dinge zu erledigen, einigermaßen Bescheid weiss, ist es vollkommen klar, welche Wendung dieses Satzes entscheidend ist: *auferlegt worden ist* heisst es nämlich, und das bedeutet ganz gewiss nichts anderes, als dass auf bürokratischem Wege befohlen worden ist, irgendeine Kompanie zu der Kompanie der „Otlitschniki“, also der „Ausgezeichneten“ zu machen. An dem Chef der Kompanie lag es dann eben, wirkliche oder scheinbare Tatsachen zu schaffen, die diese Auszeichnung zu rechtfertigen

hatten. Und dann lief alles so, wie es in der Sowjetunion gewöhnlich der Fall ist. Entweder war der Kompaniechef ein ehrlicher Mann und versuchte, den Befehl tatsächlich zu erfüllen, musste aber bald feststellen, dass das fast unmöglich ist. Oder – und das ist wahrscheinlicher – er wusste es von vornherein und begnügte sich deshalb damit, mit Hilfe seiner Untergebenen den geforderten Tatbestand formell zu schaffen. Dann wies die Kompanie eben soundso viele „Otlitschniki“ auf, ohne das es sich bei diesen in Wirklichkeit um Leute gehandelt hätte, die etwas Ausserordentliches zu leisten imstande waren. Wie das gemacht wird, erzählt unser Autor:

„Man begann die Bewertungen einiger Soldaten künstlich heraufzusetzen, damit diese als Otlitschniki gelten konnten. Und es klappte! So musste die Kompanie beispielsweise nach der eingegangenen Verpflichtung 60 Otlitschniki auf dem Gebiete der Gefechtsausbildung und der politischen Schulung aufzuweisen haben. Diese Zahl wurde in der Meldung an den Abteilungsstab auch angegeben – obwohl sich unter diesen „Otlitschniki“ auch solche befanden, die in der Ausbildung keine guten Noten aufzuweisen hatten. Desgleichen gab es falsche Ranglisten-Sportler. Beim übungsmässigen Handgranatenwerfen wurde zum Beispiel folgendermassen verfahren: Den hierbei verwendeten Handgranaten fehlten 200 Gramm des vorgeschriebenen Gewichts... Hauptmann Tokranow, der die Prüfung übernahm, übersah das geflissentlich – und schon verfügte die Kompanie über 20 Ranglisten-Sportler mehr. Unter Verletzung der bestehenden Regeln fand auch die Angabe der Normen der sportlichen Rangstufen beim Schielauf statt“.

Hauptmann Tokranow hat natürlich nichts getan, was nicht vor ihm schon tausendmal getan wurde und was auch heute in der ganzen Sowjetunion tagtäglich geschieht. Sein persönliches Pech war nur, dass er einen persönlichen Feind hatte, der die Vorkommnisse in seiner Kompanie der Presse preisgab, die sie dann dazu benützte, ihr Soll an Kritik, das ihr im Zuge der gegenwärtigen Kampagne auferlegt ist, zu erfüllen.

Im Westen wird immer wieder von der angeblichen Steigerung des Lebensstandards des sowjetischen Volkes gesprochen, und auch die Reisenden bezeugen, dass man in der Sowjetunion heute mehr Waren sieht, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Indes vergisst man dabei gerne, sich der Tatsache zu erinnern, dass diese Verbesserungen in der Regel nur in ein paar Groszstädten spürbar sind. Die abgelegenen Gebiete und die kleinen Provinzorte, erst recht die Dörfer, bleiben für den Ausländer nach wie vor Terra

incognita. Moskau, Leningrad und einige andere Hauptstädte von Unionsrepubliken zeigen heute tatsächlich ein etwas besseres Bild. Die Waren sind zwar teuer, doch ist das Allernotwendigste wenigstens vorhanden.

In der Provinz hingegen versagt das kommunistische Verteilungssystem mit seinem Bürokratismus noch genauso wie in der Vergangenheit. Die sowjetische Presse selber ist es, die hiervon genügend Zeugnis ablegt.

„In unserer Siedlung Wodorasdel (Bezirk Wytegororsk, Gebiet Wologda)“, so beginnt ein Brief, den einige Arbeiter an die Redaktion der *Prawda* schrieben und der in dieser Zeitung am 5. Januar 1962 erschien, „leben Hydromechanisatoren, die am Bau des Wolga-Baltikum-Kanals beschäftigt sind... Aber uns fehlen hier die lebenswichtigsten Einrichtungen. In der Siedlung gibt es keinen Speisesaal, keine Kinderkrippe und keinen Kindergarten, keinen Klub und kein Geschäft für Konsumgüter. Das Lebensmittelgeschäft ist in einem sehr schlechten Zustand und müsste dringendst instandgesetzt werden. Dazu kommt, dass wir mit verschiedenen Lebensmitteln schlecht versorgt sind. Brot gibt es nur unregelmässig, und wenn man schon welches zu kaufen bekommt, so in aller Regel nur Schwarzbrot...“

Ein Korrespondent der Zeitung, A. Popow, hat nach entsprechenden Recherchen festgestellt, dass an diesen Zuständen der übliche sowjetische Bürokratismus und das ebenso verbreitete Desinteresse subalternen Funktionäre schuld sind. Im einzelnen berichtet er folgendes:

„Die Errichtung einer Kinderkrippe, eines Kindergartens, eines Geschäfts für Konsumgüter und der Umbau der bereits vorhandenen Gebäude mit dem Ziel der Einrichtung eines Speisesaals und eines Klubs sowie die Instandsetzung des Lebensmittelgeschäfts wurden seinerzeit für nötig befunden und in den Kostenvoranschlag eingerechnet. Aber die Verwaltung des Wolgabaltstroj und das ihr unterstellte Bauamt, das mit der Durchführung der Bauarbeiten beauftragt war, gaben sich keine spürbare Mühe, sie zu verwirklichen. Nachdem die ursprünglich vorgesehenen Bauterminne nicht eingehalten worden waren, setzte man mehrmals neue Baufristen fest, doch wurden auch diese wiederum nicht zur Kenntnis genommen.“

Es geschah also genau das, was unbedingt geschieht, wenn niemand an der Durchführung irgendwelcher an sich nötiger Arbeiten persönlich interessiert ist. Die weiteren Nachforschungsergebnisse des Korrespondenten veranschaulichen diese Schlussfolgerung noch mehr:

„Auch die Funktionäre der Arbeiterversorgungs-

abteilung der Binnengewässer von Wytegra bleiben gegenüber den Nöten der Hydromechanisatoren ungerührt. Mit dem Leiter dieser Handelsorganisation führte ich die folgende Unterhaltung: – Warum wird das Geschäft der Siedlung Wodorasdel nur unregelmässig mit Brot beliefert? Verfügt die Arbeiterversorgungsabteilung etwa über zuwenig Mehl, oder kommen die Bäckereien mit dem Brotbacken nicht nach?

– Wir haben genügend Roggen- und Weizenmehl vorrätig und die Bäckereien können sämtliche Kanalarbeiter voll und ganz mit Brot versorgen.

– Warum mangelt es dann in der Siedlung an Brot? Auf diese Frage weiss der Genosse Demin keine vernünftige Antwort. Auch konnte er keine Erklärung dafür geben, warum im Geschäft der

Siedlung solche Lebensmittel fehlen, die im Lager ausreichend vorhanden sind.

Freilich wissen der Befragte wie der Interviewer genauestens darüber Bescheid, warum das Ganze nicht funktioniert, aber es ist ihnen natürlich nicht möglich, es auszusprechen. Das ist der Grund dafür, dass die gegenwärtige Kampagne zur Bekämpfung des Bürokratismus und verwandter Erscheinungen nicht gegen die tieferen Ursachen von Fehlentwicklungen gerichtet ist, sondern nur gegen jeweils zufällige unmittelbare Urheber besonders augenfälliger Miszstände. Sie bekämpft Symptome, statt die Wurzeln des Übels anzupacken, und so wird sie an den bestehenden Zuständen so gut wie nichts ändern, solange eben diese Wurzeln tabu und sakrosankt sind.

JOSEPH NOVAK

Homo Sowjeticus

Zu den zahlreichen Methoden, alle Menschen nach Möglichkeit total gleichzuschalten, gehört in der Sowjetunion ebenso wie in den anderen kommunistisch beherrschten Ländern die Institution der Versammlung. „Wohin man auch geht, ist man in einem Kollektiv, und wohin das Kollektiv geht, dahin geht man auch“ – in dieser Feststellung glaubt ein junger Komsomolfunktionär aus Moskau „die leuchtende Grundwahrheit des Sozialismus“ erkennen zu können. Wie aber sehen die anderen Menschen, die im sowjetischen Machtbereich leben müssen, das sozialistische Kollektiv, diese „Schmiede des Kommunismus“, diese „magische Erfindung des Sozialismus“? Joseph Novak hat sich in seinen zahlreichen Gesprächen mit Sowjetmenschen auch über diese Frage mit den unterschiedlichsten Partnern unterhalten. Was er dabei erfuhr, hat er – unter anderem – in seinem neuen Buch „Homo Sowjeticus – Der Mensch unter Hammer und Sichel“ niedergeschrieben, das demnächst im Scherz Verlag, Stuttgart, erscheinen wird.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags bringen wir nachstehend einen auszugsweisen Vorabdruck aus dieser aufschlussreichen Veröffentlichung. Novak verzeichnet hier eine Reihe von Antworten auf die Frage, was wohl die verschiedensten Menschen über die Kollektive, denen sie angehören, und über die Versammlungen, denen sie beiwohnen müssen, denken:

Sergej K., 24, Fabrikarbeiter, parteilos:

„...Nein, ich habe nicht allzuviel für Versammlungen übrig... Die anderen, die die grosse Schnauze haben, sollen sich damit abquälen... Natürlich man muss dabei sein, dagegen ist nichts zu machen... Zwei-, dreimal die Woche, manchmal auch öfter... Einmal hat man mir gesagt, ich sollte doch nicht so stumm wie ein Möbelstück herumsitzen... Na, da bin ich eben aufgestanden und habe gesagt, dass ich nicht gern rede, und dass es gar nichts beweist, wenn ich mir alles nur ruhig mit anhöre... Ob ich schlecht arbeite? Ob ich meine Norm nicht schaffe? Ob meine Kollegen mich gernhaben? Da das alles bei mir in Ord-

nung geht – was ist schon dabei, wenn ich den Mund halte? Darauf haben sie mich in Ruhe gelassen... Ob Versammlungen notwendig sind? Es muss wohl so sein, da doch so viele abgehalten werden... Die Schlauberger organisieren das, und sie werden schon wissen, warum sie das tun...“

Professor Z., 60, Historiker, parteilos:

„...Die Versammlungen füllen eine gewisse Lücke in unserer Gesellschaft aus... Sehen Sie, wir alle sind doch gewohnt, geleitet, in unseren Redaktionen gesteuert zu werden. Daher zeigen unsere gesellschaftlichen Beziehungen einen gewissen Mangel an Spontaneität. Alle natürlichen, zwischen persönlichen Bindungen fehlen uns. Die Versamml-

lungen – oder, wie Sie es ausdrücken, die 'Institution' der Versammlungen – füllen diese Lücke. Die Leute werden angeregt, können ihre Gefühle abregieren, sind erwartungsvoll und vielleicht auch ängstlich... Jede Versammlung befriedigt eine ganze Reihe elementarer menschlicher Gefühle – und stellt dadurch einen wichtigen Faktor in unserem Leben dar... In der Versammlung kann ja das Individuum nicht nur gedemütigt, kritisiert oder sogar vom Gruppenleben ausgeschlossen, es kann auch gelobt, belohnt, an die Spitze der Gruppe gestellt werden. Im Gegensatz zu anderen 'Institutionen' enthält die Versammlung also noch das Element des Unbekannten und Unerwarteten. Dabei unterscheidet sich der durchschnittliche Arbeiter, der an einer Versammlung seiner Parteiorganisation teilnimmt, weit weniger als man annimmt von dem Mitglied des Zentralkomitees der Partei in einer Versammlung des Zentralkomitees. Sowohl der eine wie der andere kann bestenfalls vermuten, was sich ereignen wird, ohne es jedoch sicher zu wissen... Natürlich erzeugt oder verstärkt ein solcher Zustand in jedem Individuum das Gefühl der Abhängigkeit von seinen Nachbarn, einer Abhängigkeit, die entscheidend wichtig werden kann... Das Individuum muss daher bemüht sein, um sich eine möglichst gute Atmosphäre zu schaffen. Es muss ständig sorgfältig alles beobachten, was um es herum vorgeht und was es persönlich berühren kann, selbst dann, wenn es überzeugt ist, nichts fürchten zu müssen... Sehen Sie, ein Tier fürchtet eine klar erkannte Gefahr; aber der Mensch fürchtet auch das, was er nicht erkennt, sondern sich nur in seiner Phantasie ausmalt... Jeder von uns ist sich in gewissem Sinne bewusst, dass die Versammlung von Kriterien geleitet wird, die von denen, die die persönlichen Beziehungen beherrschen, gänzlich verschieden sind... Im Kollektiv hören wir auf, als Individuen mit individuellen Temperamenten zu zählen, wir sind nur noch Mitglieder des Kollektivs. Mit anderen Worten, nur das zählt noch, was wir gemein haben, und nicht mehr das, worin wir uns voneinander unterscheiden... Da aber keiner von uns eine allzuhohe Meinung von sich selbst hat, fürchten wir uns nicht ohne Grund voneinander."

Nikolai N., 26, Student der Politökonomie, Kandidat der Partei:

„... Von allen Ergebnissen des Sowjetlebens scheint die planmäßige Eingliederung der Menschen in Kollektive das bedeutsamste zu sein. Darum hat auch die Versammlung der Gruppe – als der stärkste Ausdruck der Kollektivität – eine ganz überragende Wichtigkeit erlangt... Eines der Prinzipien unseres gesellschaftlichen Mechanismus' besteht darin, dass jedes Individuum

innerhalb des Rahmens, den das Kollektiv für ihn geschaffen hat, aktiv werden muss, genau wie das Marschtempo jedes individuellen Soldaten in einer Kolonne von dem Tempo des Verbandes bestimmt wird. Da die stete Aktivität des einzelnen Individuums sowohl für es selbst wie für die Gruppe, in der es lebt, eine unerlässliche Forderung darstellt, muss jeder Mangel an persönlicher Aktivität genauso allgemein Aufmerksamkeit erregen wie der falsche Tritt eines Soldaten in einer im Gleichschritt marschierenden Kolonne... Es gibt übrigens noch eine andere Art des Abweichens vom allgemeinen Tritt: nämlich eine übermäßige Aktivität des Individuums, hervorgegangen aus dem Wunsch, die anderen zu übertreffen, die Gruppe hinter sich zu lassen... Auf beide Fälle muss ein gut eingespieltes Kollektiv in geeigneter Form reagieren... Die Versammlung ist daher sozusagen das Thermometer, das den Druck innerhalb der Gruppe und zwischen ihren verschiedenen Mitgliedern misst... Sie ist auch der Maszstab der Bindungen zwischen den Individuen und zeigt damit gleichzeitig den Grad der Unterordnung des Individuums unter die Gesellschaft als Ganzes an... Bin ich damit zu abstrakt und zu dialektisch? Es täte mir leid, aber mir scheint, dass dieser Mechanismus nur auf solche Weise erklärt werden kann..."

„... Wozu philosophieren?“ Joseph B., 40, Journalist bei einer Gewerkschaftszeitung, parteilos, lächelt ironisch. „Das Problem liegt doch ganz einfach; man kann es Furcht nennen. Man geht zu einer Versammlung, zu irgendeiner Versammlung – einer Parteiversammlung, Gewerkschaftsversammlung, Kulturversammlung, Produktionsversammlung, was auch immer. Man geht hin – und weiss nicht, was einen erwartet. Vielleicht gar nichts. Vielleicht wird auch diesmal, wie so oft zuvor, niemand mit dem Finger auf dich weisen, niemand deinen Namen nennen, niemand dich in seinem Bericht erwähnen. Vielleicht wirst du auch diesmal unbemerkt bleiben... Irgendwo auf dem Grunde deiner Sowjetseele lauert jedoch die Angst: Wie, wenn doch? Wie, wenn diesmal alles anders sein wird? Vielleicht wird doch jemand mit dem Finger auf dich weisen, jemand deinen Namen nennen? Gleichgültig, ob es lobend oder tadelnd geschieht, ob es Beförderung oder Abstieg bedeutet – wichtig ist nur, dass man zwei oder drei Stunden des Wartens vor sich hat, des Wartens auf so eine Möglichkeit... Gewiss, dein Gewissen ist rein, du bist – so glaubst du wenigstens – in Ordnung... Aber gleichzeitig weisst du, dass sich die Welt verändert, und dass sich inzwischen auch die Kriterien des 'In-Ord-nung-Seins' gewandelt haben können. Du weisst, dass inzwischen die einen hoch gekommen, die

TROSTLOSE ZINSKASERNEN

Grau in grau, lieblos errichtete Backsteinbauten nach Art jener Wohnwüsten der Gründerjahre, wie sie damals unsere Städte verunzierten – neue Blöcke des „Sozialen Wohnungsbaus“ in Moskau, an denen freilich das Fanal des Fortschritts nicht fehlt: Fernsehantennen!



anderen in den Abgrund gestürzt sind, dass neue Menschen für neue Positionen gebraucht werden – und andere Menschen ihre alten Positionen verlieren... Deine Phantasie zählt dir mehr und mehr Beispiele auf. Vielleicht, denkst du, ist es jemandem aufgefallen, dass du für eine verantwortliche Position geeignet bist. Natürlich hast du Angst vor der Verantwortung, die dich erwartet, vor der möglichen Veränderung... Oder du glaubst: vielleicht sind die anderen der Ansicht, dass ich mehr leisten kann, als ich tatsächlich leiste. Das würde bedeuten, dass ich mich nicht entwickle, dass ich zurückbleibe, dass ich – usw.... Du weisst, dass auch eine solche Behauptung etwas

für sich hat, und dass es dir schwer werden würde, sie zu widerlegen. In letzter Analyse könntest du sicherlich schneller oder besser arbeiten – du könntest dich auszeichnen, dich an Diskussionen beteiligen, und dabei vor Freude wie ein Spatz zwitschern... Aber du hast es eben nicht getan; nicht, weil du in deinem Verhältnis zur Realität, sondern in deinem Verhältnis zu dir ein Opportunist bist, weil du deine Lage, so wie sie ist, bequem findest und keinen Sinn darin erblickst, überflüssige Risiken einzugehen... Schliesslich, denkst du, gibt es ja noch andere, junge, ehrgeizige Leute – sollen die sich vordrängen – sollen die vollbringen, was ich nicht konnte..."



SCHLANGEN, SCHLANGEN

Das Bild ist 1961 in Leningrad aufgenommen und charakterisiert gut die Diskrepanz zwischen aufwendiger Bauweise – die fatal an den Haus-der-Deutschen-Kunst-Stil Hitlers erinnert – und der Armut des täglichen Lebens, wie es selbst noch das Strassenbild der „westlichsten“ Stadt der UdSSR bestimmt.

Georgij P., 36, Rechtsanwalt, Sekretär der Parteiorganisation eines örtlichen Gerichts, ist ein altes und erprobtes Parteimitglied. Er hat viel gesehen und versteht viel – redet jedoch nicht gern darüber. Schliesslich gibt er aber zu, dass die Versammlung das Grundelement der Parteiarbeit ist. „...Kritik und Selbstkritik“, so stellt er im Ton der Überzeugung fest, „sind die entscheidenden Waffen des Sozialismus. Sie treten auf der Versammlung in Funktion... Das entscheidende Problem des Sozialismus, die Beziehung zwischen Individuum und Gesellschaft oder umgekehrt, kommt hier zum Ausdruck... Denn schliesslich – was ist der Kern der Frage? Doch der, dass der Mensch wissen soll, wo er steht und nach welcher Richtung hin er sich bewegt. Wer kann ihm das sagen? Natürlich nur andere Menschen. Aber gleichzeitig dient in der zentralisierten Hierarchie unserer Institutionen die Versammlung auch als Leitungsdraht, über den die Partei Informationen erhält, und über den die Entscheidungen der Partei den breiten Massen bekanntgegeben werden... Erst einem kritisch eingestellten Kollektiv gegenüber wird das Individuum zu einem wahrhaft gesellschaftlichen Individuum, befähigt, sich selbst vom Standpunkt

anderer aus zu betrachten, vom Standpunkt der Gesellschaft, der Partei, der Ideologie aus... So führt die Kritik des Individuums durch das Kollektiv zur Selbstkritik dieses Individuums!... Der Mensch ist eben nie allein, wissen Sie... Darum sind unsere Versammlungen der Hauptmotor unseres Lebens. Sie erfüllen ideologische, moralische, produktive, organisatorische und politische Funktionen. Jeder einzelne von uns, ohne Unterschied der Person und der Stellung, die er bekleidet, ist irgendeinem Kollektiv verantwortlich. Es hat totale und absolute Entscheidungsgewalt über ihn – und er weiss es genau... Sehen Sie, die Versammlungen, an denen jeder von uns teilnimmt, lehren uns die grundlegende Wahrheit: Es gibt kein Entkommen aus der Gruppe – ebensowenig wie es ein Entkommen aus der Gesellschaft geben kann. Wer sich seiner Gruppe widersetzt, wird zu Boden getrampelt; auf der Stelle treten heisst, die Vorwärtsbewegung der Gruppe hindern; schneller als die Gruppe vorgehen heisst, den Kontakt mit ihr zu verlieren, und stellt überdies einen Versuch dar, sich von ihr zu lösen... Wenn Sie die Geschichte unserer Partei, die Geschichte ihrer Kämpfe und Siege studieren, dann werden Sie das verstehen...“

Es sind immer nur vier oder fünf Handlanger, die den Despoten stützen, es sind immer nur vier oder fünf Beflissene, die ihm sein Land in Schach halten, es sind immer nur fünf oder sechs, die sein Obr haben, mögen sie ihm freiwillig zugelaufen oder von ihm herbeigerufen worden sein, um die Mittäter seiner grausamen Handlungen zu spielen... Diese fünf oder sechs Kreaturen dressieren ihren Herrn ganz und gar auf die gemeinsamen Interessen ihres Ringvereins... Diese sechs haben nun sechshundert unter sich, welche aus dieser Ordnung ihren Vorteil ziehen. Und diese sechshundert haben danach sechstausend anband, die sie zu Gouverneuren von Provinzen und zu Herren über die Steuer- und Finanzämter machen. Auf diesen Posten können die Unterkreaturen ihre Habsucht und Grausamkeit so lange austoben, als es den Oberkreaturen gefällt. Begeben nun die Unterkreaturen massenhaft Verbrechen und verfallen dadurch der Strafe, so können sie sich den Gerichten nicht aus eigener Kraft entziehen, sie müssen daher immer im Schutze und Schatten ihrer Auftraggeber bleiben.

ESTIENNE DE LA BOÉTIE: *Abhandlung über die freiwillige Knechtschaft*

Das ostdeutsche Arbeitsgesetzbuch

Die „Rechte“ der Arbeiter in der SBZ

VON * * *

Am 1. Juli 1961 ist das neue „Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik“ in Kraft getreten. Dieser wichtige Gesetzeserlass war von Anfang an heftig umstritten, zunächst zwischen den ost- und westdeutschen Gewerkschaften, später zwischen den internationalen Gewerkschaftsverbänden. Auch bei den internationalen Organisationen, die mit dem Schutz der Menschenrechte befasst sind, hat er lebhaftige Aufmerksamkeit wachgerufen.

Die nachstehende Besprechung ist wie folgt gegliedert: Nach einer kurzen Darstellung der Vorgeschichte bis zum Erlass des Gesetzbuches besprechen wir kurz die Rolle, die es nach dem Willen seiner Urheber spielen soll, die Stellung, die den Gewerkschaften zugewiesen wird, und ihre Einstellung zu den Grundrechten der Arbeitnehmer; abschliessend werden die wichtigeren Vorschriften näher besprochen.

Der Entwurf des Arbeitsgesetzbuches wurde am 15. November 1960 veröffentlicht. Er war das Ergebnis der Vorarbeiten einer Sonderkommission, deren Vorsitz der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, persönlich geführt hatte. Der Entwurf war in 13 Kapitel mit 156 Paragraphen gegliedert. Die Kapitel gliedern sich wie folgt: die Grundsätze des sozialistischen Arbeitsrechts; die Verwirklichung der sozialistischen Demokratie im Betrieb; der Abschluss und die Auflösung des Arbeitsvertrages; der Arbeitslohn; die Berufsausbildung und Qualifizierung; die Arbeitszeit; der Erholungsurlaub; der Gesundheits- und Arbeitsschutz und die Sozialversicherung; die sozialistische Arbeitsdisziplin; die kulturelle und sportliche Betätigung der Werktätigen und ihre soziale Betreuung durch den Betrieb; die Förderung der werktätigen Frau; die Förderung der Jugend im Betrieb; Grundsätze und Organe zur Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten¹⁾.

Der Entwurf wurde sodann den ostdeutschen Gewerkschaftsorganisationen zur kritischen Prüfung vorgelegt; dies stellte die Beteiligung der

Massen an der Gesetzgebung dar, wie sie nach kommunistischen Grundsätzen aussieht. Zum Abschluss dieser Erörterung meldete die Pressestelle des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in Ost-Berlin drei Monate später, am 9. März 1961, dass der Entwurf in 324 790 Versammlungen mit 7 086 976 Teilnehmern erörtert worden sei, wobei 1 088 308 Diskussionsredner 23 348 Anträge und Vorschläge zum Wortlaut des Entwurfs gemacht hätten. Es hat jedoch nicht den Anschein, dass diese Flut von Vorschlägen den endgültigen Text des Entwurfs merklich beeinflusst hat, denn der ursprüngliche Text wurde von der Volkskammer am 12. April einstimmig und ohne inhaltliche Änderung angenommen. Die 23 348 Änderungsvorschläge dürften sich auf wenige Punkte untergeordneter Bedeutung, vor allem Stilfragen, bezogen haben. Hierauf werden wir später eingehen.

Das Arbeitsgesetzbuch sollte nach den Worten des Vorsitzenden des FDGB, Herbert Warnke, „ein Lehrbuch für die ganze deutsche Arbeiterklasse, ein Lehrbuch ihrer historischen Rolle und Perspektive“ sein. Es sollte nicht nur ein grundlegendes Gesetz für die ostdeutschen Arbeitnehmer sein, sondern auch ein Beispiel für die westdeutschen Arbeitnehmer setzen, auf die die Zukunftsmöglichkeiten, die das neue Gesetz ihnen eröffnet, eine Anziehung ausüben könnte.

Das Arbeitsgesetzbuch soll – wir zitieren immer noch amtliche Stellungnahmen – die grundlegenden Änderungen widerspiegeln, die in der Lage der Arbeiterklasse Ostdeutschlands eingetreten sind, und erläutert bis ins einzelne die angeblich praktischen Ergebnisse dieser Änderungen. Wie es in der Präambel heisst, trägt das Gesetzbuch entscheidend zur „Erringung der Überlegenheit des Sozialismus“ bei, welche „die Arbeiterklasse beider deutscher Staaten befähigen (wird) ihre historische Aufgabe zu lösen, den deutschen Militaristen ... die staatliche Macht zu entreissen und sie zu zwingen, sich einer demokratischen friedliebenden Ordnung zu beugen“²⁾.

Die beiden Hauptthemen des Arbeitsgesetz-

buches, nach denen auch seine Wirksamkeit zu beurteilen sein wird, waren: die Rolle der Gewerkschaften in der Betriebsleitung und die individuellen Rechte der Arbeitnehmer. Diese beiden Probleme standen im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Analyse, welche die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ ausgearbeitet und am 11. Dezember 1960 erörtert hatte³⁾.

In der Diskussion dieser Akademie, an der höchste Vertreter des akademischen Lebens und der Praxis teilnahmen, wurde Bedauern darüber ausgedrückt, dass die Staats- und Rechtswissenschaft die Rolle der Gewerkschaften im System der Diktatur des Proletariats bisher völlig unzureichend untersucht habe. Jedoch beruhe das Arbeitsgesetzbuch auf der richtigen weltanschaulichen Grundlage, denn es stehe auf dem Boden der Leninschen Thesen über die Gewerkschaftsbewegung. Lenin erblickte in den Gewerkschaften „eine Schule des Zusammenschlusses, eine Schule der Solidarität, eine Schule der Verteidigung der eigenen Interessen, eine Schule des Wirtschaftens, eine Schule des Verwaltens“. Nach heutiger ostdeutscher Auslegung bedeutet dies, dass die grundlegende Aufgabe der Gewerkschaften darin bestehe, die Arbeiterklasse zur politischen Machtausübung zu befähigen. Es wurde daher als völlig trügerisch bezeichnet, in Verbindung mit den Gewerkschaften vom Streikrecht zu sprechen. Das Recht zu streiken wurde, obwohl es in Artikel 14 Abs. 2 der ostdeutschen Verfassung ausdrücklich anerkannt ist, aus dem Arbeitsgesetzbuch mit der Begründung völlig fortgelassen, dass der Streik ein Kampfmittel gegen das Kapital darstelle, welches in Ostdeutschland, wo die Arbeiterklasse herrsche, seine historische Bedeutung verloren habe.

Auch Fragen wie die des Vorsitzenden der westdeutschen I.G. Metall, Otto Brenner: „Was sind das für Gewerkschaften, die ihre Aufgabe einzig und allein darin sehen, Erfüllungsgehilfen einer Planbürokratie zu sein?“ wurden in dieser Diskussion als Verfälschung bezeichnet. Gleichzeitig wurde die Aufgabe der Gewerkschaften beschrieben als „die Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse für die volle Erfüllung der Produktionspläne“. Ferner wurde erklärt, dass in den wichtigen §§ 14 und 15 des Gesetzbuches besonders die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Verwirklichung der Pläne hervorgehoben wird; eine weitere Aufgabe der Gewerkschaften bestehe in der Organisation des sozialistischen Wettbewerbs zur Übererfüllung der Produktionspläne. Aus diesem Geist heraus diene das ganze Arbeitsgesetzbuch nur einem Hauptzweck: es sei ein wichtiges Instrument, um die gesamte staatliche Arbeit

auf das Niveau der Parteibeschlüsse zu heben³⁾.

Jedoch hatten nicht nur die Gewerkschaften in Westdeutschland und anderen Ländern Fragen der Art gestellt, wie die oben zitierte Frage Otto Brenners. Selbst die Zeitung *Neues Deutschland* verglich in einem Artikel am 7. Dezember 1960 das ost- und westdeutsche Arbeitsrecht unter dem Titel „Wo haben die Gewerkschaften mehr Rechte?“ Die Zeitung gelangte natürlich zu dem Ergebnis, dass die ostdeutschen Gewerkschaften günstiger gestellt seien. Jedoch hat die Diskussion der Akademie „Walter Ulbricht“ zu erkennen gegeben, dass in diesem Falle *Neues Deutschland* bei der Formulierung der Frage einen politischen Fehler begangen habe. Es gehe nicht, erklärte die Akademie, um die Frage, wo die Gewerkschaften mehr Rechte haben; es komme darauf an, dass unter der kommunistischen Herrschaft die Gewerkschaften *qualitativ neue Rechte* besäßen, weil sie jetzt das Recht hätten, sich unmittelbar an der Regierung eines souveränen Staates zu beteiligen³⁾. Diese Beteiligung jedoch solle nur im politischen Raum stattfinden, nicht im Leben des Betriebes.

Warnke erklärte bei der Vorlage des Entwurfs in der Volkskammer, auf der Ebene des Betriebes sei die aktive Beteiligung der Arbeitnehmer an Führungsaufgaben unmöglich. Die Verantwortung des Betriebsleiters für die Erfüllung der Produktionsnormen lasse es nicht zu, dass sie mit einer Arbeiterorganisation irgendeiner Art geteilt werde. Der Betriebsleiter „ist Beauftragter der Arbeiter- und Bauernmacht“, welcher den Betrieb nach dem Grundsatz der Einzelleitung verwaltet. Alle Vorschläge, die auf die Autonomie der Arbeitnehmer im Betrieb in irgendeiner Form oder irgendeinem Ausmass abzielten, sind also beiseite geschoben worden, und es bleibt bei der stalinistischen Linie der Betriebsorganisation. Das einzige positive Ergebnis der Vorschläge, welche die Arbeiter in den genannten Massenbefragungen gemacht hatten, war die Änderung des Titels des zweiten Kapitels. Er lautet jetzt nicht mehr „Die Verwirklichung der sozialistischen Demokratie im Betrieb“, sondern „Die Leitung des Betriebes und die Mitwirkung der Werktätigen“. Die Vorschriften über die Vollmachten des Betriebsleiters sind nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Westdeutschland) den Vorschriften des berüchtigten „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“, das Hitler 1934 erlassen hatte, sehr ähnlich⁴⁾.

Auf derselben weltanschaulichen Grundlage sind auch die individuellen Rechte der Arbeiter im Arbeitsgesetzbuch geregelt. Hier geht es nicht darum – wir wollen dieselbe Formel verwenden, wie bei den Gewerkschaften –, ob der einzelne mehr oder weniger Rechte erhält. In der vorhin erwähnten Diskussion hiess es: „Das entschei-

dende Recht der Bürger in unserem Staat ist die Mitwirkung an der bewussten Gestaltung des gesamten wirtschaftlichen, kulturellen und *vor allem auch politisch-staatlichen* Lebens unserer Republik" (Hervorhebung nicht im Original)³⁾.

Die *individuellen Rechte* des Arbeiters wurden bei der Ausarbeitung des Arbeitsgesetzbuches in der Regel beschnitten, und zwar unter Hinweis auf die Arbeitsmarktlage und die Interessen des Staates, wie sie nach Ansicht des Zentralkomitees der SED auszulegen sind. Diese Grundhaltung soll durch die folgenden Einzelbeispiele erläutert werden.

Der Entwurf des Arbeitsgesetzbuches ging von der *Sechstageswoche* und einem Grundurlaub von zwölf Tagen jährlich aus (§ 72 und § 80). Viele Vorschläge aus den Arbeiterkreisen forderten die Gewährung des freien Samstags, das heisst die Einführung der *Fünftageswoche*, und einen *Mindesturlaub* von 15 Tagen jährlich. Diese Vorschläge wurden rundweg abgelehnt; als Grund wurde während der Debatte in der Volkskammer angeführt, der heutige Stand der Produktivität gestatte keine solche Kürzung der Arbeitszeit; die Voraussetzungen hierfür müssten zuerst durch mehr und bessere Arbeit geschaffen werden.

Hinsichtlich der *Sicherheit des Arbeitsplatzes* wurde unter dem Druck der öffentlichen Debatte eine gewisse Verbesserung erzielt. Das Arbeitsgesetzbuch beschränkt das Recht des Arbeitnehmers, seinen Arbeitsplatz aufzugeben. Die Kündigung ist erst nach Berücksichtigung der „gesellschaftlichen und persönlichen Interessen“ möglich (§ 31), was praktisch bedeutet, dass der Betriebsleiter seine Genehmigung zu erteilen hat. Gleichzeitig aber konnte der Arbeitnehmer dem Entwurf gemäss mit 14 Tagen Kündigung entlassen werden (§ 31, Absatz 5). Nach der Endfassung können dagegen Kündigungsfristen bis zu drei Monaten vereinbart werden.

Die *vorübergehende Übertragung einer anderen Arbeit* ist nur in Ausnahmefällen zulässig; sie ist – im Gegensatz zum Entwurf, der sechs Monate vorsah – auf höchstens einen Monat im Jahr beschränkt. Bei einer Verlängerung auf mehr als einen Monat ist das Einverständnis des Werkträgers erforderlich (§ 25).

Die Vorschriften des Arbeitsgesetzbuches sind, auch nach diesen Änderungen, sehr streng. Um sie etwas zu lockern, wurden zwei besondere Klauseln aufgenommen. Die erste steht im Einführungsgesetz, das heisst dem Gesetz, welches das Inkrafttreten des Arbeitsgesetzbuches bestimmt (§ 2, Absatz 3). Danach bleiben bereits bestehende Regelungen in Rahmenkollektivverträgen für einzelne Wirtschaftszweige beziehungs-



SYMBOLE DER GEWALT:

Stacheldraht und Wachtürme. Sie zerteilen nicht nur eine Stadt, ein Land; sie trennen zwei Welten.

weise Gruppen von Werkträgern, die über die Festlegungen im Arbeitsgesetzbuch hinausgehen, weiterhin in Kraft, auch wenn die gesetzlichen Bestimmungen, auf denen sie beruhen, durch das Arbeitsgesetzbuch aufgehoben worden sind. Die zweite Klausel steht in § 21; sie schreibt eine günstigere Behandlung einer bestimmten Gruppe besonders qualifizierter Arbeiter vor. So können in die Arbeitsverträge zu jeder Zeit besondere Bestimmungen für Arbeitnehmer aufgenommen werden, die „Angehörige der Intelligenz“ sind und die „hervorragende Leistungen beim Aufbau des Sozialismus“ vollbringen; dabei werden die Kenntnisse, Fähigkeiten und Leistungen berücksichtigt. Das Regime scheint hier bewusst eine Konzession gemacht zu haben, um der Unzufriedenheit der Arbeitnehmer zu begegnen, wie sie auch noch in letzter Zeit bei der Massenflucht hochqualifizierter Kräfte aus Ostdeutschland zum Ausdruck kam. Gleichzeitig bietet sie eine gesetzliche Handhabe für die Bildung einer neuen privilegierten Klasse von Technikern und Managern.

Das neue Arbeitsgesetzbuch bedeutet aus zwei Gründen einen grossen Schritt in Richtung auf die

Spaltung des Rechtslebens der beiden Teile Deutschlands. Das Bürgerliche Gesetzbuch war bisher auch in Ostdeutschland die Grundquelle der Verordnungen zur Regelung von Arbeitsfragen, die später allerdings geändert wurden. Jetzt ist das neue Arbeitsgesetzbuch an die Stelle des BGB getreten; dieses hat damit seine Bedeutung für das Recht der Arbeitsbeziehungen verloren. Sodann wird durch das Arbeitsgesetzbuch eine besondere Verfahrensordnung für die Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten im Betrieb eingeführt (§§ 143-146). Dadurch verliert die Zivilprozessordnung ihre Geltung für Arbeitsstreitigkeiten. Die „Konfliktkommissionen“, die schon 1953 in den Betrieben Ostdeutschlands eingesetzt wurden, erhalten jetzt die Stellung von „gesellschaftlichen Organen“, deren wichtigste Aufgabe die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Betriebsleitung ist. Sie dienen ausserdem „der gegenseitigen Erziehung der Werktätigen im Sinne der Gebote der sozialistischen Moral und zur bewussten Einhaltung des sozialistischen Rechts“; sie sollen ferner „geringfügige Verletzungen von strafrechtlichen Bestimmungen“ verfolgen. Diese Übertragung der Zuständigkeit für Arbeitsstreitigkeiten von den ordentlichen Gerichten auf Sonderorgane, die auf Grund vage gehaltener Generalklauseln tätig sind, bedeutet unausweichlich eine Einschränkung des Bereichs der Legalität, während gleichzeitig einer immer grösseren Willkür Tür und Tor geöffnet werden.

Abschliessend muss anerkannt werden, dass die amtlichen ostdeutschen Erklärungen über die Bedeutung des neuen Arbeitsgesetzbuches, wie wir sie in den einleitenden Bemerkungen wiedergegeben haben, begründet sind. Ein solches „Beispiel sozialistischer Gesetzgebung“ sollte aufmerksam verfolgt werden. Bemerkenswert ist jedoch, dass im Arbeitsgesetzbuch Tendenzen verfolgt werden, die nach der Sprachregelung der Partei „Linksdogmatismus“ oder „Stalinismus“ darstellen und deren Spuren, wie behauptet wird, aus den Rechtssystemen der Sowjetunion und einiger osteuropäischer Volksdemokratien getilgt werden. Man kann die ostdeutsche Arbeitspolitik als gegenläufig zur Entwicklung in Jugoslawien sehen, wo die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Führung des Betriebes, gestützt auf genau dieselben Leninschen Thesen, sehr hoch ausgebildet ist. Somit ergibt sich die Frage: Wie weit kann das neue

ostdeutsche Arbeitsgesetzbuch als Beispiel sozialistischer Gesetzgebung auf Nachahmung hoffen?

Seit das neue Arbeitsgesetzbuch am 1. Juli 1961 in Kraft getreten ist, sind zwei Notverordnungen erlassen worden, die Zeugnis jenes Geistes sind, in dem in der „Deutschen Demokratischen Republik“ Fragen der Arbeitsbeziehungen behandelt werden. Am 25. August 1961 wurde auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes, welches die Volkskammer am 11. August angenommen hatte, durch Verordnung die Freizügigkeit des Bürgers eingeschränkt. Im Einzelfall kann zusätzlich zum gerichtlichen Urteil oder auf Antrag der örtlichen Exekutivorgane die Freizügigkeit innerhalb der „Deutschen Demokratischen Republik“ beschränkt und ausserdem Erziehungsarbeit angeordnet werden; der Zweck ist, „zu verhindern, dass Arbeitsscheue sich auf Kosten der werktätigen Masse persönlich bereichern“. Das bedeutet, mit anderen Worten, *Zwangsarbeit*.

Am 26. August wurde im Gesetzblatt eine Verordnung über den „Erntenotstand“ veröffentlicht. Danach sind die örtlichen Verwaltungsorgane ermächtigt, jedermann jederzeit zu einer bestimmten Arbeit an jedem Ort der Republik zu verpflichten. Diese beiden Verordnungen können dazu benutzt werden, Personen, die sich nicht bedingungslos der amtlichen Politik der SED unterwerfen, zu schwerer Arbeit weit entfernt von ihrem Wohnsitz zu verschicken 5).

Die strengen Vorschriften des Arbeitsgesetzbuches in Verbindung mit den beiden Notverordnungen – durch die auch noch die letzten Reste der Freiheit, die das Arbeitsgesetzbuch gelassen hatte, beseitigt werden – sind eine flagrante Verletzung grundlegender Menschenrechte im Sinne des Artikels 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Nach diesem Artikel hat jeder nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch das Recht auf freie Wahl der Beschäftigung und gerechte und günstige Arbeitsbedingungen.

- 1) *Neues Deutschland*, 15. November 1960
- 2) *Staat und Recht* (Ostdeutschland), Nr. 11/12 (November-Dezember 1960), Beilage, S. 4
- 3) Ebenda, Nr. 2 (Februar 1961)
- 4) *Das Arbeitsgesetzbuch der Sowjetzone. Dokument der Ausbeutung und Unterdrückung*, Deutscher Gewerkschaftsbund, Düsseldorf, Juli 1961, S. 18
- 5) *Gesetzblatt*, II: Nr. 55/1961, Seite 343; *Neue Zürcher Zeitung* (Zürich), 28. und 29. August 1961

Isolierte Hundertprozentige

Kein Platz mehr für politische Streber in der SU

VON WLADIMIR SHUKOWSKY

„Mein Vater hat an der Oktoberrevolution von 1917 teilgenommen und ist ein 'Held des Bürgerkrieges'. Er war einer von denen, die die Fundamente der neuen Ordnung gelegt haben. Ich habe die von meinem Vater begonnene Arbeit fortgeführt, allerdings – ich bekenne es offen – ohne grosse Begeisterung. Das kann man vielleicht noch bis zu einem gewissen Grade verstehen. Woher aber hat mein Sohn diese sonderbaren und, wie man bei uns sagt, reaktionären Ansichten? Ich bin einfach sprachlos! Zu Hause sieht und hört er nichts dergleichen, im Gegenteil! Ich glaube, man impft ihm das in der Schule ein.“

(Aus einem Gespräch mit einem leitenden Sowjetingenieur, Brüssel 1961)

Die Schule spiegelt alles Neue – das Gute sowohl wie das Schlechte. Die Schule spiegelt das Leben im Lande, in ihr treten die neuesten geistigen Strömungen zutage.

Welcher Art nun sind wohl die Gedanken, die die heranwachsende Jugend in der UdSSR bewegen? Wie stellen sich diese zukünftigen Gestalter des Lebens, in deren Händen einmal das Schicksal des Volkes liegen wird, zum kommunistischen Regime?

In letzter Zeit tauchten in der Sowjetpresse eine Reihe vielsagender Anzeichen dafür auf, dass die Jugend die ihr widerlichen kommunistischen Lebensregeln missachtet und ablehnt.

Kürzlich veranstaltete die *Komsomolskaja Prawda* in ihren Redaktionsräumen ein Treffen von 60 Jungkommunisten, an dem ältere Schüler der Moskauer Schulen und Schüler der 10. Klasse der 318. Leningrader Mittelschule teilnahmen. Die Redaktion hatte eine sehr geschickt und vorsichtig formulierte Frage zur Diskussion gestellt: „Wie ist der Lebensstil deiner Schulklasse?“

In ihrem Bericht über dieses Treffen schreibt die *Komsomolskaja Prawda* am 24. Januar 1962 dann wie folgt:

„Zuerst machte diese Frage die Teilnehmer stutzig. 'Der Lebensstil deiner Klassenkameraden?' Worin besteht er denn? ... Es sind dieselben Türen auf derselben Etage ein und derselben Schule. Äusserlich unterscheiden sie sich nur durch die verschiedene Beschilderung: 10-A steht auf der einen, 10-B auf der anderen. Aber wie verschieden ist das Leben, das sich hinter diesen beiden so gleichartigen Türen abspielt! In der 10-A gilt es

als schick, so wenig wie möglich zu lernen, und ein Held ist der, der am meisten gebummelt hat, ohne dabei erwischt worden zu sein. Hier werden alle Aktivisten und Streber ganz offen verachtet. Aus 'Prinzip' geht niemand aus der 10-A zur Samstagsarbeit: 'Haben wir es denn nötig, uns für andere anzustrengen?' Wer vom Geist dieser Klasse beseelt ist, darf nicht zu viel lernen, eher zu wenig, und er muss ein leidenschaftlicher Bummler sein.“

In so düsteren Farben versucht die Redaktion der *Komsomolskaja Prawda* als Sprachrohr der Partei diese Klasse zu schildern. Als Gegenstück werden sodann die Schüler der Klasse 10-B herausgestellt. Das sind alles Musterbeispiele dafür, wie sich die Regierung junge Leute vorstellt, die aus der Schule ins Leben treten.

„Die 10-B Klasse ist da ganz anders... Die Hälfte der Schüler sind im Komsomol-Komitee und im Sowjet des Schulklubs. Zwar sind es noch anderthalb Jahre bis zur Beendigung der Schule, aber schon jetzt werden Gespräche darüber geführt, ob es nicht besser wäre, sich nach Beendigung der Schule nicht in alle Himmelsrichtungen zu zerstreuen, sondern sich geschlossen als ganze Klasse auf eine Baustelle irgendwo in Sibirien zu melden.“

Die jugendlichen Teilnehmer an diesem Treffen begriffen sofort, worauf die Redaktionsagitatoren der *Komsomolskaja Prawda* hinauswollten. Als erster meldete sich Aleksej Sjunnerberg aus der 16. Spezialschule zum Wort und – beinahe wäre er auch der letzte Redner auf dieser Versammlung gewesen! Aleksej Sjunnerberg:

„Meiner Meinung nach ist die Frage als solche falsch formuliert. Man kann diese Frage 'Wie ist der Lebensstil deiner Schulklasse' nur an die Schüler der unteren Klassen stellen. Bei Erwachsenen ist das anders. Jeder Mensch hat doch seinen eigenen Lebensstil und von etwas Gemeinsamem kann hier gar keine Rede sein.“

Im Saal wurde es still. Vielleicht hat Aleksej recht und es erübrigt sich, noch weiter über die Frage zu diskutieren? Nach einiger Überlegung bat dann Oleg Gross ums Wort:

„Ich bin anderer Meinung als Aleksej. Das stimmt doch nicht, dass jeder auf seine Art lebt... In meiner Klasse sind die Aktivisten sehr stark vertreten. Was diese Aktivisten sagen, ist für die Klasse Gesetz. Ich weiss nicht einmal, wieso das so ist. An sich könnte ja jeder tun und lassen, was er will, aber tatsächlich passen sich die Klassenkameraden dem allgemeinen Lebensstil an – und das ist meiner Meinung nach ein guter Stil.“

Und Tamara Babilowa äussert:

„In unserer Klasse der 345. Schule gibt es verschiedene Cliques. Wenn beschlossen werden soll, etwas zu tun, wird der Vorschlag von der einen Clique befürwortet, von der anderen abgelehnt, und die dritte will wieder etwas ganz anderes. Natürlich kommt unter diesen Umständen nichts zustande.“

Tamaras Bemerkung hat einen ausgesprochen politischen Beigeschmack. Cliques in der Schule! Wie oft hat Chruschtschow schon das Cliquenunwesen, das sich auf den verschiedensten Gebieten in der Sowjetunion bemerkbar macht, verdammt und dagegen gewettert? Und hier hören wir, dass es sogar schon in den Schulklassen Cliques gibt! Heute sind es noch Cliques, die gegen die Komsomol-Aktivisten in der Klasse opponieren, morgen können aus ihnen potentielle Gegner der KPdSU werden; es handelt sich also um eine neue Art von Cliquenunwesen, das gegen die Partei gerichtet ist.

Im Laufe der Diskussion wurden die Veranstalter auch an den vielgerühmten Patriotismus der 10-B Klasse erinnert. Nikolai Bogatyrev:

„Worüber freuen sie sich denn eigentlich? Häufig liest man in der Zeitung: Die ganze Klasse fuhr auf die Baustelle, die ganze Klasse beschloss, in die Landwirtschaft zu gehen usw., und alle halten das für den Beweis einer ungewöhnlichen Geschlossenheit und Einmütigkeit. Mir ist es unbegreiflich, wie es möglich ist, dass 20 oder 25 junge Leute nun plötzlich wie ein Mann Ziegelarbeiter oder Melker werden wollen! Ist denn das gut? So mechanisch sucht man sich doch keinen Beruf aus! Dieser Herdentrieb hat sich wahrscheinlich aus kleinen Anfängen herausgebildet. Schon in der

Schule werden alle, die sich nicht an gemeinsamen Projekten beteiligen wollen, verurteilt.“

Gena Orech: „Ich verstehe kein Wort von dem, was hier geredet wird. Ausflüge, Kino, Schlittschuhlaufen – das sind doch alles Vergnügungen, oder dient kulturellen Zwecken. Aber die Komsomolzen müssten doch etwas Richtiges tun. Es passiert öfters, dass wir nach einer Veranstaltung in der Schule abends auf die Strasse kommen, dort lungern ein paar Halbstarke herum und sofort ziehen alle einträchtig mit ihnen los. Es kommt mir so vor, als wären diese Strassenjungen untereinander besser befreundet als wir. In der Schule benehmen sie sich ganz unauffällig, hier auf der Strasse führen sie das grosse Wort, geben den Ton an und darum halten sie auch zusammen. Woher kommt es denn, dass sie auf der Strasse so stark sind? Was verbindet sie so fest miteinander? Und warum erweisen sich Schüler, die in der Schule moralisch weit über ihnen stehen und dort führend sind, auf der Strasse oft als die Schwächeren? Und dann wollen Sie behaupten, dass wir in der Klasse einmütig sind? Vielleicht deshalb, weil wir gemeinschaftlich einen Ausflug gemacht haben? ... Wir müssten unbedingt eine richtige Aufgabe haben, die wir erfüllen können, und nicht immer nur dem Vergnügen nachgehen. Nur dann wird eine richtige Freundschaft unter den Klassenkameraden entstehen, nur dann wird der echte Komsomolgeist den Lebensstil der Klasse beseelen!“ Stimme aus dem Publikum: „Was soll man denn machen?“

Gena Orech: „Das weiss ich auch nicht. Darüber müssen wir alle zusammen entscheiden. Jedenfalls nützen diese ewigen Versammlungen nichts. Auf ihnen wird immer nur über das Sammeln von Altmetall geredet. Das hängt einem zum Halse heraus.“

Aleksej Sjunnerberg hatte die falsche Formulierung der Frage beanstandet und gesagt, man müsse über einzelne Menschen sprechen und nicht über die ganze Schulklasse. Am Ende der Diskussion trat dann noch Jewgenij Lebedev auf und verwies auf den bestehenden tiefen Abgrund zwischen den lebendigen Interessen und der psychologischen Einstellung der Sowjetjugend einerseits und den lebensfremden und durch und durch verlogenen Gesetzen der kommunistischen Machthaber andererseits.

Shenja Lebedev: „Ich war auch Aktivist, ich war sogar Sekretär des Komsomol-Komitees. Man tritt in einer Versammlung auf, man gibt sich die grösste Mühe, man ereifert sich... Aber wenn man dann in die kalten Augen eines Zuhörers sieht, wenn man bemerkt, dass der eine oder andere einen Schmöker liest, ist der ganze Enthusiasmus verflogen, ja man schämt sich sogar... Man begreift, dass alles, was man gesagt hat, dem Zuhörer völlig gleichgültig ist. Niemand hat begriffen, wofür er

eben abgestimmt hat, alle haben nur den einen Wunsch: wenn die Versammlung doch nur endlich zu Ende wäre! Man kommt sich wie ein Idiot vor! Wofür hat man sich denn so eingesetzt? So stumpft der Aktivismus ab und man wird passiv."

Natascha Fedorowa: „Es sollte aber umgekehrt sein: aus einem passiven Menschen sollte ein Aktivist werden! Was hast du in der Hinsicht getan?"

Shenja Lebedev: „Wenn es erlaubt ist, werde ich diese Frage ganz einfach und offen beantworten. Warum soll mich diese Frage mehr angehen, als alle anderen? Im Alleingang kann man weder gegen die Klasse und noch weniger gegen die ganze Schule etwas erreichen – das ist die Sache! Für die Leningrader ist es leicht, uns alle möglichen Todsünden vorzuwerfen. Einer von ihnen soll es aber doch mal versuchen, als Einzelgänger dagegen anzukämpfen!"

So klingt das Bekenntnis des desillusionierten und beschämten Shenja, der bei seinen Kameraden nicht länger als Idiot gelten wollte. Die recht friedlich begonnene Diskussion artete schliesslich beinahe in einen Streit aus, schreibt die *Komsomolskaja Prawda* am Schluss ihres Berichts. Den Leningrader wurde vorgeworfen, dass sie unaufrichtig wären und so redeten, „wie sie es auf den Versammlungen zu tun pflegten". Die Mädchen waren natürlich beleidigt.

Wie sollten die Mädchen über so einen Vorwurf auch nicht beleidigt sein? Wer von den jungen Leuten möchte denn gerne den verächtlichen Stempel eines „traditionellen Aktivisten" aufgedrückt bekommen? Es ist ja schon lange kein Geheimnis mehr, dass die eifrigen Aktivisten nicht nur von der 10-A-Klasse und der ganzen Schule verachtet werden, sondern dass diese Verachtung ihnen auch noch weit ausserhalb der Schulmauern entgegenschlägt. Was einem Oleg Gross und seinesgleichen nach Beendigung der Schule passieren kann, falls sie sich nicht rechtzeitig dazu entschliessen, die Worte der Parteiaktivisten nicht mehr als Gesetz aufzufassen, schildert dieselbe *Komsomolskaja Prawda* (217/1961) sehr anschaulich folgendermassen:

Nadja Kralka, eine Tierzuchtsachverständige der Kolchose „Iwan Franko" im Kreise Tarnopol, beschloss, „Aktivität zu zeigen". Sie hatte festgestellt, dass ein Teil der Melkerinnen sich viel mehr Überstunden auszahlen liess, als sie tatsächlich geleistet hatten. Nadja zögerte nicht, dies dem Leiter der Kolchose, dem Parteigenossen Gontanow, zu melden. „Kümmere dich nicht um Dinge, die dich nichts angehen", fiel der Vorsitzende ihr ins Wort. Aber Nadja liess sich dadurch nicht entmutigen. Es war an einem kirch-

lichen Feiertag, als sie bemerkte, dass die Viehhüter zu Hause geblieben waren, anstatt das Vieh auf die Weide zu treiben. Nadja ging zu ihnen, machte ihnen Vorwürfe wegen ihres Verhaltens und drohte ihnen sogar mit dem Entzug ihrer Prämie. Die Viehhüter beschwerten sich beim Leiter der Kolchose und Nadja bekam – einen strengen Verweis. Und nach einiger Zeit wurde sie von der Kolchose entlassen. Nadja wollte gerne auf der Kolchose bleiben und war sogar bereit, im Schweinestall zu arbeiten, aber der Leiter wies sie brüsk mit den Worten ab: „Solche wie dich brauchen wir nicht." Nadja wandte sich an das Gebietskomitee um Hilfe, bekam jedoch von dort die unzweideutige Antwort, dass sie sich „durch ihr Benehmen kompromittiert hätte... Die Gemeinschaft will keine Stänker!"

In Nummer 195/1961 beschreibt die *Komsomolskaja Prawda* einen anderen interessanten Fall:

Auf der Kolchose des Dorfes Karawannyj, im Kreise Limansk, im Gebiet Astrachan, hatte die junge Kolchosarbeiterin Ljuba Tolstowa im vorigen Jahre die grösste Maisernte erzielt. Zur Belohnung wurde sie von den Leitern der Kolchose in ein Erholungsheim bei Moskau geschickt. Als Ljuba von dort auf ihre Kolchose zurückkam, wurde sie von ihren Kolleginnen „mit Hass und Verachtung" empfangen und die Leiter der Kolchose wollten ihr eine schwerere Arbeit zuweisen – sie sollte Kühe melken. Ljuba weigerte sich. Daraufhin wurde sie auf einer Versammlung, an der alle 875 Kolchosarbeiter teilnahmen, wegen „Verletzung der Arbeitsdisziplin" aus der Kolchose ausgeschlossen. Anschliessend wurden ihre Eltern ebenfalls ausgeschlossen.

Einige Zeit darauf wurde auch Tamara Poljanskaja aus der Kolchose ausgeschlossen, weil sie „in Mais verliebt" war. Der Leiter der Kolchose hat die Mädchen im Stich gelassen, berichtet die *Komsomolskaja Prawda* entrüstet; zu ihrem Korrespondenten sagte er: „Meiner Meinung nach sind sie zu Recht ausgeschlossen worden!"

Schliesslich wurde der Streit doch noch friedlich beigelegt, weil die Aktivisten-Mädchen nachgaben: die eine ging Kühe melken und die andere liess sich in die Wassermelonenbrigade versetzen.

Die *Komsomolskaja Prawda* will sich aber damit nicht zufrieden geben. Sie verlangt, dass die Schuldigen dafür bestraft werden, dass sie versucht haben, „den Aktivisten die Flügel zu stutzen".

Auch in den Fabriken haben es die Aktivisten schwer. In ihrer Nummer 225/1961 berichtet die *Komsomolskaja Prawda* darüber, wie die Montagearbeiter einer Moskauer elektromechanischen Fabrik eine „geheime Verabredung" gegen ihre Aktivisten trafen:

Die Arbeiterin Ljudmilla Starosilowa „folgte dem Aufruf der geliebten Partei“ und fing an, mehr zu arbeiten, als ihre Norm vorschrieb. Als erste regte sich die 17-jährige Arbeiterin L. Ermelowa darüber auf. „Hast du gehört“, flüsterte sie ihrer Freundin zu, „die Starosilowa will sich auszeichnen! Und wir werden ihretwegen leiden müssen, sie werden uns die Prämien kürzen!“

Dies Gerücht lief das Fließband entlang und mehrere Kollegen waren derselben Meinung: „Vielleicht werden sie uns wirklich die Prämien kürzen! Die Starosilowa wird uns mit ihrem Übererfüllen der Norm eine schöne Suppe einbrocken, die wir dann auslöffeln müssen!“

Damit war der Fall jedoch nicht erledigt. Es gab oft Streit mit der Aktivistin Starosilowa wegen ihres Fleisses. Schliesslich konnte es die Arbeiterin Seregina nicht mehr aushalten, neben ihr zu arbeiten: „Schaff diese unverschämte Person von mir fort!“, verlangte sie. Man schickte die Starosilowa an einen anderen Arbeitsplatz. („Das haben die Verschwörer erreicht“, bemerkt die Zeitung bissig.) Nun begannen die anderen Arbeiter die Starosilowa zu „erpressen“. Sie gaben ihr keine Einzelteile, wodurch ihre Produktion stark absank. Sie beklagte sich beim Parteikomitee des Betriebes. Die Parteifunktionäre beauftragten die technischen Leiter, den Fall zu untersuchen. Aber weder der Meister der betreffenden Abteilung, noch der Direktor selbst, „hatten an dem Benehmen der anderen Arbeiterinnen, die ja Starosilowas Freundinnen wären, etwas auszusetzen.“

Die politischen Führer sind sehr beunruhigt über die Stimmung in der Armee, weil diese sich für das Regime als sehr gefährlich erweisen könnte. Es hat sich herausgestellt, dass nicht einmal die hohen Kasernenmauern imstande sind, die Angehörigen der Streitkräfte vor „schlechten Einflüssen“ zu schützen und dass Hass und Verachtung gegen jede Art von Aktivisten zu einer alltäglichen Erscheinung in der Zitadelle des kommunistischen Regimes geworden sind. Die Armeezeitung *Krasnaja Swesda* berichtet am 6. Februar 1962 hierüber folgendes:

„Oberstleutnant L. Boshanow, der bei der politischen Koordinierungsorganisation arbeitet, führte ein Gespräch mit den Soldaten und Unteroffizieren einer Kompanie, die für ihr Verhalten eine Auszeichnung bekommen hatte und deren Chef Hauptmann D. Poljatschenko war. Boshanow erzählte den Soldaten über den sozialistischen Wettbewerb und über patriotische Betätigung... Dabei gab er ihnen den Rat, auch in diesem Jahr alles zu tun, um den ersten Preis im Wettbewerb zu bekommen, so wie im vergangenen Jahr.“

Die Soldaten gerieten in Verlegenheit. ‘Man

erlaubt uns nicht, Verpflichtungen auf uns zu nehmen’, erklärte schliesslich einer von ihnen. ‘Wieso erlaubt man es euch nicht?’ Der Politoffizier glaubte sich verhöhrt zu haben. Es stellte sich jedoch heraus, dass dies tatsächlich die Auffassung der Soldaten über ihre Aufgaben im neuen Lehrjahr war. In der besten Kompanie des besten Bataillons ging etwas Ungeheuerliches vor sich! Sogar Soldaten mit Auszeichnungen auf der Brust nahmen hier nur untergeordnete Verpflichtungen auf sich! Ein noch weniger schönes Bild offenbarte sich in einer anderen Kompanie. Hier hatten einige Soldaten – unter anderem auch der Jungkommunist I. Zabolnyj – beschlossen, nur gerade für die Note „genügend“ zu lernen und nicht mehr. Dies war schon kein Zufall mehr und auch nicht etwa nur ein harmloser Scherz.“

Eiligst wurde eine Versammlung der Aktivisten zusammengerufen. Der Autor des Artikels, Oberstleutnant Filatow, berichtet, dass auf dieser Versammlung die Komsomolzen Mtschadlidze und andere auftraten und die Kameraden ermahnten, mit dieser gefährlichen und ungesunden Einstellung Schluss zu machen. Gleichzeitig versprachen sie den Parteifunktionären und den kommandierenden Offizieren, dafür zu sorgen, dass die Disziplin sich bessern und beim Unterricht bessere Noten erzielt würden.

„Dass ist eine ehrenvolle Aufgabe für die Komsomolzen, und sie werden ihr Ziel erreichen“, erklärt der Oberstleutnant von der politischen Abteilung mit Stolz, fügt aber anschliessend finster hinzu: „Auf ihren Eifer wurde ein Kübel kaltes Wasser gegossen!“

Die Gewohnheit, den Übereifer von Aktivisten mit kaltem Wasser abzukühlen, scheint beim Volk weit verbreitet zu sein. Dies wird auch durch den weinerlichen Brief des Vorsitzenden des Vollzugsausschusses des Dorfsowjets in Slawnowsk in der Krim, A. Poljakow bestätigt (*Iswestija*, 7. 2. 62):

„Ich bin ein Invalide des Vaterländischen Krieges. Ich habe sehr darunter zu leiden gehabt, dass ich nicht ebenso arbeiten konnte wie die anderen. Es kam vor, dass es sogar keine Arbeit für mich gab. Das war das allerschlimmste. Die Augen wurden vom vielen Lesen müde, die Einsamkeit bedrückte mich. Gerade in so einer Zeit der tiefen Niedergeschlagenheit fiel dann das Ereignis, das die ganze Welt aufhorchen liess. Es war wohl das erste Mal nach dem Kriege, dass ich froh darüber war, allein zu Hause zu sein. So störte mich niemand beim Abhören des Radioberichts über den ersten Weltraumflug eines Menschen. Atemlos und voller Freude lauschte ich dem Bericht! Als aber dann unser Raumfahrer wohlbehalten gelandet war, hatte ich das dringende Bedürfnis, meine Gedanken und Gefühle mit irgend jemand zu teilen. Ich lief

zu meinem Nachbarn, Igor Alexandrowitsch Atabegow. Ich kenne ihn wenig, und wenn ich die Wahrheit sagen soll, ist er mir auch nicht sehr sympathisch. Immer ist er über irgend etwas unzufrieden. Aber in so einem Augenblick war das ja alles völlig nebensächlich. Wie ein kleiner Junge rief ich schon an der Schwelle seiner Tür:

‘Habt ihr gehört?’

‘Ich habe es gehört’, antwortete der Nachbar mit einem sauren Lächeln. ‘Jetzt werden sie ganz gross damit angeben, aber was habe ich denn für einen Nutzen von diesem Weltraumflug?’ Mir war, als hätte mir jemand einen Kübel kalten Wassers über den Kopf gegossen! Ich versuchte ihm klar zu machen, was dieser Weltraumflug für ein ungeheurer Erfolg wäre, was für ein Triumph des menschlichen Verstandes! Aber mein Nachbar antwortete giftig:

‘Die deutschen V-Raketen flogen auch sehr schnell!’

So fingen wir an zu streiten. Ich sagte ihm, dass man eine V-Rakete nicht mit einem Weltraumschiff vergleichen könnte, ich erinnerte ihn an Ciolkowskij, an die ersten Sputniks, an die sowjetischen ballistischen Raketen, an das mächtige Weltraumschiff... Er zuckte nur mit den Achseln und meinte, ich redete so, wie die Zeitungen schrieben und wie wir es aus dem Radio hörten. Was ist denn das für ein Vorwurf? Natürlich lese ich Zeitungen und finde dort meine eigenen Gedanken bestätigt.

Seit diesem Tage konnten wir uns nicht leiden. Wenn wir uns mal treffen, geht auch sofort der Streit los. Was es auch immer sein mag, wir sind stets verschiedener Meinung! Da freue ich mich neulich darüber, dass unsere Stadt so schnell wächst, dass so viele neue Einwohner hierher ziehen. Er lächelt zynisch und sagt, dass die neuen Wohnungen ungerecht verteilt werden. Ich bin begeistert über die Selbstbedienungsläden ohne Verkäufer und darüber, dass man den Kunden vertraut.

‘Alle klauen’, knurrt er mürrisch, ‘jeder Verkäufer haut die Käufer übers Ohr und wiegt falsch ein; auch die Chefs klauen und lassen sich Schweigegeelder von ihren Untergebenen auszahlen, jeder Arbeiter klaut Materialien in seiner Fabrik, soviel er kann und schleppt sie nach Hause, um sie dort für Schwarzarbeiten zu verwenden.’

Als ich neulich einen Fahrschein für eine Reise in ein Sanatorium erhielt und ihm sagte, was es

doch für ein Segen wäre, dass wir kostenlos behandelt würden, zitierte er sofort einen Fall, wie ein Patient starb, weil der Arzt zu gleichgültig war. Ein anderes Mal berichte ich ihm voller Genugtuung über die Verhaftung einer Bande von Schwarzhändlern, worauf er ganz mitleidig sagt:

‘Man gibt den kleinen Leuten bei uns keine Gelegenheit, sich zu entwickeln. Schliesslich haben sie ja keine Geldschränke aufgebrochen, sie haben niemand umgebracht und niemand beraubt... Bei uns hat man eben dafür kein Verständnis.’

Ich platzte vor Wut: ‘Man hat kein Verständnis... Fahr doch nach Amerika, wenn es dir bei uns nicht gefällt!’ Darauf antwortete er ohne Zögern: ‘Daran habe ich schon gedacht. Es wäre auch nicht schwer zu bewerkstelligen.. Aber wer will mich dort schon haben, so ohne Kapital? Und dann die Arbeitslosigkeit! Na, und die Geschäftsleute dort, die sind mir in jeder Hinsicht überlegen! Die hat man schon von klein auf gelehrt, was business ist!’

Damals dachte ich, dass er nur so daherredete, um mich zu ärgern. Aber nachher ging mir durch den Kopf, ob er es nicht doch wirklich so meint. Und da fragt man sich unwillkürlich: woher kommen solche Leute? Wie kann es seinesgleichen bei uns geben? Ich bin jetzt 39, er ist etwas jünger. Wir sind doch schliesslich beide hier aufgewachsen und erzogen worden und sind beide zusammen mit unserem Vaterland gross geworden. Woher kommt es dann, dass wir die Welt mit so verschiedenen Augen ansehen? Dass wir so verschiedene Sprachen sprechen?’

Ja, Genosse Poljakow! So ist es! Eure – der Aktivisten – Sprache und eure Lebensanschauung stehen vereinzelt da. Sie sind grundverschieden von der Sprache und den Anschauungen des Volkes. Das Volk hat es satt, sich widerspruchslos den Gesetzen des Kreml zu unterwerfen. Die Autorität und die Unfehlbarkeit der Partei sind zerplatzt wie Seifenblasen, als Chruschtschow seinen „Lehrer“ Stalin demaskierte. Und das Volk wurde sich seiner Stärke noch mehr bewusst, als die Mumie des „Führers“ und der „Koryphäe“ aus dem Mausoleum hinausgeworfen wurde. Und man braucht absolut kein Experte oder ein berühmter Wissenschaftler zu sein, um zu begreifen, dass die Gärung im Volk einen für das Regime bedrohlichen Charakter angenommen hat. Heute ist es schon so weit, dass die Arbeiter in der Fabrik oder auf der Kolchose verlangen, dass die Parteiblenzen entfernt werden, und die Parteiblenzen sind nicht imstande, sie zu schützen.

Zweierlei Polemik

Zu zwei Artikeln führender Kommunisten im „Stern“

VON STEFAN C. STOLTE

Eine grosse Hamburger Illustrierte – sonst scharf antikommunistisch eingestellt – veröffentlichte unlängst zwei Artikel von *Stanislaw Brodzki* und einen Brief von *S. Strumilin*. Der Pole Brodzki ist seit vier Jahren stellvertretender Chefredakteur der Warschauer illustrierten Wochenzeitschrift *Zwiat* ('Die Welt') und war vorher 10 Jahre lang Mitarbeiter des Zentralorgans der polnischen Kommunisten *Trybuna Ludu*. Professor Strumilin ist ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und einer der einflussreichen Wirtschaftstheoretiker der Chruschtschow-Ära. Jene Hamburger Illustrierte, die die Aufsätze der beiden prominenten kommunistischen Publizisten veröffentlichte, hat eine Auflage von weit über einer Million, und somit konnten Brodzki und Strumilin eine ziemlich breite Schicht in der Bundesrepublik direkt ansprechen.

Brodzki schrieb auf Einladung der Illustrierten über die Menschen und Verhältnisse in der Bundesrepublik und betrieb dabei eine eigenartige kommunistische Propaganda. Eigenartig ist diese antiwestliche und prokommunistische Propaganda schon deshalb, weil Brodzkis Eindrücke von dem Lebensniveau in Westdeutschland zu den Feststellungen des neuen sowjetischen Parteiprogramms in krassem Widerspruch stehen. Brodzki stellte nämlich fest, dass es dem Durchschnittsbürger der Bundesrepublik „im allgemeinen gut geht“ und er „im Grunde genommen mit seiner Lage zufrieden“ sei. Höchstens sei jener Bundesbürger, der bloss einen Volkswagen besitze, auf seinen Nachbar neidisch, der einen Mercedes 300 fahre. Dieses Bild ist völlig unvereinbar mit den Vorstellungen des neuen Programms der KPdSU. In diesem Programm steht nämlich zu lesen, dass der gesamte „Kapitalismus“ – also auch die Bundesrepublik – der Verelendung sowie dem totalen und unvermeidlichen Zerfall entgegengehe (nach *Prawda* vom 2. 11. 1961):

„Der Kapitalismus ist von der Basis bis zur Spitze von einem unabwendbaren Zersetzungsprozess befallen, der sich auf seine Wirtschafts-

und Staatsordnung, seine Politik und Ideologie erstreckt... Die kapitalistische Automatisierung macht den Arbeiter brotlos: die Arbeitslosigkeit nimmt zu, der Lebensstandard sinkt... Der Kapitalismus beutet in grossem Umfang Frauen- und Kinderarbeit aus.“

Das sind komische Lügen. So weit geht Brodzki nicht. Er versucht lieber, uns mit den Erfolgen des polnischen Kommunismus zu beeindrucken. Nach seiner Meinung sind wir in der Bundesrepublik über die Angelegenheiten Polens zu ärgster Unwissenheit verurteilt. Die Bundesbürger haben angeblich vor allem von den Zuständen in den polnisch verwalteten Gebieten Deutschlands falsche Vorstellungen. Diese Gebiete hätten unter polnischer Verwaltung bereits eine zweimal so grosse Produktion erreicht, „wie im Höchstjahr ihrer industriellen Entwicklung im Kriege“. Wie Brodzki weiterhin behauptet, sei die Industrieproduktion im gesamten Polen um das Viereinhalbfache gestiegen, und er setzt hinzu:

„Wenn das heutige Westdeutschland vor dem Krieg siebzehnmahl soviel Stahl produzierte wie Polen, heute ist es nur noch 3,5mal soviel, und, auf jeden Einwohner berechnet, sogar nur 2,3mal soviel. Wobei fast der ganze Zuwachs aus den altpolnischen Territorien kommt und nicht von den neuen.“

Aus diesem letzten Satz müssen wir folgern, dass zwischen dem Alt-Polen und den polnisch verwalteten Gebieten doch Entwicklungsunterschiede bestehen. Es ist auch merkwürdig, wie Brodzki seine Entwicklungsvergleiche aufstellt. Die Produktionswachstumsrate der polnisch verwalteten Gebiete vergleicht er mit irgendeinem nicht näher genannten Kriegsjahr, dagegen wird die Wachstumsrate der polnischen Gesamtindustrieproduktion für die letzten zehn Jahre angegeben. Damit nimmt er uns die Möglichkeit, die Wachstumsrate der polnisch verwalteten Gebiete Deutschlands mit der gesamten Produktionswachstumsrate Polens vergleichen zu können. Auch die Behauptung, wonach die polnische Gesamtproduktion der

Industrie in den letzten zehn Jahren „um das Viereinhalbfache gestiegen ist“, klingt propagandistisch aufgebauscht. Kommunistische Vergleichszahlen kann man selten kontrollieren. In diesem Falle können wir jedoch mit Sicherheit bemerken: hier stimmt etwas nicht. Die XI. Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) veröffentlichte im Mai 1959 in Tirana Zahlen über die Wachstumsrate der einzelnen Comecon-Länder. Dort wurde behauptet, dass Polens Industrieproduktion im Vergleich zum Jahre 1950 bis Ende 1958 um das 2,8fache gestiegen sei. Das sind zwar nicht die ganzen letzten zehn Jahre, aber uns stehen auch noch andere Zahlenangaben zur Verfügung. *Trybuna Ludu* berichtete am 9. Februar 1961, dass der Wert der Produktion in der staatlichen Industrie Polens 1960 um 58,8% über der Produktion des Jahres 1955 lag. Diese Zahlen in ihrer Gesamtheit machen es höchst unwahrscheinlich, dass man die Behauptung Brodzkis von einem Wachstum um das Viereinhalbfache ernst nehmen dürfe.

Auch Professor Strumilin möchte mit dem wirtschaftlichen Potential des Kommunismus imponieren. Er spricht jedoch viel weniger über die Leistungen der sowjetischen Vergangenheit als von der Zukunft des Sowjetbürgers, einer Zukunft, in der grosse soziale Errungenschaften verwirklicht werden sollen. Zitieren wir diese versprochenen „Errungenschaften“ lieber gleich aus dem neuen Parteiprogramm der KPdSU (gleichfalls nach der *Prawda* vom 2. 11. 1961):

„Nach Ablauf von zwei Jahrzehnten werden die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds in ihrer Gesamtheit rund die Hälfte des gesamten Realeinkommens der Bevölkerung ausmachen. Folgende Leistungen auf Kosten der Gesellschaft werden dann möglich sein: unentgeltliche Unterbringung der Kinder (auf Wunsch der Eltern) in Erziehungseinrichtungen oder Internatschulen; materielle Versorgung der Arbeitsunfähigen; unentgeltlicher Unterricht an allen Lehranstalten; unentgeltliche ärztliche Betreuung aller Bürger, einschliesslich der Versorgung mit Medikamenten und der Sanatoriumsbehandlung von Kranken; unentgeltliche Benutzung der Wohnungen sowie unentgeltliche Inanspruchnahme der kommunalen Dienste; unentgeltliche Benutzung der kommunalen öffentlichen Verkehrsmittel; unentgeltliche Inanspruchnahme einiger Arten von sonstigen Dienstleistungen; sukzessive Senkung der Gebühren und teilweise Unentgeltlichkeit der Benutzung von Erholungsheimen, Pensionen und Touristenherbergen; inner grössere Gewährung von Beihilfen, Vergünstigungen und Stipendien, wie Beihilfen für alleinstehende kinderreiche Mütter, Stipendien für Studenten; allmählicher Übergang zum unentgeltlichen

Gaststättenessen (Mittagessen) in den Betrieben und Büros sowie für die in der Produktion beschäftigten Kolchosbauern.“

Diese meist ganz unklaren Versprechungen können uns freilich nur sehr wenig beeindrucken, und zwar um so weniger, je mehr wir das neue Programm der KPdSU in allen seinen Einzelheiten studiert haben. Im Brief Strumilins werden dem deutschen Leser nur die Versprechungen des Parteiprogramms aufgetischt, nicht aber jene Stellen, die die graue Gegenwart und Zukunft der Sowjetbürger entlarven. In dem neuen Parteiprogramm wird die heutige Rückständigkeit der sowjetischen Wohnverhältnisse offen zugegeben. Viereinhalb Jahrzehnte sowjetischer Herrschaft erreichten nur, dass eine Lösung des Wohnungsproblems erst in weiteren 20 Jahren in Aussicht gestellt werden kann. Da wir die schleichende Krise der sowjetischen Landwirtschaft wohl kennen, müssen wir annehmen, dass das Wohnungsproblem nicht die einzige ungelöste soziale Aufgabe der KPdSU bedeutet. Ist dann aber das neue Parteiprogramm eine Garantie für eine Lösung?

Wir zitierten aus dem neuen Programm der KPdSU bereits den Satz: „Nach Ablauf von zwei Jahrzehnten werden die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds in ihrer Gesamtheit rund die Hälfte des gesamten Realeinkommens der Bevölkerung ausmachen.“ Wenn die sozialen Versprechungen des Programms überhaupt ernst gemeint sind, so müsste Professor Strumilin die Bedeutung ihrer eventuellen Verwirklichung im Lichte des gerade zitierten Satzes beurteilen. Die Versprechungen vermögen ihrem realen Gehalt nach also kein „irdisches Paradies“ zu verheissen, sondern bedeuten nur die Illusion unentgeltlicher Sozialleistungen. Tatsächlich werden diese Sozialleistungen – falls sie überhaupt verwirklicht werden – nur einen Teil des Reallohns bedeuten. Damit ist ja noch längst nicht ein erhöhtes Lebensniveau verbunden. In einem totalitären Staat ist die Verwirklichung eines solchen Lohnsystems durchaus denkbar. Es kommt ja nur darauf an, dass der Sowjetstaat als einziger Arbeitgeber und einziger Besitzer aller Produktions- und Verkehrsmittel sowie der Lehr- und Heilanstalten die Löhne teils in Naturalien bezahlt und diese Bezahlung in Naturalien „unentgeltlich“ nennt. Die einzige unentbehrliche Voraussetzung zur Verwirklichung dieses Lohnsystems ist das ausreichende Vorhandensein der nötigen Naturalien. Diese sind aber in der Sowjetunion heute offensichtlich noch nicht in genügender Menge vorhanden, sonst müsste man mit der Verwirklichung des neuen Programms nicht weitere 20 Jahre zuwarten. Demgegenüber könnte man Professor Strumilin versichern, dass viele Länder des „verfaulenden

Kapitalismus" heute wirtschaftlich durchaus in der Lage wären, das besprochene Sozialprogramm der Unentgeltlichkeit zu verwirklichen, jedoch nicht daran denken dies zu tun, weil damit die Verteilung des Sozialproduktes nur komplizierter, teurer und zu jedem demagogischen Missbrauch geeigneter wird, ganz abgesehen davon, dass sie eine totale Manipulierung des Lebens der Bürger auch in seinen privaten Bereichen durch den Staat bedeuten würde und also nicht nur nicht anstrebenswert, sondern für unsere Vorstellungen sogar höchst verabscheuungswürdig wäre.

DIE GRUNDTORHEIT DES JAHRHUNDERTS

Nicht nur in diesen Versprechungen besteht die illusorische Seite des neuen Parteiprogramms; es ist überhaupt illusorisch und utopisch, heute ein Zwanzigjahresprogramm mit verschiedensten Planziffern aufzustellen. Wir erleben von Tag zu Tag neue, revolutionierende Ergebnisse der technischen Entwicklung. Die friedliche Verwendung der Atomenergie, der Siegeszug der Kunststoffe und sonstige Entdeckungen können innerhalb von 20 Jahren zu völlig überraschenden Entwicklungen führen und alle langfristigen Planungen über den Haufen werfen. Planziele und genaue Planziffern für die nächsten 20 Jahre aufzustellen – auf so etwas kann heute nur ein Propagandist verfallen; dies sollte eigentlich auch einem Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR klar sein, wenn es mit ernsthafter Miene über einen Zwanzigjahresplan doziert.

Professor Strumilin legt im übrigen nur ein weiteres Mal die alte Platte von den bösen Kapitalisten und den edlen Kommunisten auf. Seiner Schilderung nach ist unser Leben hier im Westen nur durch Kriege und Raub charakterisiert, die „durch das Privateigentum geboren“ werden. Brodzki schlägt demgegenüber einen anderen, moderneren Ton an: er spielt uns eine gewisse Objektivität vor. Ein Beispiel dieser „Objektivität“ sahen wir schon, als wir die Eindrücke Brodzkis vom „Wirtschaftswunder“ zitierten. Er versagt sich zwar einige kleine Sticheleien nicht, die das „Wirtschaftswunder“ Westdeutschlands diskreditieren sollen, seine eigentliche Propaganda jedoch hat andere Schwerpunkte: „Die Deutschen sind gefährlich“ und „Bonn sagt immer nur nein“.

Die Deutschen sind gefährlich – meint Brodzki – weil sie sich für Politik kaum interessieren („49 Prozent nein, 38 Prozent gelegentlich, 13 Prozent ja“). Sie sind ferner gefährlich, weil ihre drei grossen Parteien nicht nach Brodzkis Geschmack sind, denn: „Alle drei sind im Grunde genommen für dieselbe Aussenpolitik, die nur als Abwehr

gegen Aggression, Verteidigung der Freiheit, Schutz des abendländischen Kulturgutes, europäischer Gesinnung und – selbstverständlich – Demokratie besteht.“ Diese Demokratie aber verachtet Brodzki; er behauptet: „Für den Durchschnittswähler spielt man nicht auf den Saiten des Intellekts, sondern auf den Tasten des Unterbewusstseins.“ Und weiter sagt er über die Zustände in der Bundesrepublik: „Es ist nicht so, dass man verbietet, Karl Marx zu lesen“, man geht jedoch „mit einem 13prozentigen politischen Interesse, aber mit einer 80prozentigen Beteiligung an die Wahlurnen...“ In welchem Prozentsatz die Bevölkerung des Ostblocks die Möglichkeit hat, die Politik der kommunistisch regierten Länder mitzubestimmen, erzählt uns Brodzki natürlich nicht. Die Deutschen sind gefährlich – erfahren wir von ihm – weil sie Antikommunisten sind. Und: „Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unseres Jahrhunderts.“ Brodzki will auch die speziell deutschen Ursachen dieser „Grundtorheit“ erkannt haben:

„Der Antikommunismus fällt nicht vom Himmel. Der Grund war von der älteren Generation im Tausendjährigen Reich gut aufbereitet. In die Lücke, die durch das zeitweilige Schweigen der 'alten Garde' entstanden ist, sind die Ex-Kommunisten eingesprungen, die Profis des Antikommunismus.“

Die Deutschen sind ferner noch deshalb gefährlich, weil sie unter anderem auch Vertriebenenorganisationen haben, die von den „Grenzen von 1937“ sprechen und Ansprüche stellen, die – angeblich – ähnliche Tendenzen wie die des Nationalsozialismus aufweisen. Natürlich weiss Brodzki sehr gut und schreibt auch davon, dass die Ex-Kommunisten in der Bundesrepublik wegen ihrer politischen Vergangenheit manchmal benachteiligt werden und die politische Partei der Vertriebenen im Bundestag nicht mehr vertreten ist. Er gibt sogar zu, dass die „grosse Mehrheit“ der Westdeutschen nicht kriegslüstern ist, zieht letzten Endes jedoch die Konsequenz:

„Aber den Ton geben andere an: die Profis der menschlichen Tragödie, die Berufsflüchtlinge, die ebenso wie die professionellen Antikommunisten aus Aufpeitschungspolitik ein Business gemacht haben... Wenn sich auch nur eine geringe Zahl der Bundesbürger aus ihrer Wohlstandslethargie durch die Trommel der Ostreiter auf die Strasse jagen lässt, so ist doch das Gift der Lüge tief eingedrungen, von Süd nach Nord.“

Schliesslich sind die Deutschen gefährlich, meint Brodzki, weil „Bonn immer nur nein sagt“. Er schreibt: „Wenn wir von Warschau aus die Ohren öffnen, dann hören wir nur das laute Bonner 'Nein'.

'Nein' zur Oder-Neisse-Grenze, 'nein' zum Rapacki-Plan oder anderen 'Disengagement'-Plänen, 'nein' zu Gesprächen mit der DDR, 'nein' zur Diskussion über Berlin, 'nein' zur Entspannung.'

Man könnte Strumilin und Brodzki noch lange zitieren; für uns ist aber nur wichtig, was sie uns zumuten, wenn sie in unserer Presse zu Wort kommen. Professor Strumilin ist ein klarer Fall. Er kennt uns nicht und versteht nichts davon, wie man uns ansprechen kann. Seine Einbildungen rühren uns so wenig wie seine Zukunftsbilder von einer Sowjetunion, die im Jahre 1980 *vielleicht* in der Lage sein wird, die Wohnungsnot des grossen Landes zu lösen. Strumilins Aufsatz ist das Musterbeispiel eines vermoderten Kommunismus, der in den führenden Ländern des Westens – bei aller Anerkennung der tatsächlichen Erfolge der sowjetischen Technik und Industrialisierung – nur noch belächelt werden kann.

„DAS GIFT DER LÜGE“

Nicht der hochmütige Strumilin also, sondern der scheinobjektive Herr Brodzki ist gefährlich. Er kennt uns ziemlich gut und entleiht sogar seine meisten Argumente von uns. In seinen beiden Artikeln wird man kaum auch nur einen einzigen Gedanken finden, der in der westdeutschen Selbstkritik nicht schon längst vor aller Öffentlichkeit immer wieder erörtert worden wäre. Wir brauchen nicht erst von Brodzki zu hören, dass Ex-Kommunisten – ich bekenne mich dazu, auch einer zu sein – sowie „Berufsflüchtlinge“ gelegentlich einmal ihr Mass an Objektivität verlieren. Wir wissen auch ohne ihn, dass das politische Selbstbewusstsein der Massen in unserer Demokratie noch lange nicht zufriedenstellend ist, und unsere Initiative in der heutigen Ostpolitik ebenfalls nicht. Wir kritisieren oft unser Schulwesen, die Verteilung unseres Sozialproduktes, das Niveau unserer Durchschnittsfilme, usw. Brodzki tut nichts anderes, als dass er einen Teil unserer Meinungen übernimmt und unsere eigene Selbstkritik, an der es uns, gottlob, nicht völlig mangelt, bis zur Demagogie steigert. Besonders demagogisch wirkt dabei gerade seine Scheinobjektivität. Er ist insofern objektiv, als seine Tatsachenfeststellungen meist stimmen. Seine „Objektivität“ verschwindet jedoch stets sofort, wenn er die Tatsachen zu kommentieren beginnt. Er stellt zum Beispiel fest, dass die grosse Mehrheit in der Bundesrepublik nicht kriegslüstern ist und fügt dann hinzu: „Aber den Ton geben andere an.“ „Das Gift der Lüge ist tief eingedrungen, von Süd nach Nord.“ Ein wirklich objektiver Beobachter der westdeutschen Wirklichkeit müsste aus der Tatsache, dass die Mehrheit der Bevölkerung

keinen Krieg will, mindestens einen Funken Optimismus schöpfen. Brodzki kann das nicht, weil er überhaupt nicht objektiv sein will. Er betreibt Hetzpropaganda. Wenn es ihm notwendig erscheint, verfälscht er auch die Tatsachen und spritzt uns „das Gift der Lüge“ entgegen. Er vermerkt zum Beispiel sehr geschickt eine Lüge mit der Wahrheit, indem er den Soraya-Farah-Diba-Rummel eines Teiles der westdeutschen Presse kritisiert und zugleich den Vorwurf erhebt, die Presse der Bundesrepublik habe über den XXII. Parteitag der KPdSU kaum objektiv berichtet. Tatsache ist dagegen, dass allein das neue Programm der KPdSU – das Hauptthema des XXII. Parteitags – in der Bundesrepublik bis jetzt mindestens dreimal im vollen Wortlaut veröffentlicht wurde.

Brodzki wirft uns Lügen vor? Ich vermöchte ihm ohne Mühe zahlreiche Hinweise zu geben, wo er in seinem eigenen Lager Lügen über Lügen entdecken könnte. Wir wollen jedoch nur jene Hauptlüge hervorheben, die in den beiden Artikeln Brodzkis den Grundgedanken abgeben: Die Deutschen sind gefährlich, weil sie vom „Gift der Lüge“, vom Nationalsozialismus, rettungslos infiziert sind. Um diese Behauptung glaubwürdig zu machen, wirft Brodzki alle in einen Topf: Ex-Kommunisten und Vertriebenenpolitiker, Regierungsparteien und Opposition, Verteidigungsminister und nichtpolitisierende Jugendliche, um alle als „nazistisch“ verschreien zu können. Diese Taktik hat ihren Sinn. Sie ist ein Teil der gesamt-kommunistischen Strategie Westdeutschland gegenüber. Diese Strategie bedient sich noch viel größerer Lügen als die Verallgemeinerungen Brodzkis sie darstellen; so fand sich, um nur ein willkürlich herausgegriffenes Beispiel zu nennen, im Zentralorgan der ungarischen Kommunisten, der *Népszabadság* vom 27. 10. 1959, ein Artikel über „Massenhinrichtungsübungen des westdeutschen Grenzschutzes“. Das „Gift der Lüge“ ist eine vertraute Waffe der Ostblockjournalistik, und diese Waffe wird besonders Westdeutschland gegenüber oft eingesetzt. Man möchte eben um jeden Preis nachweisen, dass Westdeutschland erst jetzt richtig militaristisch, faschistisch und reaktionär geworden sei und dass die Bundesrepublik selbst für die Westmächte eine Gefahrenquelle bedeute. Hinter dieser Demagogie steckt nichts anderes als der alte Wunsch, zwischen Westdeutschland und seinen Verbündeten Misstrauen zu säen, um so die NATO zu sprengen.

WAS MOSKAU GEFÄHRLICH DÜNKT

Wenn Brodzki wirklich friedliebend und konsequent sozialistisch eingestellt wäre, würde er an diesem Lügenfeldzug gegen die Bundesrepublik

Rotchina - schlechter Handelspartner

VON WALLACE ANDREWS

Rotchina erweist sich bei seinen Bemühungen, auf den Märkten ausserhalb des sowjetischen Blocks vorzudringen, als ein sehr unzuverlässiger und vielfach auch rücksichtsloser Handelspartner. Das kommunistische Regime bedient sich häufig derselben Manöver, die auch die Sowjetunion und ihre östlichen Satellitenstaaten anwenden: Kaufverträge werden überraschend annulliert, Lieferungen verzögern sich, schlechte Qualitäten werden geliefert und die Märkte durch Dumping durcheinandergebracht.

Mancher Export- und Importkaufmann, der an das Chinageschäft grosse Hoffnungen geknüpft hatte, wurde schon um den Preis schwerer finanzieller Verluste desillusioniert. Während der Handel unter den freien Ländern des Westens auf gegenseitigem Vertrauen beruht und die Marktentwicklung einigermassen stetig verläuft und deshalb abschätzbar ist, sehen die chinesischen Kommunisten im Aussenhandel lediglich ein Werkzeug der Politik.

Als Käufer auf den Auslandsmärkten bedient sich Rotchina scheinbar recht vorteilhafter allge-

meiner Handelsabmachungen, in denen es sich gewöhnlich verpflichtet, über einen längeren Zeitraum hinweg grössere Mengen jener Produkte zu kaufen, die der betreffende Handelspartner in grossen Mengen produziert. Das vorgeschlagene Volumen wirkt auf Länder, die über unverkaufte Überschüsse verfügen oder unter dem Preisdruck auf den Weltmärkten leiden, sehr verlockend. Auf diese Weise versuchen die Rotchinesen, diese Länder dazu zu bringen, langjährige Kunden auf Kosten des China-Handels zu vernachlässigen. In Wirklichkeit verpflichten sich die Kommunisten aber nicht zu festen Käufen. Die eigentlichen Kaufkontrakte müssen vielmehr später einzeln ausgehandelt werden, und da zeigt sich meist sehr schnell, dass das vertraglich vereinbarte Volumen – auf das das exportierende Land seine Hoffnungen gründete – meist auch nicht annähernd erreicht werden kann.

Ein typisches Beispiel für die Nichterfüllung vertraglicher Zusicherungen – und den politischen Druck, zu dem der Export-Import-Handel miss-

nicht teilnehmen. Dieser Lügenfeldzug fördert weder den Frieden noch den Sozialismus, er ist einfach reaktionär, und Reaktion erzeugt wieder Reaktion. Die masslose, verlogene kommunistische Hetze gegen die Bundesrepublik stärkt nur jene – wenn auch kleinen und ungefährlichen – Kreise Westdeutschlands, die tatsächlich militaristisch und reaktionär sind.

Bonn sagt immer nur 'nein', lautet ein Hauptvorwurf Brodzkis. Gerade die Brodzkis aber sind eifrig bemüht, in der ganzen Welt ein unüberwindbares Misstrauen gegen die Bundesrepublik zu wecken, um ihr damit die unentbehrliche Basis für alle internationalen Verhandlungen zu nehmen, die nicht einer bedingungslosen Kapitulation gleichkommen.

Die zwei Artikel Brodzkis sind Teil einer hemmungslosen antideutschen Provokation. Diese Provokation hat die Aufgabe, uns zu dem Trugschluss zu verleiten, dass jede Selbstkritik – besonders auf sozialem Gebiet – ein Wegbereiter des Kommunismus sei und dass uns vor der roten Diktatur nur eine andersfarbige Diktatur retten könne. Wer aber die zwei Artikel Brodzkis richtig

entschlüsselt, dem wird rasch klar werden, dass ein Wiederaufleben nazistischer Tendenzen von einigem Umfang in Westdeutschland ein Wunschtraum gerade der Kommunisten ist; denn nichts dünkt Moskau so gefährlich, als wenn der Westen im allgemeinen und Deutschland im besonderen Wohlstand und Freiheit im Zeichen eines sehr empfindlichen sozialen Gewissens immer mehr ausbauen.

Abschliessend sei bemerkt: Die Artikel Brodzkis sollte man nicht dramatisieren. Sie stellen keine neue Belastung des leider recht komplizierten deutsch-polnischen Verhältnisses dar. Brodzki schrieb seine Artikel nicht als Pole, sondern als Kommunist sowjetischer Prägung. Wenn er ein echtgesinnter Pole wäre, würde er nicht vergessen haben, dass sein Vaterland 1941 nicht allein vom „Tausendjährigen Reich“, sondern im Rahmen der nationalsozialistisch-sowjetischen Zusammenarbeit zerstückelt und verwüstet wurde. *)

*) Die zwei Artikel Brodzkis sind am 21. und 28. Januar, der Brief Strumilins am 4. März 1962 im *Stern* erschienen.

braucht wird – bildet ein Vertrag Rotchinas mit japanischen Firmen aus dem Jahre 1958, in dem sich Peking zum Kauf von Waren im Werte von 100 Millionen Dollar verpflichtet hatte. Als die Kommunisten jedoch das Recht forderten, die rotchinesische Flagge am Sitz ihrer Handelsmission in Japan setzen zu dürfen und die japanische Regierung dies ablehnte, da ihre Zustimmung einer Anerkennung des kommunistischen Regimes gleichgekommen wäre, verfügte Peking eine Sperre für praktisch den gesamten Handel mit Japan und startete eine Propagandakampagne, in der Beschimpfungen der führenden japanischen Staatsmänner an der Tagesordnung waren.

Selbst Jugoslawien blieb nicht verschont. 1958 erfüllte Rotchina das Handelsabkommen mit diesem Land lediglich zu einem Drittel des vorgesehenen Volumens. Es boykottierte den Hafen von Fiume (Rijeka) und stellte als Strafmassnahme für Titos ideologische „Häresie“ die Verschiffung von Waren auf jugoslawischen Schiffen ein.

Die Erfahrungen Birmas mit dem Osthandel sind besonders bezeichnend. Tauschabkommen mit Sowjetblockstaaten, die in den Jahren 1954 und 1955 ausgehandelt worden waren, als Reis unter starkem Preisdruck stand, sahen die Ausfuhr von jährlich über 750 000 Tonnen Reis nach den Blockstaaten vor; tatsächlich wurde aber niemals eine Jahresrate von auch nur 500 000 Tonnen erreicht. Die im Austausch von Rotchina ohnehin nur sporadisch gelieferten Waren waren teuer und schlecht und deshalb in Birma nur ungern gesehen. Das Land sah sich deshalb Ende 1956 gezwungen, neue Handelsvertragsverhandlungen zu fordern und wesentliche Abstriche hinzunehmen.

Der birmanische Reis wurde von Rotchina noch dazu in direktem Wettbewerb mit Birma auf die europäischen und asiatischen Märkte reexportiert. Ghana hat ähnliche Erfahrungen mit Rotchina und der Sowjetunion machen müssen: beide Länder kaufen aus politischen Gründen weit mehr Kakao, als sie selbst konsumieren oder verarbeiten können. Nach sicheren Informationen wandert der ghanesische Kakao ebenfalls auf Umwegen auf die europäischen Märkte.

Während die chinesischen Kommunisten ihre Waren auf den asiatischen Märkten gegen englische Pfunde verkaufen, die sie wiederum für Einkäufe in Westeuropa verwenden, müssen sich Agrarländer, die nach Rotchina exportieren wollen und ohnehin in einer ungünstigeren Verhandlungsposition sind als die hochindustrialisierten westeuropäischen Länder, mit der Bezahlung in nicht konvertierbaren Sowjetblockwährungen abspesen lassen. Hinzu kommt, dass Peking noch die Um-

tauschkurse und die Preise der Exportwaren zu seinem eigenen Vorteil manipuliert.

Ein Handelspartner Rotchinas, der sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, grössere Beträge in Ostblockwährungen für den Einkauf von Waren in Blockländern zu verwenden, hat nur eine sehr begrenzte Wahl. Zahlreiche Waren, insbesondere Kapitalgüter, sind nicht für den Export freigegeben. Umgekehrt haben die Kommunisten mehrfach versucht, minderwertige oder unverkäufliche Waren Handelspartnern aufzudrängen, die sich am Chinahandel interessiert zeigten.

Von Rotchina an Indonesien gelieferte Textilien haben sich als nicht strapazierfähig erwiesen, und die Farben waren stumpf und verblassten rasch, ganz zu schweigen davon, dass nur ganz wenige und noch dazu sehr einförmige Dessins erhältlich waren.

Während man in Peking gelegentlich unter der Gunst des Augenblicks Überpreise fordert, schreckt das kommunistische Regime auch nicht davor zurück, andere Konkurrenten durch künstlich niedrig gehaltene Preise aus dem Felde zu schlagen. In den Jahren 1957 und 1958 betrieben die Chinesen in Südostasien ein massives Dumping, um den Japanern und den Mitgliedsstaaten des britischen Commonwealth die Märkte streitig zu machen. Sie offerierten Waren um 10 bis 50 Prozent unter den normalen Preisen, lieferten die Ware vielfach noch vor dem Eingang der Kreditbriefe und gewährten äusserst günstige Zahlungsziele.

Die ständigen Änderungen in der rotchinesischen Aussenhandelspolitik, die das Geschäft mit diesem Land so unerfreulich machen, sind zum Teil auf Schwierigkeiten im Innern, zum Teil aber auch auf aussenpolitische Erwägungen zurückzuführen. Die Nahrungsmittelknappheit nach dem verhängnisvollen Experiment mit den Volkskommunen zwang die Kommunisten zu umfangreichen Weizen- und Gerstenkäufen in Australien und Kanada. Sie führten zu einer weitgehenden Erschöpfung der Devisenreserven und nahmen dem Regime die Möglichkeit, die Importe an Kapitalgütern in dem vorgesehenen Umfang zu realisieren. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die das kommunistische China 1958 durch seinen „grossen Sprung nach vorne“ geriet, veranlassten Peking, grosse Lieferverträge zu annullieren.

Scharfe Export- und Importschwankungen sind geradezu typisch für die Jahresstatistiken der Länder ausserhalb des kommunistischen Blocks, die mit Rotchina Handel treiben. Das Fehlen jeder Kontinuität lässt keinerlei zuverlässige Prognosen über die künftige Entwicklung des Aussenhandels mit dem kommunistischen China und damit auch keine ordentliche Planung zu.

Boris S. Telpuchowski: „Die sowjetische Geschichte des Grossen Vaterländischen Krieges 1941-1945.“ Im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung, Stuttgart, herausgegeben und kritisch erläutert von Andreas Hillgruber und Hans-Adolf Jacobsen. Bernard & Graefe Verlag für Wehrwesen, Frankfurt am Main 1961, XV, 97, 576 Seiten. Leinen DM 29.50

Selbst zwanzig Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs ist die sowjetische Geschichte über dessen Verlauf, speziell aber über den „Grossen Vaterländischen Krieg“, mehr ein Propagandadokument als eine ernsthafte historische Studie. Trotzdem – oder gerade deshalb – ist sie für den interessierten westlichen Leser, für den Militärfachmann und selbstverständlich für den Historiker ausserordentlich beziehungs- und aufschlussreich. Die Herausgabe der deutschen Übersetzung des Werkes eines der bedeutendsten sowjetischen Militärhistoriker (wenn nicht überhaupt des bedeutendsten), Professor B. S. Telpuchowski, kann daher nur begrüsst werden. Die Herausgeber erklären, dass die lückenlose Kommentierung des Buches einen zweiten nicht minder umfangreichen Band erfordert hätte; trotzdem ist es ihnen gelungen, alle wesentlichen Stellen (primär alle mit dem militärischen und diplomatischen Verlauf der Ereignisse in Zusammenhang stehenden Behauptungen des sowjetischen Autors) durch knappe, aber aufschlussreiche Ergänzungen beziehungsweise Richtigerstellungen kritisch zu beleuchten. Die umfangreiche Einführung untersucht methodisch die Art der sowjetischen „Geschichtsschreibung“ und ihre Tabus und demonstriert am

Beispiel der Teheraner Protokolle von 1943, wie – je nach den politischen Erfordernissen – die Geschichte „umgedeutet“ wird. Die Orwellsche Prophetie von der Notwendigkeit einer ständigen Umschreibung der Geschichte wird hier – an einigen prägnanten Beispielen – durch den Vergleich der drei Ausgaben des vorliegenden Werkes (1953, 1954 und 1955) anschaulich demonstriert.

Der wissenschaftliche Apparat, der von den Herausgebern herangezogen wurde, ist bemerkenswert. Von allen in den letzten Jahren im Westen erschienenen Veröffentlichungen sowjetischer Schriften und Dokumente ist die vorliegende Arbeit – soweit der Rezensent das entsprechende Schrifttum zu übersehen vermag – mit Abstand die beste.

Es würde den Rahmen einer kurzen Besprechung sprengen, wollte man auch nur annähernd die politisch bedingten „Irrtümer“ des Werkes aufzählen. Politisch ist es nur als ein Symptom der Wandlung in der Beurteilung der Ereignisse von 1941 bis 1945 interessant (wobei der Verfasser praktisch nirgendwo über die „Enthüllungen“ Chruschtschows über Stalin auf dem XX. Parteikongress hinausgeht). Militärisch ist die Schilderung einzelner Operationen von gewissem Interesse. Aber auch hier kann man sich von der Vorstellung nicht freimachen, dass weniger ein historisches als ein propagandistisches Dokument geschrieben werden sollte. Hervorstechendes Merkmal des ganzen Buches ist das Fehlen jeglicher Angaben über die Stärke der sowjetischen Streitkräfte (sowohl der Gesamtstärken in bestimmten Perioden des Krieges, als auch der Stärken im Ausmass der einzelnen grösseren Operationen, wie zum Beispiel der Schlacht um Stalingrad oder der Schlacht im Bogen Orel-Kursk usw.). Auch die angegebenen Verhältniszahlen erwecken Misstrauen, da sie den Erfahrungen völlig widersprechen. Die Bemerkung der Herausgeber (S. 180), dass den Historikern offenbar der Zugang zu den Archiven des Verteidigungsministeriums wei-

terhin verschlossen bleibe, ist eine sehr höfliche Umschreibung der Wahrheit: Selbst wenn die entsprechenden Angaben den sowjetischen Historikern bekannt gewesen wären (und einigen unter ihnen sind sie bestimmt bekannt, da sie selbst in dem Archiv des Ministeriums tätig sind), hätten sie diese nie zu veröffentlichen gewagt. Das Ausmass der sowjetischen Verluste und die Unfähigkeit des sowjetischen Kommandos würden sonst allzu offensichtlich werden, so dass man von einer „ruhmreichen“ Sowjetarmee nur noch sehr bedingt sprechen könnte.

Man kann sich durchaus der Feststellung der Herausgeber anschliessen, dass die Geschichte und besonders die Zeitgeschichte nur durch Stellungnahmen von verschiedensten Positionen aus wenigstens einigermaßen erhellt werden könne. Das Buch Telpuchowskis ist – in der Form dieser kommentierten Ausgabe – unbestritten auch ein Beitrag zu der jüngsten Geschichte, nämlich dadurch, dass er die Haltung der sowjetischen Führung und ihre Beurteilung der Zeitgeschehnisse wiedergibt, teils mit dem Versuch, bestimmte Thesen in den Rang „historischer Wahrheit“ zu erheben, teils durch Verschweigen von Tatsachen beziehungsweise durch deren falsche, weil tendenziöse Interpretation, die offensichtlich dem System als gefährlich erscheinen. Für einen in der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Propaganda stehenden Menschen im Westen ist das Buch (neben allen anderen bereits erwähnten Vorzügen) ohnehin eine Fundgrube zur Erarbeitung von Gegenargumenten.... Th. Arnold

Crane Brinton: „Die Revolution und ihre Gesetze.“ Deutsch von Walter Theimer. Nest-Verlag, Frankfurt/Main 1958. 372 Seiten. Leinen DM 12.80, kart. DM 9.80

Die sozialen Umwälzungen unserer Zeit haben das Interesse der Historiker und Soziologen

erneut auf das Phänomen der Revolution in ihrer Gesamtheit gelenkt, das von der Detailforschung der letzten hundert Jahre weitgehend zurückgedrängt wurde. Das vorliegende, bereits 1953 in erweiterter Gestalt erschienene Werk des Professors für Alte und Neue Geschichte an der Harvard-Universität gehört mittlerweile zu den klassischen Arbeiten dieser Gattung. Die deutsche Übersetzung – die freilich leider einen irreführenden Titel trägt, da in dem Buch tatsächlich von der „Anatomie“ (wie der amerikanische Titel lautet) und nicht von den „Gesetzen“ der Revolution die Rede ist – ist daher nur zu begrüßen, unabhängig davon, ob man dem Autor überall folgen will oder nicht.

Dies betrifft zuerst die sehr ausführliche Einführung, in der Brinton sich gegen die Einwände der historischen Schule zur Wehr setzt und die Prinzipien darlegt, nach denen er die Ansätze zu einer allgemeinen soziologischen Theorie der Revolution zu erarbeiten sucht. Trotz der undoktrinären und selbstkritischen Art, in der diese Einführung geschrieben ist, lässt sie unbefriedigt, da das gewählte Modell des „Fiebers“, mit dem die Revolution verglichen wird, in der dargebrachten Art beinahe naiv erscheint. Die Umsicht in der Auswahl des Materials (nur die englische, amerikanische und die französische Revolution für das 17. und 18. Jahrhundert und die russische für das 20.), die überall durchgehaltene, nie das Einzelne aus den Augen verlierende vergleichende Methode, die Zurückhaltung bei der Generalisierung und eine Selbstbeschränkung auf das „Selbstverständliche“ sind die Vorzüge des Buches, aber zum Teil auch dessen Schwäche: Die Untersuchung bleibt zu sehr im Vordergrund haften. Der weitere Grund dafür ist der Vergleich nur äusserlicher Erscheinungen, ohne Zusammenhang mit der geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, der den „anatomisch“ sezelierten Revolutionen als Ausgangsposition und als Ergebnis zugrunde lag. Es ist unbestritten, dass der

Abfall der Intelligenz der hervorsteckende Zug der vorrevolutionären Situation ist, aber er vollzieht sich unter verschiedenen Bedingungen und führt daher zu unterschiedlichen Resultaten: In Russland zum Beispiel zu der „Institutionalisierung“ der von intellektuellen Berufsrevolutionären errichteten Diktatur und damit die Verwandlung der Russischen Revolution in eine „permanente“, was der Verfasser als eine Abweichung vom Schema bezeichnet, obwohl das eigentlich nur eine Bestätigung des Schemas darstellt, insofern als jede Revolution – im Sinne des Überganges zur modernen Gesellschaft des Industriezeitalters – einen „Themidor“ unumgänglich macht, der so lange „gestundet“ bleibt, bis die neuen sozialen Schichten sich entwickelt haben.

Wie uns scheint, übersieht der Verfasser den gewaltigen sozialen, rechtlichen, politischen und geistigen Umbruch, den die Revolutionen mit sich bringen, wenn sie auch – wie Brinton zutreffend bemerkt – die Natur des Menschen im wesentlichen nicht zu ändern vermögen. Ihm erscheint der revolutionäre Umbruch als eine Art „Kraftvergeudung“ zur Erreichung relativ geringer Resultate. Hier, wie in seiner Beurteilung einzelner Vorgänge (zum Beispiel bagatellisiert er das Ausmass der Schreckensherrschaft in der amerikanischen Revolution) wird man mit Brinton streiten können und müssen. Sein Buch aber wird schon allein dadurch zu einer wesentlichen Lektüre für jeden, der sich mit dem Phänomen der Revolution kritisch auseinandersetzen möchte. Tha.

Werner Conze: „Der 17. Juni.“ Tag der deutschen Freiheit und Einheit. Athenäum Verlag, Frankfurt/M.-Bonn 1960. 60 Seiten. DM 3.50
– Athenäum-Schriften, Band 3

Die Rede von Professor Werner Conze, Historiker an der Universität Heidelberg, die am 17.

Juni 1959 im Bundeshaus in Bonn gehalten wurde, ist von bleibender oder gar erhöhter Aktualität, da ihre Sicht seitdem durch die politische Entwicklung bestätigt worden ist. Die Frage der deutschen Teilung und Wiedervereinigung wird sowohl in die deutsche Geschichte zurückverfolgt wie mit der weltpolitischen Lage des Kalten Krieges in Beziehung gesetzt. Strategie und Taktik des von der sowjetrussischen Führung noch immer mit ihren alten Methoden versuchten Weltbürgerkriegs nutzen sich ab und führen zu keinem Ergebnis. Der östlichen Offensive eine starke Defensive entgegenzusetzen aus der inneren Überlegenheit der Freien Welt heraus, das allein ist Vorbedingung für den grossen weltpolitischen Kompromiss, ohne den auch die deutsche Frage nicht gelöst werden kann. Das deutsche Volk hat auf beiden Seiten der Zwangsgrenze seinen Willen zur Wiedervereinigung zum Ausdruck gebracht, am deutlichsten am Tage des Volksaufstandes vom 17. Juni, der als ein gültiges Plebiszit anzusehen ist. (-)

Gustav Landauer: „Die Französische Revolution in Briefen.“ Rütten & Loening Verlag, Hamburg 1960. 480 Seiten, kart. DM 9.80

Der wachsende Erfolg verschiedener Dokumentensammlungen, die auch dem interessierten Laien, erst recht natürlich dem Studierenden, Einblick in oft schwer zugängliche Quellen ermöglichen, ist eine erfreuliche Tendenz unserer Zeit. Diesem Umstand haben wir offensichtlich auch die neue Auflage der seit langem vergriffenen Sammlung der Briefe aus den Jahren der Französischen Revolution von G. Landauer zu verdanken, einer Sammlung, die höchst aktuell ist, obwohl sie längst erforschte Begebenheiten der grössten europäischen Revolution aus der Perspektive der handelnden, aber auch der nur mittelbar in den Strudel der Ereignisse hineingezogenen Per-

sonen beleuchtet. Landauer hat hier als Wissenschaftler weiter und tiefer gesehen denn als Politiker: ist doch der zentrale Gedanke, der sich durch alle Briefe zieht, die Entartung der Revolution zu einer Despotie, verursacht durch die Verabsolutierung des Geistes und dessen Verpflegung mit der Macht. Als Mensch und Politiker hat Landauer nicht nur die Französische, sondern auch die deutsche (viel weniger tiefgehende) Revolution von 1918 bejaht und sein Leben für sie eingesetzt, wobei seine Hoffnungen auf eine bessere Zukunft und eine Verwandlung des Menschen ihn in das Lager der extremen Linken getrieben haben; als Wissenschaftler blieb er kritisch und verkannte die Fragwürdigkeit der Radikalen nicht. Seine Briefsammlung liest sich wie ein historischer Roman, wie eine grosse epische Erzählung, in der neben den bekannten historischen Figuren auch einfache Menschen – Soldaten und Bauern – zu Worte kommen. Wer auch immer die modernen Revolutionen und sozialen Umwälzungen studieren will, wird gut beraten sein, wenn er Landauers Buch zur Hand nimmt, um das Neue unserer Gegenwart, aber auch das Wiederkehrende in ihr zu erkennen. -ld

Charles Warren Hostler: „Türken und Sowjets“. Die historische Lage und die politische Bedeutung der Türken und der Turkvölker in der heutigen Welt. Alfred Metzner Verlag, Frankfurt-Berlin 1960. 263 Seiten. DM 28.-

Es kommt zwar relativ selten vor, dass Bücher mit aktuell-politischer Thematik ihre eigentliche Aktualität erst mehrere Jahre nach ihrem Erscheinen bekommen. Doch gibt es immerhin Beispiele dafür – so die hier zur Rede stehende erste und zugleich einzige Arbeit zusammenfassender Art auf diesem Gebiet, die der amerikanische Historiker Charles Warren Hostler in der englischen Originalausgabe be-

reits 1957 in London veröffentlicht hat. Aber auch als die deutsche Ausgabe 1960 erschien, ahnte noch immer niemand, welche innenpolitischen Veränderungen im Bereich dieses geopolitisch so ungemein wichtigen NATO-Partners, der Türkei, stattfinden und dieser Schrift eine neuerliche Aktualität verleihen würden.

Hostlers fesselnde, sachlich-knappe und dennoch umfassende Schilderung beschränkt sich allerdings keineswegs auf die Türkei, versteht daher nicht nur deren Staatsbürger, sondern die türkischen Völker überhaupt unter dem Titelbegriff. Türken leben in beachtlicher Zahl beiderseits der Südgrenze der Sowjetunion, die schätzungsweise rund 54 Millionen türkischer Menschen voneinander trennt: etwa 22 Millionen leben innerhalb der UdSSR. Sollte deren niemals gänzlich erloschenes Nationalbewusstsein eines Tages entsprechende Ausdrucks- und Organisationsformen unter einer eigenen, „inneren“ Führung finden, so würde dies die Sowjetregierung vor ernsthafte Probleme stellen. Diese These ist nur eine der wichtigsten und gerade für uns im geteilten Deutschland Lebenden interessantesten des vorliegenden Buches, dessen Verfasser seine Studien weitgehend an Ort und Stelle betreiben konnte, nachdem er sich bereits durch frühere Arbeiten über Nahost-Fragen akademische Auszeichnungen erworben hatte. M. St.

Norbert Luciano: „Early To Rise“. The Green Pagoda Press Ltd, Hongkong 1961. 132 Seiten

Dieses Buch ist der erste uns bekannte Versuch, das Leben im heutigen China in literarischer Form darzustellen. Allerdings ist es weniger Literatur als menschliches Dokument. Luciano unterrichtet an der Universität von Hongkong, und das gibt ihm die Möglichkeit, durch Flüchtlingsbefragungen sich ein Bild von dem Geschehen im Reich der Mitte zu machen. Er bevölkerte

seinen Roman mit durchaus glaubwürdigen Gestalten, vor allem ist es ihm gelungen, eine lebendige Darstellung der Umwälzungen zu geben, die in China in den letzten Jahren vor sich gegangen sind.

Luciano hat sich auch zur Aufgabe gesetzt zu zeigen, wie unter einem künstlichen Enthusiasmus das echte Leben weitergeht und wie die Menschen versuchen, sich eine private Ecke selbst noch in einer Volkskommune zu schaffen, eine Ecke, in der sie die traurige Wirklichkeit vergessen und sich selbst finden können. Auch die Liebe ist, seinen Schilderungen zufolge, nicht ausgemerzt, sondern nur unterdrückt. Trotz allen Anstrengungen, so zeigt es sich, ist es den Kommunisten also nicht gelungen, das alte China aus der Welt zu schaffen und ein neues, synthetisches Volk zu erziehen. Dem Autor gebührt unser Dank für seinen Versuch, China nicht akademisch zu erforschen, sondern menschlich zu verstehen. A.X.

HINWEISE

Der Beitrag „Das ostdeutsche Arbeitsgesetzbuch“ ist – mit freundlicher Genehmigung der Redaktion – der Nummer 12 (November 1961) des „Bulletins der Internationalen Juristen-Kommission“, Genf, entnommen. Die Internationale Juristen-Kommission ist eine nichtstaatliche Organisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Die Kommission trachtet danach, das Verständnis für die Rechtsstaatlichkeit zu wecken und für ihre Beachtung einzutreten.

*

Ende vorigen Jahres ist im Westdeutschen Verlag, Köln/Opladen, folgende für unsere Leser besonders interessante Neuerscheinung herausgekommen: J. L. Talmon: „Die Ursprünge der totalitären Demokratie“. Eine ausführliche Besprechung dieses Buches veröffentlichten wir in unserer nächsten Ausgabe.

МОСТЫ

BRÜCKEN

*Hefte für
Literatur, Kunst und Politik*

Es liegen vor:

Heft 1 / 1958, 430 Seiten
Heft 2 / 1959, 462 Seiten
Heft 3 / 1959, 438 Seiten
Heft 4 / 1960, 430 Seiten
Heft 5 / 1960, 345 Seiten
Heft 6 / 1961, 382 Seiten
Heft 7 / 1961, 398 Seiten
Heft 8 / 1961, 350 Seiten

Preis je Heft DM 7.- / \$ 3.-

MITARBEITER DER BISHER ERSCHIENENEN HEFTE:

Erzählungen und Prosafragmente

G. Andreev; N. Berberova; J. Bol'schuchin; I. Bunin;
G. Gazdanov; Vl. Jurasov; V. Korvin-Piotrovskij;
A. Kulakovskij; N. Narokov; L. Rshesvkij; V. Serzh;
I. B. Singer; P. Tschavtschavadse; N. Tschencov; B. Zajcev

Lyrik

L. Alekseeva; O. Anstej; I. Burkin; A. Ertel'; O. Il'inskij;
J. Ivask; I. Jelagin; Vl. Jurasov; D. Klenovskij; G. Lachman;
I. Legkaja; S. Makovskij; B. Pasternak; S. Pregel'; M. Stark;
J. Tauber; J. Trubecko; J. Tschinnov

Politik, Literatur, Wissenschaft

G. Adamovitsch; V. Alexandrova; G. Andreev; Th. Arnold;
A. Bachrach; N. A. Berdjaev; D. Burg; N. Efremov; V. Frank;
G. Gazdanov; K. Gerschel'man; J. Ivask; V. S. Jasnovskij;
J. Klein; M. Korjakov; G. Kotschevickij; G. Krugovo; J.
S. Levickij; Vl. Markov; A. Mazurova; D. Mereshkovskij;
A. Nejmirko; N. Osipov; G. Petrov; N. Poltorackij;
K. Pomerancev; P. Schelestov; L. Schestov; A. Schik;
D. Schub; Vl. Shabinskij; F. Stepun; Vl. Weidlé; J. Werger;
Gr. Zabeshinskij

Verlag des Z O P E · München 19 · Renatastrasse 77

Einzelpreis DM 1.-